

Stenographischer Bericht

über die

10. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 6. April 1921.

Inhalt:

Wahl eines aus 12 Mitgliedern bestehenden Fürsorgeauschusses	Seite 214
Wahl eines Schriftführers an Stelle des Abg. Gab	214
Mitteilungen:	
Rückziehung des Antrages der Abg. Rieger, Arenn und Genossen, Beilage Nr. 68, wegen Nichteinführung der Sommerzeit	214
Zuweisungen:	
Beilage Nr. 103 an den Gemeinde- und Verfassungsausschuß	260
Verhandlungen:	
Beilage Nr. 106 (40). Bericht des Finanzausschusses.	
Berichterstatter Abg. Saltschnigg	214
Allgemeine Erörterung.	
Redner Landesrat Prisching	216
Abg. Dr. Enge	219
Landesrat Machold	222
Winkler	234
Abg. Peintinger	244
Landesrat Dr. Sübler	250
Abg. Seehofer	253
Sonnhammer	258

Mitteilungen des Vorsitzenden:

Anträge (siehe Verzeichnis).	
Tagesordnung der nächsten Sitzung	260

Verzeichnis der in der Sitzung eingebrachten Anträge.

Anträge:

Dringlichkeitsantrag, und zwar:	
der Abgeordneten Lang, Zenz und Genossen, betreffend Unterstützung der durch die Maul- und Klauenseuche betroffenen Gebiete mit einem Höchstbetrag bis zu 2 Millionen Kronen	260
der Abgeordneten Dr. Sübler, Dr. Danline und Genossen, betreffend die Volksabstimmung über den Anschluß an das Deutsche Reich	260
der Abgeordneten Winkler, Harleb und Genossen, betreffend die Heranziehung nicht voll ausgenützter Weidestflächen	260

Beginn der Sitzung: 9 Uhr 35 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident Franz Kölbl, Präsident Anton Regner und Präsident Dr. Dantine.

Schriftführer: Die Abgeordneten Georg Gaf, Johann Leichin, Franz Wigan, Dr. Otto Dungen und Raimund Riemelmoser.

Präsident Kölbl: Hohes Haus! Ich eröffne die 10. Sitzung des steiermärkischen Landtages.

Im Drucke befinden sich 11 Berichte der Landesregierung, von denen zum Teile, sobald im Laufe der Sitzung einige der Beilagen aus der Druckerei geliefert werden, die nachträgliche Auflage und Zuweisung am Schlusse der Sitzung erfolgen wird.

Laut Mitteilung des volkswirtschaftlichen Ausschusses ist ein Antrag der Abgeordneten Rieger, Krenn und Genossen, Beilage Nr. 68, wegen Nicht-einführung der Sommerzeit gegenstandslos geworden und als zurückgezogen anzusehen.

Wir schreiten nunmehr zur Tagesordnung.

Der erste Punkt ist die

Wahl eines Fürsorgeausschusses.

Ich erlaube mir die Bitte um diesbezügliche Vorschläge.

Landesrat Prisching: Ich schlage zur Wahl in den Fürsorgeausschuß vor die Abgeordneten Krenn, Mikola, Dr. Kammerer, Fink, Spak, Saloschnigg als Mitglieder und als Stellvertreter die Abgeordneten Dr. Enge, Rieger, Peintinger, Schifko, Kaufmann, Hierhold.

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf: Ich schlage vor die Abgeordneten Köstler, Muchitsch, Tausk und Uhrner als Mitglieder und als Stellvertreter die Abgeordneten Eiselberger, Gföller, Leichin und Saringer.

Landesrat Dr. Hübler: Ich schlage für die großdeutsche Partei die Abgeordnete Walter und als Ersatzmann den Abgeordneten Professor Dr. Dungen vor.

Abgeordneter Schreckenthal: Ich schlage namens meiner Partei als Mitglied vor den Herrn Präsidenten Dr. Klusmann und als Stellvertreter den Abgeordneten Gartner.

Präsident Kölbl: Hat jemand zu diesen Vorschlägen etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Wenn nicht, so bringe ich diese Vorschläge zur Abstimmung und er-

suche die Abgeordneten, die für dieselben sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Vorschlag ist angenommen.

Landesrat Riegler: Hohes Haus! In der ersten Sitzung des Landtages am 9. November 1920 wurde unter anderem der Herr Abgeordnete Gaf zum Schriftführer gewählt. In einer der nächsten Landtagsitzungen wurde Herr Gaf als Landesrat bestellt. Es ist an seiner Stelle ein anderer Schriftführer noch nicht nominiert. Ich erlaube mir das hohe Haus zu bitten, die erforderliche Ersatzwahl eines Schriftführers heute vorzunehmen und an Stelle des Herrn Gaf den Herrn Abgeordneten Riemelmoser als Schriftführer zu bestimmen.

Präsident Kölbl: Ich setze die Ersatzwahl des Schriftführers sogleich auf die heutige Tagesordnung, wenn niemand etwas dagegen hat. (Nach einer Pause.) Es ist nicht der Fall; so bringe ich den Antrag, daß an Stelle des Herrn Landesrates Gaf Herr Abgeordneter Riemelmoser zum Schriftführer bestellt wird, zur Abstimmung, und ersuche die Abgeordneten, welche für diesen Vorschlag sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Punkt 2.

Bericht des Finanzausschusses, Beilage Nr. 6, über den Voranschlag des steiermärkischen Landesfonds für das Jahr 1921, Beilage Nr. 40.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Saloschnigg. Ich erlaube ihm das Wort.

Berichterstatter des Finanzausschusses Saloschnigg (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Der Voranschlag 1921 schließt mit einem Defizit von 362,613.302 K, gegen einen Abgang von 43,901.313 K im Jahre 1919. Wenn Sie erwägen, daß der Kurs unserer Krone seit dem Umsturze von 40 auf 1 gesunken ist, so sehen Sie in den beiden Abgangsziffern die Auswirkung dieser Geldentwertung.

Die stärkste Belastung des Voranschlages bildet Kapitel V „Bildungszwecke“ mit 294,523.335 K Erfordernis, wovon die Volksschule allein 279,581.850 K benötigt.

Das nächst hohe Kapitel, das VI, „Wohlfährigkeits-, Sanitäts- und Fürsorgezwecke“ erfordert 165,016.790 K, dann folgen Landesverwaltung mit 57,638.400 K, Landeskultur mit 22,780.104 K, Zinsendienst mit 21,420.632 K. Auf diese fünf Kapitel entfallen zusammen 561,379.261 K, also mehr als elf Zwölftel des Gesamterfordernisses von 607,658.040 K. An der

Bildung und Erziehung der Jugend, an der keineswegs hohes, noch weit hinter der Teuerung zurückbleibenden Bezahlung der Lehrer und Beamten, an den Kranken, Irren und Siechen, der schutzbedürftigen Jugend, an Straßen- und Eisenbahnbau, an Wasserbau, an dem landwirtschaftlichen Bildungswesen läßt sich nicht sparen, umsoweniger, als ohnedies nur den dringendsten Bedürfnissen Rechnung getragen wurde.

Die Auseinanderetzung des Bundes und der Länder über die Abgrenzung der Steuerhoheit ist noch immer nicht erfolgt. Sie wurde auf der Salzburger Tagung der Finanzreferenten am 7. Februar 1921 energisch gefordert. Diese Tagung hat einen Erfolg wenigstens insoweit gehabt, daß der Bund von dem unwürdigen System der Überweisungen und Dotationen Abstand genommen hat und den Ländern ähnlich wie das Deutsche Reich seinen Einzelstaaten einen Prozentsatz des Steueraufkommens innerhalb der Länder überläßt. Auf diesen einzig möglichen Ausweg der Rechtsangleichung an Deutschland habe ich bei der vorjährigen Budgetdebatte schon hingewiesen. Von den Realsteuern, die in Deutschland zur Gänze den Ländern und Gemeinden eingeräumt sind, erhalten wir freilich nur 45 Prozent, ebensoviel von der allgemeinen Erwerbsteuer, während im Reiche die Gewerbesteuer ebenfalls autonomes Einnahmsgebiet ist, und 30 Prozent der Einkommensteuer, die in Deutschland ebenso wie die unserer besonderen Erwerbsteuer entsprechende Körperschaftsteuer mit zwei Drittel des Aufkommens den Ländern zufällt. Dieser Anteil an den direkten Steuern beträgt für Steiermark nach den Berechnungen des Bundesministeriums für Finanzen $45\frac{1}{2}$ Millionen Kronen; dazu kommt der Anteil an den Getränkesteuern mit $41\frac{1}{2}$ Millionen Kronen, der Zuschuß des Bundes zu den Besoldungskosten der Bundesangestellten mit 36 Millionen Kronen, zu den Besoldungskosten der Lehrer mit 115,4 Millionen Kronen. Die Umlagen im bisherigen Ausmaße ergaben 35 Millionen Kronen, so daß noch ein unbedeckter Rest von 79,213.302 K bleibt, der durch den Anteil an dem Valutagewinne der Holzausfuhr ausgeglichen wird.

Sie sehen, daß Steiermark, wenn der Bund seinen Ländern halbwegs eine Lebensmöglichkeit bietet, trotz der großen Anforderungen, welche die ungeklärte Lage, die durch den Krieg und Umsturz zerrüttete Volkswirtschaft, die Geldentwertung und Teuerung verursacht, ausbilanzieren kann. Zeigt sich dies schon bei den geringen, doch nur provisorischen Zugeständnissen des Bundes, umso mehr wäre bei einer Rechtsangleichung an Deutschland, Steiermark ein voll-

aktives, eines der entwicklungsreichsten Wirtschaftsgebiete des deutschen Gesamtvolkes. Mecklenburg-Schwerin zum Beispiel mit 13.126 Quadratkilometer und 639.958 Einwohnern, also an Fläche und Einwohnern hinter Steiermark stehend, dessen Voranschlag für 1921 mir dank der Bemühung des landesstatistischen Amtes und seines verdienstvollen Direktors Dr. Wittschieben vorliegt, hat einen Anteil an der Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer von 80 Millionen Mark, an der Rechtserbsteuer mit $2\frac{1}{2}$ Millionen Mark, der Rechtsgrunderwerbsteuer, mit Zuschlag von 3.200.000 Mark, also 87.700.000 Mark von den Reichsteuern; an Landessteuern: Wandergewerbesteuer 800.000 Mark, Papierstempelsteuer 800.000 Mark, Wertzuwachs-, Grund- und Gewerbesteuer je 5 Millionen, zusammen 16.600.000 Mark (die im Voranschlag fehlenden Gebäudesteuern scheinen den Gemeinden zu gehören) in Summa 104,300.000 bei einem Ausgabenbudgets von 128,472.015 Mark, das auf das Erfordernis der acht Ministerien, Finanz, Hochbaudienst, Justiz, Landwirtschaft, Inneres, Außeres, Militär, Unterricht sich aufteilt.

Durch das Landessteuergesetz ist die Abgrenzung der Reichs- und Länderfinanzhoheit im Deutschen Reiche einstweilen bis 1. April 1923 geordnet. Hoffentlich ist dieses Gesetz bei der endgültigen Regelung der Bundesfinanzen vorbildlich. Einstweilen begrüßen wir immerhin mit einiger Genugtuung das teilweise Entgegenkommen des Bundes an die Länder, das uns wenigstens ermöglicht, von einer volkswirtschaftlich sicher bedenklichen, abermaligen Erhöhung der Landesumlagen Abstand zu nehmen.

Der Finanzausschuß erlaubt sich daher, dem hohen Landtage vorzuschlagen, die Einhebung der Umlagen in dem bisherigen Ausmaße zu beschließen und beehrt sich nachstehenden Antrag zu stellen (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

I.

Der Voranschlag der steiermärkischen Landesfonds für das Jahr 1921 wird mit einem Gesamterfordernisse von 607,658.040 K und mit einer Bedeckung von 245,044.738 „ genehmigt.

II.

Zur Bedeckung des Abganges von 362,613.302 K wird beschlossen:

1. Die Einhebung der nachstehenden Umlagen auf die direkten Steuern im Ausmaße von:

a) 125 Prozent der reellen und ideellen Hauszinssteuer von 6,000.000 K	7,500.000 K
b) 160 Prozent der 5prozentigen Steuer der 18 Jahre steuerfreien Häuser von 55.700 K	89.000 „
c) 160 Prozent der reellen und ideellen Hausklassensteuer von 600.000 K	960.000 „
d) 160 Prozent der Grundsteuer von 6,430.100 K	10,305.000 „
e) 160 Prozent der allgemeinen Erwerbsteuer von 3,622.800 K	5,800.000 „
f) 160 Prozent der Erwerbsteuer der Hausier- und Wandergewerbe von 2600 K	4.000 „
g) 170 Prozent der Erwerbsteuer der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen von 5,300.400 K	9,025.000 „
h) 160 Prozent der Reiensteuer von 764.400 K	1,225.000 „
unter gleichzeitiger Veranschlagung von Verzugzinsen im Betrage von	52.000 „
2. Die Einhebung einer 10prozentigen Umlage auf die Verzehrungssteuer auf Fleisch von 400.000 K	40.000 „

3. Zur Bedeckung des Abganges sind weiter zu verwenden :

a) der Anteil an der staatlichen Steuer für Getränke	51,500.000 „
b) der Anteil an den direkten Steuern	45,500.000 „
c) der Zuschuß des Bundes zu den Kosten der Besoldung der Landesangestellten	36,000.000 „
d) der Zuschuß des Bundes zu den Kosten der Besoldung der Lehrerschaft	115,400.000 „

4. Die Landesregierung wird beauftragt, zur Deckung des noch erübrigen Abganges von 79,213.302 „ den von der Bundesregierung zugesicherten Anteil am Valutagewinn der Holzausfuhr heranzuziehen.“

Die Entschliessungen des Finanzausschusses werde ich mir erlauben, dann im Laufe der Spezialdebatte bei den einzelnen Erfordernisposten zur Kenntnis zu bringen.

(Präsident Regner übernimmt den Vorsitz.)

Präsident Regner : Wer wünscht zur Generaldebatte das Wort ? Ich erteile dem Herrn Finanzreferenten Prifching das Wort.

Landesrat Prifching : Hoher Landtag ! Vor Eröffnung der Besprechung des Voranschlages des Landeshaushaltes für das Jahr 1921 möchte ich als Finanzreferent des Landes einige allgemeine Bemerkungen und Mitteilungen einleitend zu machen mir gestatten.

Die von Tag zu Tag zunehmende ungeheure Teuerung steigert nicht nur in Privathaushalten, sondern natürlich auch im Landeshaushalte den Aufwand beinahe ins Unermessliche.

In erster Linie sind es die erhöhten Gehalte und Löhne an die Lehrer und die Angestellten des Landes, welche einerseits infolge der Nachträge zur Besoldungsreform, andererseits infolge der allgemeinen Lohnsteigerung eine ganz außergewöhnlich hohe Mehrbelastung für den Landeshaushalt bedeuten. Dadurch bedingt ist aber von selbst auch der Mehraufwand für den Landespensionsfonds.

An nächster Stelle kommt dann das bedeutende Mehrerfordernis für den sachlichen Aufwand bei allen Landesanstalten, insbesondere in den Kranken- und Irrenhäusern, weiters die Zuwendungen für die Jugendfürsorge, welche im Kapitel „Beiträge zum Landesarmenfonds“ zum Ausdruck kommen.

Um vorerst nur die markantesten Erhöhungen des Erfordernisses für das Jahr 1921 zu besprechen, sei auf nachstehende Gegenüberstellung hingewiesen :

	Kapitel „Erfordernis“.	
	1920	1921
	K	K
Landesvertretung	641.150	2,284.500
Landesverwaltung	9,969.834	48,317.800
Landeskultur	8,709.484	22,780.104
Bildungszwecke	48,784.928	294,513.335
Wohltätigkeits-, Sani- täts- und Fürsorge- zwecke	50,049.567	165,016.790
Zinsen und Einnahmen aus Kapitalbeteiligun- gen des Landes	4,694.788	21,420.632
Realitäten und Unter- nehmungen	3,378.557	15,564.423
Beiträge des Landes zu den Pensionsfonds	4,136.878	13,511.830

Aber auch die Bedeckung weist gegenüber dem Vorjahre bei einigen Kapiteln ganz namhafte Erhöhungen auf und seien nur die wichtigsten herausgegriffen :

Kapitel „Bedeckung“.

	1920	1921
	K	K
Landeskultur	1,529.914	5,348.427
Bildungszwecke	525.921	52,840.695
Wohltätigkeits-, Sani- täts- und Fürsorge- zwecke	18,369.685	107,561.260
Realitäten und Unter- nehmungen	5,494.974	29,973.398
Gefälle und Abgaben	8,290.616	10,720.616
Kredit und Kapitals- gebarung	5,238.507	32,397.347

I. Landesvertretung: Abgang 2,284.500 K, gegen das Vorjahr um rund 1,643.000 K höher infolge der Erhöhung der Taggelder, der Fahrpreise und sonstigen Kosten für den Landtag.

II. Landesverwaltung: Abgang rund 47,000.000 K. Die Erhöhung des Erfordernisses um rund 38,000.000 K ist einerseits auf die Erhöhung des Personalaufwandes um rund 33,800.000 K infolge der jüngsten Nachträge zur Besoldungsreform, andererseits auch auf eine bedeutende Erhöhung des Sachaufwandes zurückzuführen. Das Mehrerfordernis für den Sachaufwand ergibt sich hauptsächlich aus den bedeutenden Mehrkosten für Beheizung und Beleuchtung, Gebäude- und Inventarhaltung.

Die Erhöhung der Bedeckung um rund 1,028.000 K findet ihre Begründung vor allem in der Einstellung des Rückerschlages von Bezügen der Funktionäre der Landesregierung durch den Bund mit 893.000 K.

III. Kapitel Landeskultur: Abgang rund 17,430.000 K. Die Erhöhung dieses Abganges gegenüber dem Jahre 1920 findet ihre Begründung einerseits beim Titel „Straßen- und Eisenbahnbau“ durch Einstellung von größeren Beiträgen für die Erhaltung und teilweise für den Neubau von Bezirksstraßen I. und II. Klasse, andererseits beim Titel „Wasserbau“ infolge Einstellung von Pauschalkrediten für Bauten an der Mur und der Enns, wie auch für die an den Nebenflüssen auszuführenden Bauten, und endlich durch die erhöhte Beitragsleistung des Landes zu den vom Staate auszuführenden Wildbachverbauungen.

Hierzu wäre zu bemerken, daß der unbedeckte außerordentliche Aufwand für Straßen- und Wasserbauten aus den Mitteln des aufzunehmenden Anlehens von 300,000.000 K zu bedecken sein wird.

Schließlich muß noch auf den Abgang beim Titel „Andere Auslagen für Landeskultur“ hingewiesen werden, der hauptsächlich auf die Erhöhung der Be-

züge für die im Bereiche der Landeskultur angestellten Bediensteten, sowie auf die Erhöhung der Reisekosten für diese Bediensteten zurückzuführen ist, aber auch die Einstellung größerer Kredite für die Hebung der Rindvieh- und Kleinviehzucht, für Meliorationen sowie insbesondere für den Ausbau und die Erhaltung der landwirtschaftlichen Schulen verursachte das Mehrerfordernis.

IV. Bildungszwecke. Der enorme Abgang von rund 241,676.500 K ist in erster Linie auf die gewaltige Steigerung des Erfordernisses für Beiträge zu den Volksschulen, welche durch die Anwendung der Nachträge zur Besoldungsreform auf die Lehrerschaft veranlaßt wurde, zurückzuführen. Bei diesem Titel allein ist der Abgang gegenüber dem Vorjahre um rund 191,000.000 K gestiegen. Aber auch bei den Landes-Lehranstalten hat sich das Erfordernis sowohl infolge Steigerung der Bezüge der Angestellten als auch durch vermehrte Kosten des Sachaufwandes bedeutend erhöht.

V. Wohltätigkeits-, Sanitäts- und Fürsorgezwecke. Dieses Kapitel weist einen Abgang von insgesamt rund 57,500.000 K aus, also um rund 25,800.000 K mehr als im Vorjahre. Dieser Mehraufwand erklärt sich daraus, daß auch hier nicht allein das Erfordernis für den Personalaufwand eine bedeutende Erhöhung erfuhr, sondern daß auch die gewaltige Preissteigerung ein stetes Anwachsen des Sachaufwandes in diesen Anstalten bewirkte.

Um diesem Gesamtmehrerfordernis eine Bedeckung gegenüberzustellen, mußte zu einer Erhöhung der Verpflegsgebühren geschritten werden, so daß sich in diesen Anstalten Erfordernis und Bedeckung das Gleichgewicht halten. Durch die neuerliche Erhöhung der Verpflegsgebühren in den Krankenanstalten und Irrenhäusern wird auch das Erfordernis des Landesarmenfonds betroffen, so daß sich bei diesem Fonds durch die an die erwähnten Wohltätigkeitsanstalten zu leistenden Verpflegskostenvergütungen und Abgangsbdeckungen ein Mehrerfordernis von zusammen 49,698.800 K ergibt.

Bei diesem Kapitel wurde der Titel „Jugendfürsorge“ neu eingefügt, welcher sich aus dem Landesjugendamt und der Erziehungsanstalt „Lichtenhof“ zusammensetzt. Das Landesjugendamt weist ein Erfordernis von über 1 Million Kronen auf, welches durch den Personal- und Sachaufwand veranlaßt wurde.

Die Landes-Erziehungsanstalt „Lichtenhof“ ist aus der Umgestaltung der aufgelassenen Landes-Zwangsarbeitsanstalt in Messendorf hervorgegangen.

VI. Die beträchtliche Erhöhung des Abganges beim Kapitel „Zinsen und Einnahmen aus Kapitalbeteiligungen des Landes“ ist zurückzuführen auf die Einstellung der Zinsen für das aufzunehmende Landesanlehen vom Jahre 1921, ferner der Zinsen für das beim Bunde aufgenommene Länderdarlehen sowie der Schuldzinsen für die Übernahme von Aktien der Graz-Köflacher Bergbau- und Eisenbahngesellschaft, welcher Zinsendienst allein schon einen Betrag von rund 17.000.000 K erfordert.

VII. Ein erfreuliches Bild bietet das Kapitel „Realitäten und Unternehmungen“, welches den namhaften Überschuf von rund 14½ Millionen Kronen aufweist, welcher in dem voraussichtlich höheren Ertrage aus dem Verkaufe der Forstprodukte aus den Landesforsten seine Begründung hat.

Aber auch bei den „Gefällen und Abgaben“ ist für dieses Jahr eine neuerliche Erhöhung des Überschusses um mehr als 1½ Millionen Kronen gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen, da größere Einnahmen aus der Wertzuwachs- und Luftbarkeitssteuer zu erwarten sind.

VIII. Beiträge des Landes zum Landespensionsfonds. Durch die Anwendung des vierten Nachtrages zum Besoldungsübergangsgesetz sowie des letzten Bundesgesetzes vom 12. März 1921, weiters des Nachtrages zum Pensionsgesetz vom 17. März 1921 auf die Landesangestellten ergibt sich die ganz gewaltige Steigerung der Beiträge des Landes zum Landespensionsfonds von 4.136.878 K im Vorjahre auf 11.640.000 K im Gegenstandsjahre.

Aber Antrag des Finanzausschusses ist der Landespensionsfonds aufzulösen und werden daher die Ruhe- und Versorgungsgenüsse nunmehr bei dem Kapitel „Beiträge des Landes zum Landespensionsfonds“ verrechnet.

IX. Bei dem Kapitel „Kredit und Kapitalabgarung“ ist trotz der großen Verschiedenheit der Erfordernisse gegenüber dem Vorjahre das Gesamterfordernis der einzelnen Titel fast gleichgeblieben. Hingegen ist die Bedeckung um fast 27 Millionen Kronen gegenüber dem Vorjahre höher, was insbesondere darauf zurückzuführen ist, daß heuer aus dem 1921er Anlehen die vom Landesfonds vorübergehend geleisteten außerordentlichen Zahlungen, wie: Stammeinlagen bei den verschiedenen gewinnbringenden Unternehmungen, Kauffschillinge, weiters die für die Beschaffung von Sachabrüstungs-gütern, dann für die Fortführung der Arbeiten zur Errichtung der Lungenheilstätte auf der Stolzalpe und endlich die zur Be-

hebung von Hochwasserschäden im Jahre 1920 bereits verausgabten Beträge dem Landesfonds rückvergütet werden. Außerdem sind noch Überweisungen aus den Anlehen zum Zwecke der Bedeckung des unbedeckten außerordentlichen Aufwandes für Straßen- und Wasserbauten vorgesehen.

Diese gesamten Rückersätze und Überweisungen an den Landesfonds machen insgesamt 24.373.000 K aus.

Beim Titel „Rückzuerhaltende und anzulegende Kapitalien“ ergibt sich ein Überschuf von rund 3.800.000 K gegenüber einem Abgange von fast 6 Millionen Kronen im Vorjahre. Diese Verringerung im Erfordernisse ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die im Vorjahre an die verschiedenen Unternehmungen, an welchen das Land beteiligt ist, ausbezahlten Stammeinlagen in diesem Jahre nicht mehr veranlagt erscheinen.

Hingegen wurde in die Bedeckung ein Betrag von 766.000 K eingestellt, weil die seinerzeit vom Lande im Zeichnungswege erworbene 4prozentige deutschösterreichische Staatsanleihe im Nennwerte von 1 Million Kronen mit dem Restbetrage von 766.000 K mit 1. Mai 1921 zur Rückzahlung gekündigt wurde.

In Zusammenfassung meiner Ausführungen zeigt der Landesvoranschlag für 1921 folgendes Bild:

Gesamterfordernis	607,648.040 K
Gesamtbedeckung	245,044.738 „
so daß der durch Umlagen beziehungsweise Steuerüberweisungen usw. zu bedeckende Abgang	362,613.302 K beträgt.

Zur Bedeckung dieses Abganges wird nun vorgeschlagen, einzubeheben:

1. die Einhebung der Umlagen auf die direkten Steuern mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1921 im bisherigen Ausmaße, damit für Gemeinden und Bezirke etwas bleibt, und zwar von:

- 125 Prozent auf die reelle und ideelle Hauszinssteuer von 6.000.000 K, 7.500.000 K
- 160 Prozent auf die 5prozentige Steuer der 18 Jahre steuerfreien Häuser von 55.700 „ 89.000 „
- 160 Prozent auf die reelle und ideelle Hausklassensteuer von 600.000 „ 960.000 „
- 160 Prozent auf die Grundsteuer von 6.430.100 „ 10.305.000 „

e) 160 Prozent auf die Erwerbsteuer der Hau- sier- und Wander- gewerbe von	2.600 K	4.000 K
f) 170 Prozent auf die Erwerbsteuer der zur öffentlichen Rechnungs- legung verpflichteten Unternehmungen von	5.300.400 „	9.025.000 „
g) 160 Prozent auf die Kerkersteuer von	764.400 „	1.225.000 „
h) 7 Prozent Verzugs- zinsen		52.000 „
i) 10 Prozent Verzeh- rungssteuer auf Fleisch von	400.000 „	40.000 „
	Summe 1	35.000.000 K

2. Die Verwendung der staatlichen Zuschüsse, und zwar:

a) des Antheiles der staatlichen Steuer für Getränke von	51.500.000 K
b) des Antheiles an den direkten Steuern von	45.500.000 „
c) des Zuschusses für die Befoldung der Landesangestellten von	36.000.000 „
d) des Zuschusses für die Befoldung der Lehrerschaft	115.400.000 „
	Summe der Gesamtbedeckung

283.400.000 K
Aber auch damit wird das Auslangen für das ganze Jahr 1921 nicht gefunden werden, denn die bis zum Juli beabsichtigte endgültige Befoldungsreform für die Landesangestellten und für die Lehrerschaft wird eine neuerliche bedeutende Erhöhung des personellen Aufwandes mit sich bringen, welcher nebst dem außer Zweifel für 1921 noch zu gewärtigenden Mehraufwand, insbesondere für Sanitätsanstalten, eine ganz bedeutende Mehrbelastung für den Landeshaushalt zur Folge haben wird, zu deren Deckung der Anteil am Valutagewinne nicht ausreichen wird, weshalb schon heute an neue Einnahmequellen gedacht werden muß.

Die Finanzverwaltung des Landes hat daher notgedrungen die Schaffung neuer Steuern ins Auge gefaßt, und zwar beabsichtigt sie, eine Autosteuer, eine Jagdabgabe, eine Annoncensteuer, eine Frachturnsatzsteuer und eine Fürsorgeabgabe vorzuschlagen. Der leitende Gedanke bei den neuen Steuern ist der, daß der wirtschaftlich stärkere Teil der Bevölkerung auch die größeren Lasten tragen soll; das Nähere wird ja bei der Beratung der einzelnen Steuern erörtert werden.

Die Führung der Finanzgeschäfte des Landes war im abgelaufenen Verwaltungsjahre eine sehr mühselige Aufgabe. Es gab öfters Stunden und Tage, in denen es den Anschein hatte, als sei es ganz und gar unmöglich, die Mittel auch nur für die allernotwendigsten Erfordernisse rechtzeitig aufzubringen. Allein mit Aufbietung aller Kräfte, wobei die treue Mitarbeit der Landesbeamten gute Dienste leistete, sowie durch das Entgegenkommen des Finanzministeriums und durch Anwendung äußerster Sparsamkeit, gelang es noch immer, der gefährlichen Situation Herr zu werden. Als eine Maßregel äußerster Sparsamkeit war sogar die Schließung einzelner schwach belegter Kranken- und Siechenhäuser und die Zusammenziehung mit anderen schwach belegten Kranken- und Siechenhäusern schon ernstlich ins Auge gefaßt, insbesondere in jenen Bezirken, welche für diese Anstalten wenig Entgegenkommen bekunden, sondern sie fast als Ausbeutungsobjekte ansehen. Der Voranschlag 1921 weist in seinen Ausgabsposten, wie wir gesehen haben, ganz gewaltige Ziffern auf, trotzdem ist es aber gelungen, das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen vollständig herzustellen, was gewiß ein gutes Zeichen für die wirtschaftliche Kraft des Landes ist. Dabei stellt dieser Voranschlag aber noch immer nur ein Provisorium dar in dem Sinne, daß er nicht aufgebaut ist, auf der Grundlage einer scharfen Abgrenzung der Steuerhoheit zwischen Bund und Land, sondern daß er immer noch auf der Basis der staatlichen Überweisungen ruht. Wenn einmal in der verwickelten Frage der Steuergrenzen volle Klarheit geschaffen ist, wenn das Land weiß, welche Steuern es für sich behalten kann, so daß es dann seine wirtschaftlichen Kräfte voll und frei entfalten kann, dann wird es sich zeigen, daß unsere von der Natur reich gesegnete schöne Steiermark nicht nur ein lebensfähiges Wirtschaftsgebiet, sondern sogar ein reiches Land ist, in dessen Gauen wieder zufriedene und glückliche Menschen hausen können.

In diesem Sinne empfehle ich den vorliegenden Voranschlag dem hohen Hause zur Annahme. (Lebhafte Beifall bei den Christlichsozialen.)

Präsident Regner: Die Wechselrede wird eröffnet. Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Doktor Enge.

Abgeordneter Dr. Enge: Hohes Haus! Die christlich-soziale Partei tritt mit dem ganzen Ernste der Verantwortung, die das Vertrauen der Wähler auf uns gelastet hat, in die Beratung des Landeshaushaltes ein. Der Landeshaushalt, der Voranschlag, wie er uns im Finanzausschusse und Hause vorgelegt wurde, enthält

auf den ersten Blick ein düsteres, trauriges, dunkles Bild. Die Ausgaben seit dem Vorjahre, die Erfordernisse sind auf das Vierfache gestiegen, von 150,000,000 K auf 600,000,000 K, der Abgang von 100,000,000 K auf 360,000,000 K. Die Gründe dieses riesenhaft anschwellenden Ziffermaterials liegen ja außer diesem Hause und außerhalb der Macht des Landes, sie zu beheben. Der verlorene Krieg, die durch die Siegerlaune der Entente uns aufgebürdete Geldentwertung (die Krone stand zur Zeit des Umsturzes auf 47, heute tief unter 1), mußte sich wie im Haushalt der Familie, der Gemeinde und des Bundes selbstverständlich auch im Haushalte des Landes zum Ausdruck bringen. Das Bestreben aller Parteien im Lande wird es sein, selbstverständlich das Bestreben jener Partei, die durch das Vertrauen ihrer Wähler als stärkste in den Landtag eingezogen ist, mit allen ihren Kräften mitzuhelfen, um die trostlosen Verhältnisse der Gegenwart so zu mildern, daß die Zukunft eine bessere sein könnte. Die Voraussetzungen hiefür ersehen wir aber nur dann gegeben, wenn Ruhe und Ordnung im Lande einzieht. Seit dem Umsturze hat die Partei, der ich angehöre, mit dem Einsetzen der Kräfte ihrer besten Männer mitgewirkt, Ruhe und Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten. — Zur Zeit der konstituierenden Landesversammlung war unsere Partei ebenso stark vertreten wie die übrigen zwei Parteien des hohen Hauses (der Bauernbund ist erst später gegründet worden), und wir haben unsere besten Männer damals in die Regierung geschickt. Als die erste Wahl im Jahre 1919 uns als die stärkste Partei in diesem Hause aufscheinen ließ, als wir von 70 Abgeordneten 35 stellen konnten, war es selbstverständlich, daß wir entgegen dem einseitigen Parteivorteile die besten unserer Männer mit der Führung des Landes und der Landesregierung beauftragt haben. Auch die Neuwahlen im Oktober 1920 haben in der Zusammensetzung dieses Hauses grundlegende Umwälzungen nicht gebracht, wir haben dieselben bewährten Männer, deren Geschick und Tatkraft das Land in erster Linie die Aufrechterhaltung des Friedens zu verdanken hat, wiederum in die Landesregierung entsendet. Ruhe und Frieden wurden bisher im Lande aufrechterhalten und es muß unser Bestreben sein, das Bestreben wohl aller Männer, die es ernst meinen mit dem Vorteile des Landes, und die nicht das Parteilmäßige in den Vordergrund schieben wollen, daß dem auch in Zukunft so sei. Diesbezüglich haben wir aber Bedenken, wenn wir die Ereignisse der letzten Zeit vor unseren Augen abrollen sehen. Die Unterdrückung der Überzeugung der andern in den Betrieben, der

Versuch, auch in der Verwaltung einen politischen Einschlag zu bringen, insbesondere der Versuch in der letzten Zeit, die Freiheit der Verfassung, das Palladium, das schon die Verfassung seit 1867 gegeben hat, die Unabhängigkeit des Richterstandes zu fangieren, das erfüllt meine Partei mit den schwersten Sorgen. Und es ist selbstverständlich, daß gegen diesen Terror wir uns mit aller Macht und Wucht unserer Partei stemmen müssen, um in Zukunft die Freiheit der Überzeugung und Unabhängigkeit des Richterstandes nach wie vor aufrechterhalten zu können. Wenn wir mit Mißtrauen und unangenehm berührt diesen Terror hier berühren, so wollen wir feststellen, daß der Kampf gegen diesen Terror sich nicht richtet gegen einzelne Klassen und insbesondere auch nicht gegen die Klassen der Arbeiterschaft, sondern den Auswuchs, der im Terror liegt, bekämpfen. Die Arbeiter selbst stehen unserer Partei so sympathisch gegenüber wie jeder anderen Partei. Der beste Beweis ist es, daß die vielen sozialen Gesetze zustande gekommen sind, nicht nur durch passive Duldung unserer Partei, sondern durch aktive Teilnahme. Wir sind im Gegensatz zu den zwei Parteien dieses Hauses, die sich programmatisch als Klassenpartei darstellen, das sind die Sozialdemokraten und die Bauernbündler, eine Partei, die um sich alle Stände unseres Volkes scharf. Wir betrachten es als ein besonderes Moment, Ruhe und Ordnung und einen wirtschaftlichen Ausbau im Lande aufrecht zu erhalten, den Grundsatz unserer Partei im ganzen Volke durchzuführen, die Klassenversöhnung an Stelle des Klassenhasses, den wir jetzt überall sehen mußten und dessen Auswüchse uns bisher in jeder Sitzung dieses Hauses beschäftigt haben. Die christlichsoziale Partei ist grundsätzlich die Partei des kleinen Mannes, gegründet im Jahre 1897 in Wien durch Dr. Lueger, zuerst umfassend die kleinen Gewerbetreibenden, hat sie durch die glückliche Fusionierung mit dem Bauernstande in ihrer fortschreitenden Entwicklung um ihre Reihen geschart die Reihen der Beamten und Arbeiterschaft. Wir wissen ganz genau (und das Lächeln zeigt es mir), daß gerade wieder hingewiesen wird auf den Ausgang der Arbeiterkammerwahlen. Wir wissen es ganz genau, unser Ziel ist es, die Freiheit der Überzeugung des einzelnen nicht bloß im Terror, sondern auch in die Tat umzusetzen, daß große Reihen der werktätigen Arbeiterschaft nicht einer Partei angehören, die die Überzeugung der einzelnen nicht achtet und die unsere Reihen verstärken würde. Wenn wir in der Vergangenheit gesehen haben, daß es uns schwer möglich gewesen ist, gegenüber diesen allzeit um sich greifenden

Terror weiter die Führung zu behalten, so wollen wir für die Zukunft das Vertrauen auf die bessere Zukunft des Volkes nicht verlieren, sondern möchten verlangen und möchten bitten, daß auch die übrigen Parteien im Hause in werktätiger Mithilfe mit Berücksichtigung der schweren Not des Landes und der schweren wirtschaftlichen Krise, die alle Kreise der Bevölkerung umfassen, ihre werktätige Mithilfe in einverständlicher Arbeit zuteil werden zu lassen. Zu welch schönem Resultat die Einigkeit aller Bevölkerungsschichten führt, zeigt gerade das werktätige Ineingreifen aller Bevölkerungsschichten anlässlich der Volksabstimmung in Ostpreußen, wodurch es gelungen ist, daß weite Gebiete mit einer starken Bevölkerung, mit reichen Bodenschätzen und mit starker Industrie unserem Mutterlande, mit dem ja auch wir Christlichsoziale hoffen, in Zukunft vereinigt zu werden, unserem Volke erhalten bleiben. Diese Einigkeit muß das Ziel aller jener Männer und Frauen sein, welchen das Wohl des Landes am Herzen liegt, und gelingt dies, wie es ja auch in der Vergangenheit durch eine gewisse Zeit in erträglicher Weise möglich war, gelingt es, die Einigkeit im Lande in Zukunft wieder klar zu stellen, dann ist uns um die Zukunft unseres Landes nicht bange.

Wenn wir den Landesvoranschlag betrachten, so haben wir Christlichsoziale gefunden, daß der Grundsatz und die Bedingungen, die wir an die Genehmigung eines Haushaltes knüpfen müssen, im großen und ganzen erfüllt sind. Wir haben gefunden, daß bei aller Berücksichtigung der notwendigen Voraussetzungen, unter Berücksichtigung der kolossalen Geldentwertung, der notleidenden Bevölkerung, Beamten und Lehrerschaft jene Zahlung geleistet wurde, die unbedingt notwendig ist, um das Leben zu fristen. Wir wissen, daß die Fürsorgearbeit, die Erhaltung unserer Kranken- und Siechenhäuser außerordentliche Geldopfer verlangt, wir wissen das und sind selbstverständlich bereit, diesen Volksnotwendigkeiten unsere Geldhilfe nicht zu versagen. Wir haben aber andererseits auch gesehen, daß auf das äußerste gespart und gedrosselt wurde, wo es möglich gewesen ist, wir haben es mit besonderer Befriedigung gesehen, daß sich die Landesregierung Mühe gegeben hat, in Zukunft neue Einnahmsquellen der Wirtschaft des Landes zu erschließen. Es erfüllt uns mit Befriedigung die Anteilnahme des Landes an der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft, weil wir wissen, daß wir dadurch einen Einfluß auf die Erstellung des Kohlenpreises gewinnen können, um so der notleidenden Bevölkerung in Zukunft zu erträglichen Preisen Heizmaterial zur Verfügung zu stellen

und weil wir hoffen, ein erträgliches Geschäft für das Land zu machen. Wir wissen, daß sich das Land mit Erfolg an der Steirischen Anstalt für Einkauf und Volkswirtschaft beteiligt und haben dadurch auch ein Kontrollrecht über die Handelsumsätze des Landes erworben, welches wir zum Wohle des Landes ausüben wollen. Wir haben gesehen, daß endlich in nächster Zukunft die vielen Worte, die seit Jahrzehnten gefallen sind, zur Tat werden sollen, daß der Ausbau der steirischen Wasserkräfte in nächster Zeit in Angriff genommen werden wird. Und auch davon versprechen wir uns für das Wohl des Landes entsprechende Vorteile. Wir entnehmen dem Voranschlage, daß das Land daran geht, die Torfgewinnung, welche wir als Beheizungsmaterial gewiß im Interesse der Bevölkerung zu fördern haben, in irgend einer Weise in die Hand zu nehmen und daß diese unter Beteiligung und Kontrolle des Landes vor sich gehen wird. Insbesondere möchten wir aber mit besonderer Befriedigung feststellen, daß in Entsprechung eines Beschlusses in der vorjährigen Budgetdebatte bereits durch die Kontrolle des eingesehten Ausschusses jene Resultate erzielt werden, daß unsere Landesforste das erstemal seit Jahrzehnten aktiv geworden sind. Der reiche Forstbestand unserer Forste, das Magnesitvorkommen, bietet Gewähr, daß die Landesforste im Landeshaushalte in Zukunft als Aktivpost aufscheinen und dem Lande reiche Einnahmen gewährleisten werden. Aus dem Berichte der Landesregierung und aus dem Berichte des Finanzausschusses haben wir Christlichsoziale mit Befriedigung weiter entnommen, daß eine Umlagerhöhung zur Bedeckung des Abganges nicht geplant ist. Eine weitere Erhöhung der Umlagen wäre fast unerträglich gewesen, so unerträglich, daß die Bundesregierung selbst daran gegangen ist, die Umlagerhöhungen bezüglich der Hauszinssteuer und der besonderen Erwerbsteuer ziffernmäßig zu begrenzen, eine Tatsache, die, wenn wir bedenken, daß Gemeinden und Bezirke und das Land die Erfordernisse bedecken müssen und der Abgang irgendwie sichergestellt werden muß, uns mit schwerer Sorge erfüllen muß, während andererseits die Bundesregierung diesen Entfall vergüten wird müssen. Es ist kein Zweifel, daß insbesondere Bezirke, die schon im Vorjahre mit einer Umlage von 500 bis 1000 Prozent arbeiten mußten, auch im heurigen Jahre Veranlassung haben werden, um ihr Budget erstellen zu können, zu diesen hohen Umlagen greifen zu müssen, und wir können uns nicht vorstellen, wenn nicht der Bund die Ausfälle deckt, wie diese Bezirke arbeiten können. Gerade im Vorjahre ist

ja in diesem hohen Hause von der Gegenseite darauf hingewiesen worden, daß die frühere Bundesregierung Akte der Gnade erwiesen hat, wenn sie zur Deckung des Abganges von Fall zu Fall Überweisungen zugewiesen hat. Während also im Vorjahre noch die Überweisungen Platz gegriffen haben, verdanken wir es nun der Rührigkeit unseres Finanzreferenten, daß wohl allerdings als Vorausabschlag für die Zukunft und die finanzielle Auseinandersetzung zwischen Bund und Ländern, nun prozentuelle Anteile an den Staatssteuern dem Lande zur Verfügung gestellt werden; nicht bloß ziffernmäßig betrachten wir dies als einen erfreulichen Fortschritt, sondern es ist insbesondere wichtig, weil es sich gezeigt hat, daß hiedurch die Bundesregierung das Anrecht des Landes an dem Ertragnisse der Steuern des Landes anerkannt hat. Wir finden schließlich und endlich, daß die Kontrolle des Landes, des wirtschaftlichen Haushaltes, durch die Verfassung und andererseits die tatsächliche Ausübung der Kontrollinstitutionen in jeder Weise gegeben ist. Wir finden, daß in der Landesregierung alle Parteien vertreten sind, daß alle Parteien in der Landesregierung ihre Mitarbeit leisten, wir finden, daß das finanzielle Kontrollrecht in umfangreicher Weise ausgeübt wurde und finden in der Verfassung des Landes das weitere Kontrollorgan, den Hauptausschuß, der als Kontrollorgan der Finanzen besteht. Alle diese Sicherungen geben uns die Gewähr, daß der gegenwärtige Voranschlag aufgebaut ist auf den Grundsätzen geordneter Finanztechnik, und die christlichsoziale Partei wird aus diesem Grunde für das Budget ihre Stimme abgeben. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

Landesrat Machold: Hohes Haus! Wenn ich in der Generaldebatte zu dem vorgelegten Voranschlage für das Jahr 1921 das Wort ergreife, so möchte ich in erster Linie meiner Auffassung dahin Ausdruck geben, daß diese Art der Budgetierung uns nach keiner Richtung hin eine gewisse Gewähr oder Sicherheit über die in der Vorlage enthaltenen Ziffern gibt. Das ist wohl in der Friedenszeit vielleicht möglich gewesen, wo wir die Geldentwertung noch nicht hatten und man daher in der Lage war, auf ein ganzes Jahr hinaus festzusehen, was für Ausgaben man haben wird, und man in der Lage war, wenn auch nicht für das ganze Jahr, so doch für den größten Teil desselben auch die Einnahmen zu fixieren und unter diesen Umständen einen halbwegs gesicherten Voranschlag zu erstellen. Das hat sich nun grundstürzend geändert; dieses System wird vielleicht später wieder einmal zur Geltung kommen; derzeit müssen wir uns wohl sagen, daß alle die Ziffern, welche

im Voranschlage enthalten sind, doch nur so zu werten sind, daß sie als Ziffern im Voranschlage stehen, es weiß niemand von uns, ob am Schlusse des Jahres noch eine einzige Ziffer richtig sein wird. Ich will deshalb keinen Vorwurf erheben, im Gegenteile, es ist dies ja in den Verhältnissen begründet, aber es ist eine Tatsache, daß die uns vorliegenden Ausgabe- und Einnahmeposten unrichtig sein werden, und nur eines steht fest, daß wir überhaupt nicht in der Lage sind, einen Voranschlag aufzustellen, der einigermaßen eine Sicherheit hätte, daß er auch richtig ist. Das möchte ich im allgemeinen vorausschicken, weil ich, wenn ich diese Auffassung habe, mich schon aus diesem Grunde der Notwendigkeit enthoben glaube, auf die im Voranschlage enthaltenen Ziffern des Näheren einzugehen. Ich glaube, daß auch durch die eingehendste Erörterung aller dieser Posten nichts erreicht würde, weil ich glaube — und ich setze hier voraus, daß das hohe Haus diese Auffassung teilt —, daß tatsächlich am Schlusse des Jahres sich doch ein ganz anderes Ergebnis herausstellen wird. Ich glaube also, den Voranschlag in der Generaldebatte in der Hauptsache nur dazu benützen zu sollen, unsere allgemeine Stellung zu den wirtschaftlichen Fragen, welche das Land, das Reich beherrschen, zu den Parteien selbst zu kennzeichnen. Da fällt mir vor allem etwas auf, und darauf möchte ich die Aufmerksamkeit des hohen Hauses lenken. In der vorjährigen Generaldebatte hat der Herr Finanzreferent mit ziemlicher Schärfe gegen die Wiener Regierung zum Ausdruck gebracht, daß er es vermisse, daß die Abgrenzung der Steuerhoheit zwischen Bund und Ländern noch nicht durchgeführt ist, er hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß dies ein arges Versehen der Wiener Regierung ist, und erklärt, daß überhaupt ein geordneter Landeshaushalt nicht erstellt werden kann, insoweit nicht, bis diese finanzielle Ausglei chung und Ausfr agung zwischen Staat und Land durchgeführt sein wird. Er hat auch ausgerufen, wenn ich ihn wörtlich zitieren will: „Heraus mit der Verwaltungsreform, zur Vereinfachung der Verwaltung!“ Ich vermisse eine gleiche Stellungnahme heute; der Herr Finanzreferent hat sich vollständig darüber ausgeschwiegen, daß wir heute, nach so vielen Monaten, noch auf demselben Standpunkte stehen wie dazumal. Die Gründe liegen auf der Hand; dazumal hatten wir nach der Auffassung der Damen und Herren auf der rechten Seite eine sozialdemokratische Regierung in Wien, die allerdings keine sozialdemokratische, sondern eine Koalitionsregierung war, aber sie wurde immer und immer als sozialdemokratische Regierung angesprochen,

und man glaubte, dieser sozialdemokratischen Regierung Schwierigkeiten machen zu müssen, und man glaube, dem parteipolitischen Interesse zu entsprechen, wenn man über diese Wiener Regierung in entsprechender Weise und bei allen Gelegenheiten loszieht. Das war auch die Ursache, warum mit soviel Pathos vom Herrn Finanzreferenten der Ruf erschallte: „Heraus mit der Verwaltungsreform, heraus mit den Verwaltungsvereinfachungen!“, damit auf diesem Doppelgeleise, Burg und Landhaus, nicht weitergefahren zu werden braucht, und schließlich und endlich das Wichtigste, daß wir finanzielle Ersparnisse erzielen. Meine Herren! Seit dieser Zeit sind schon viele wichtige Ereignisse vorgekommen. Wir haben die Neuwahlen gehabt und diese haben eine ganz andere Parteienbildung zutage gefördert. Die seinerzeitige Koalitionsregierung ist nicht mehr, die Bahn wäre also für die Herren Christlichsozialen vollkommen frei gewesen, das durchzuführen, was sie der sozialdemokratischen Wiener Regierung als schweres Versäumnis angedichtet haben. Sie hätten nun die Verwaltungsreform allen Ernstes und mit aller Gründlichkeit durchführen können und sollen. Ich frage nun, was ist aber geschehen seit dieser Zeit, in dieser wichtigen uns ziemlich nahegehenden Frage? Gar nichts ist geschehen; wir stehen auf demselben Standpunkte, und nicht einmal der Berichterstatter des Finanzausschusses von Seiten der Christlichsozialen konnte darüber hinweggehen und mußte in seinem Berichte feststellen, daß schon im Jahre 1920 die unerträgliche Last der Steuerhoheit die Ordnung der Finanzgebarung unmöglich gemacht wurde, und er mußte feststellen, daß sich in dieser Richtung zum größten Bedauern nicht das geringste geändert hat. Deshalb fühle ich mich bemüht und hat es mich gereizt, das heute festzustellen, weil ich schon bei Beginn der Budgetdebatte einen großen Unterschied in der grundsätzlichen Auffassung von damals und heute finde. Die finanzielle Austragung, die damals für die Sanierung der Landesfinanzen als so wichtig und notwendig bezeichnet wurde, die wurde heute sonderbarerweise weder vom Herrn Finanzreferenten noch vom Herrn Berichterstatter mit einem Worte gestreift.

Nun möchte ich auf die Fragen zu sprechen kommen, die ich mir zum hauptsächlichsten Thema meiner heutigen Erörterungen ausgewählt habe: das sind nicht die Ziffern, sondern unsere allgemeine Stellung zu den wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Vorgängen im Lande. Da möchte ich feststellen, daß sich seit dem Vorjahre im Lande vieles geändert hat. Insbesondere

muß ich — und da pflichte ich den gemachten Äußerungen bei — das Werk der Verfassungsreform im Lande als ein großes bezeichnen. Und wenn ich das tue, so möchte ich weiter darauf verweisen, daß da Grundsätze zum Ausdruck gekommen sind, zu deren Mitwirkung wir wesentlich beigetragen haben. Ich möchte darauf verweisen, daß wir immer gesagt und den Standpunkt vertreten haben, daß die Landesverwaltung, die Landesregierung, zusammengesetzt sein muß nach dem Stärkeverhältnis der Parteien und daß der Proporz in allen Ausschüssen und in allem, was mit dem Landtage zu tun hat, Anerkennung finden soll. Es war nach dieser Richtung nicht allgemein die gleiche Auffassung; man hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß im Lande eine Majorität regieren soll, daß sich gewisse Parteien zusammenfinden und kraft ihrer Stimmenzahl im Lande die Landesregierungsgeschäfte übernehmen und sie führen sollen, und daß diese Majorität auch gegenüber der ganzen Öffentlichkeit die Verantwortung zu tragen hätte. Dieses Prinzip mag im Reiche und Staate angängig sein, im Lande ist es jedenfalls nicht angängig. In allererster Linie hat sich der Landtag zu beschäftigen mit autonomen Angelegenheiten und mit den Fragen der autonomen Verwaltung. Die Landesregierung, der Landesrat, ist ja in erster Linie und hauptsächlich eine Verwaltungsstelle, und es steht außer allem Zweifel, daß alle Parteien, die in dieselbe in einer gewissen Stärke entsendet wurden, daß sie das Recht haben, an allen diesen Verwaltungsstellen und Ämtern entsprechend teilzunehmen. Dieser Grundsatz ist nun in unserer Landesverfassung verankert worden, und ich würde es nicht notwendig haben, dies mit dieser Präzision festzustellen, wenn nicht der Versuch unternommen worden wäre, aus unserer Teilnahme an der Landesregierung andere, als diese Konsequenzen zu ziehen. Ich konstatiere, daß wir dadurch, daß wir in die Landesregierung hineingegangen sind, daß wir, weil wir mehr als ein Drittel der Mandate des Landtages besitzen, wir keine Verpflichtung der Majorität der Landesregierung gegenüber übernommen haben. Es ist keine Gnade, die uns erwiesen, kein Entgegenkommen, das an den Tag gelegt wurde, als wir nach der Verfassung, die wir machten, auf Grund des Proportionalwahlrechtes in die Landesregierung einzogen. Es ist unser gutes Recht, das wir kraft unserer Stärke für uns reklamieren. Deshalb bitte ich, ein für allemal festzuhalten und zur Kenntnis zu nehmen, daß wir mit diesem Rechte keineswegs die Verpflichtung übernommen haben, zu all dem, was die Majorität dieser Landesregierung tut und beschließt, zu all dem, was wir als

Minderheit zu hindern nicht in der Lage sind, Ja und Amen zu sagen. Wir behalten uns das Recht der bedingungslosen Kritik vor, und wir werden diese üben, wo es notwendig erscheint, und es kann uns keineswegs zugemutet werden, daß wir durch unsere Teilnahme an der Landesregierung die Verpflichtung übernommen haben, alles zu decken und dafür einzutreten, was die Mehrheit der Landesregierung beschließt und was dort geschieht.

Nun komme ich zu unserer Stellung zu den einzelnen Parteien des hohen Hauses. Wenn ich von den einzelnen Parteien spreche, so möchte ich meine Überzeugung zum Ausdruck bringen, dahingehend, daß es sehr leicht ist, zu den ganz unmittelbar neben mir sitzenden Parteien unsere Stellung zu besprechen. Sie ist sehr einfach gegeben. Die Herren vom Bauernbund und die Herren daneben von der großdeutschen Bürgerpartei haben hier im Hause die Stellung bezogen, die sie beziehen wollten. Sie haben sich in einer Reihe von Fragen, auch der Verfassung, für desinteressiert erklärt. Sie haben sich als eine Partei hier im Hause vorgestellt, deren alleinige Aufgabe es ist — ob sie welche Anerkennung finden, das ist ihnen gleichgültig —, die herrschende Regierungspartei zu unterstützen. In allen Handlungen der Bauernbündler, in allen Handlungen der Großdeutschen ist das zum Ausdruck gekommen, und ich glaube, das allein charakterisiert unsere Haltung zu diesen Parteien des hohen Hauses. Sie sind, wie ich glaube, stille Teilhaber einer Koalition, sie machen alles das, was die herrschende Partei in der Landesregierung haben will. Sie hätten Gelegenheit gehabt, zu verhindern, daß die Christlichsozialen, die als einzige Partei im Lande Steiermark geschwächt aus dem Wahlkampfe herausgetreten ist, in einer nicht gebührenden Stärke in der Landesregierung und in allen Ausschüssen vertreten sind. Sie haben sich für desinteressiert erklärt, sie haben unsere Anträge, daß die Ausschüsse entsprechend den Parteieneverhältnissen zusammengesetzt sein sollen, im Landtage selbst niedergestimmt. Wir haben beispielsweise vorgeschlagen, daß die Landesregierung mit neun Mandaten besetzt werden soll. Das wäre entsprechend der Zusammensetzung des hohen Hauses gewesen. Sie haben sie mit zwölf belassen, um zu erreichen, daß die christlichsoziale Partei überall die Hälfte und dadurch auch die Hälfte im Landtage hat, obwohl sie im Lande kraft ihrer Mandate nirgends die Hälfte haben. (Abgeordneter Schreckenthal: „Herr Kollege, das stimmt nicht!“) Das stimmt schon, wir wollten zehn haben, wir haben neungewollt, Sie aber haben auch nicht zehn akzeptiert, obwohl die Ziffer 10

den Verhältnissen des hohen Hauses entsprochen hätte. Sie haben sich dadurch selbst in das Fleisch geschnitten. Ich bin nicht dazu da, um Ihnen einen guten Ratsschlag zu geben, aber auf das eine mache ich aufmerksam, Sie hätten das Jünglein an der Wage spielen können. Das sind Sie heute nicht, Sie haben eine andere Konstellation in der Landesregierung vorgezogen. Es sitzen sechs Christlichsoziale und sechs andere darin. Sie sind also kein Jünglein an der Wage. Es kann nur das gemacht werden, was die Christlichsozialen wollen, während durch eine andere Zusammensetzung, durch die Ziffer 9 oder 10 Sie immer erreicht hätten, daß die Partei, die im Landtage die Hälfte nicht hat, auch diese Majorität nicht in der Landesregierung gehabt hätte. Sie haben diesen Antrag im Verein mit den Christlichsozialen abgelehnt. Sie haben sich von vornherein als getreuliche Helfershelfer der christlichsozialen Partei gefühlt und haben die christlichsoziale Partei zu dem gemacht, was sie kraft des Vetos der Wählerschaft in Steiermark gar nicht ist. Sie hat vier Mandate verloren, und sie ist nach dem Ausgange der Wahlen viel stärker geworden, als sie es hätte sein können und sein sollen. Ich glaube, bezüglich unserer Stellung zu diesen zwei Parteien in diesem Hause mich nicht weiter auslassen zu sollen, weil ich dieselben nur als ein Anhängsel der Christlichsozialen betrachte.

Nun komme ich selbstverständlich zu unserer Stellungnahme zur herrschenden Partei im Lande und in der Landesregierung, zur herrschenden Partei, das ist die christlichsoziale Partei, die heute das Landesregierungsheft vollständig in der Hand hat und nach deren Willen die Landesregierungsgeschäfte geführt werden und alles andere gemacht wird. Da möchte ich darauf verweisen, daß wir seinerzeit eine Koalition gehabt haben. Wir haben seinerzeit gerade nicht aus Liebe zueinander diese Koalition aufgerichtet. Das wurde schon öfters festgestellt, und wenn es auch weniger oft festgestellt worden wäre, so würde es doch wahr sein, daß wir keine Liebe zueinander gehabt haben und haben konnten insofern der grundsätzlichen Widersprüche unserer Auffassung. Diese Koalition wurde in erster Linie ausgerichtet, um das Land und insbesondere auch den Staat herauszureißen aus dieser furchtbaren Notlage, in die der Krieg das Land und den Staat gebracht hat. Wir haben die Verpflichtung übernommen, auf unsere Leute, auf die Arbeiterschaft, beruhigend einzuwirken und sie zu veranlassen, auch weiterhin Opfer zu bringen und Mühen und Sorgen zu übernehmen. Die Christlichsozialen hatten die Aufgabe zu übernehmen, insbesondere auf

die bäuerliche Bevölkerung Einfluß zu üben und dahin zu wirken, daß sie ihrer verdammtten Pflicht und Schuldigkeit nachkommen und das tut, was sie zur Aufrechterhaltung der Ruhe tun könne, nämlich durch Beistellung von Lebensmitteln die Lage zu bessern und unsere Situation zu erleichtern.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Koalition ist in Trümmer gegangen, weil die Voraussetzungen, die man an dieselbe geknüpft hat, nicht eingetroffen sind. Es hat sich immer mehr gezeigt, daß die christlichsoziale Partei nicht in der Lage, oft auch nicht gewillt war, das zu erfüllen, was man im Interesse der Gesamtheit notwendig von ihr zu erfüllen verlangt hat. Die christlichsoziale Partei hat immer nachgegeben, sie hat dem Drucke der Bauernschaft nicht Widerstand leisten können, und es ist zu einem Versagen in der Lebensmittelversorgung gekommen, und das Ende war eben und mußte sein, das Auseinandergehen der Koalition. So war es im Lande. In Wien, im Reiche, war es etwas anderes, da hat diese Koalition auch bestanden, nur war es ein eigentümliches Koalitionsverhältnis, das die christlichsoziale Partei in Wien sich zurecht gelegt hat. Während sie in der Reichsregierung in vollständiger gleicher Stärke vertreten waren, während nur einstimmige Beschlüsse in der Regierung gefaßt werden konnten, haben sie alle Regierungshandlungen, die ihnen unangenehm waren, immer als sozialdemokratische Regierungshandlungen bezeichnet. Sie haben wohl dafür gestimmt, aber den nächsten Tag schon ist ihr Zentralorgan, die christlichsoziale „Reichspost“, hergegangen und hat in heimtückischer Weise die Regierungshandlungen als sozialdemokratische besetzt und besiegelt. Aus diesen Gründen ist die Koalition in Wien in Trümmer gegangen; man hat sich geeinigt, Neuwahlen durchzuführen und die Bevölkerung aufzurufen und sie zur Entscheidung zu veranlassen. Sie werden mir zugeben, daß wir uns nicht eine wesentlich andere Zusammenfassung des Parlamentes erhofft haben, als wie sie tatsächlich dann eingetreten ist. Das wäre ein vollständiges Verkennen der Konstellation in Österreich; die Arbeiterschaft ist nicht so stark, daß sie die Majorität in diesem Reiche hat. Wir wissen ganz gut, daß die Bauern, die die hauptsächlichsten Anhänger der christlichsozialen Partei darstellen, sehr stark im Reiche sind, und wäre es vermessen gewesen, von uns zu erwarten, daß die Neuwahlen, die sich infolge Sprengung der Koalition als notwendig erwiesen haben, so ausgehen werden, daß wir Sozialdemokraten allein die Regierung zu übernehmen in der Lage gewesen

wären. Die Neuwahlen sind so ausgegangen, wie Kenner der Verhältnisse es nicht anders erwartet haben. Die Christlichsozialen sind als die stärkste Partei in die Nationalversammlung eingezogen, hauptsächlich infolge der wirtschaftlichen Konstellation im Reiche, infolge des Umstandes, daß eben soundsoviele Bevölkerungsschichten in diesem Reiche leben, die die Christlichsozialen wählen, aber auch deshalb, weil sie den Wählern eine große Reihe von Versprechungen gemacht haben, von Wahlversprechungen, die sie aber absolut nicht eingehalten haben. (Rufe: „Sehr richtig!“) Wenn ich nun ganz kurz auf die Wahlversprechungen eingehen will, so möchte ich einige davon herausgreifen, und da habe ich mir in allererster Linie noch in Rückerinnerung behalten vom damaligen Wahlkampfe und von den Redeschlachten, die in den verschiedenen Wählerversammlungen durchgeführt worden sind, das Schlagwort: Wenn die christlichsoziale Partei ans Ruder kommt, das Heft in die Hand nimmt, wird der Abbau aller Preise durchgeführt werden, insbesondere bei den Lebensmittelpreisen, aber auch bei allen anderen Bedarfsartikeln, bei den Löhnen und Gehältern wird es möglich und notwendig sein, abzubauen. Man hat der Bevölkerung insbesondere vorgekäuft, nur die Sozialdemokraten seien schuld an dieser hohen Haltung der Löhne, der Gehalte, der Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel. Nun, meine Damen und Herren, wie ist dieser Abbau aber durchgeführt worden? Eine Teuerung hat es immer gegeben, in der Kriegszeit, nach dem Umsturze, sie ist in den Zeiten der Koalition sehr stark geworden, das haben wir nie bestritten und immer erklärt, daß niemand in der Lage ist, diese zu bannen. Aber die Christlichsozialen haben Wahlversprechungen gemacht, daß sie in der Lage sein werden, diese Teuerung abzubauen. Aber niemals vorher ist eine solche maßlose Erhöhung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel, eine solche sprunghafte Erhöhung durchgeführt worden infolge Erhöhung der Löhne und Gehalte, wie in der Zeit des Alleinregimes der Christlichsozialen. So schauen die Versprechungen und das aus, was sie nachher gehalten haben. Da war es mit dem Abbau der furchtbaren Teuerung, die nur der Ausfluß der sozialdemokratischen Regierung dazumal war, etwas anders. Die Abwärtssteigung unseres Geldes, unserer Valuta, wurde damals in allen Wählerversammlungen darauf zurückgeführt, daß wir Sozialdemokraten in der Regierung sitzen, von denen man nicht weiß, ob sie nicht alles sozialisieren wollen, insgedessen fällt unser Geld, nur wir Christlichsozialen können herbeiführen,

daß wieder eine Steigerung unseres Geldwertes eintritt. Unser Geld war auch, als die angebliche sozialdemokratische Regierung, die allerdings keine sozialdemokratische, sondern eine Koalitionsregierung war, nicht viel wert. Ich kann mich gut erinnern, daß sie geschwankt hat von 4 h auf 45 h, 2 h, 1.88 h, aber niemals, meine Herren, ist der Geldwert so miserabel gestanden als nach der Zeit, wo die christlichsoziale Regierung die Alleinherrschaft übernommen hat. Sie haben hinausposaunt, das Geld wird wieder ein anderes werden, unsere Valuta wird steigen, wir werden Lebensmittel kaufen können, wenn die sozialdemokratische Regierung beseitigt ist. Nun, diese ist beseitigt worden. Diese Wahlversprechungen aber, die Sie damals gegeben haben, sind auf dem Papier geblieben, durchgeführt worden sind sie nicht. Im Gegenteil, wir sind nie so schlecht gestanden wie heute. Meine Herren, Sie haben den Wiederaufbau versprochen und in Aussicht gestellt, dann, wenn eben die Sozialdemokraten verschwinden. Wie es aber mit dem Wiederaufbau ausschaut, davon brauche ich nicht zu reden. Nicht um einen Schritt sind Sie weitergekommen, nichts ist geschehen. Wie der Wiederaufbau gefördert wird, darüber bietet ein sehr reiches Beispiel die gestern abgeführte Debatte über die Industrieförderung in Hartberg, auf die wir noch zurückkommen werden. Aber noch etwas haben die Christlichsozialen in ihren Wählerversammlungen versprochen und in ihren Zeitungen geschrieben, und das war mit ein Grund, warum sie so stark in das Parlament eingezogen sind. Sie haben zugesagt, daß Lebensmittellieferungen aus dem Auslande und speziell aus Ungarn sicher zu erwarten sind, daß die Lebensmittelnot dadurch gelindert werden wird, wenn eine andere Regierung, eine den ungarischen Reaktionären freundlich gesinnte Regierung ans Ruder kommt, und ich kann mich erinnern, daß der Parteichef der christlichsozialen Partei in den Wählerversammlungen erklärt hat, daß eine große Anzahl, hundert- und tausende Waggons von Lebensmitteln aus Ungarn kommen werden, wenn es der christlichsozialen Partei gelingen wird, die Majorität im Reiche zu bekommen.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, was haben wir bekommen, was war der Erfolg der christlichsozialen Partei, die das Heft in die Hand genommen hat? Vom Auslande, speziell von dem der christlichsozialen Partei sicher sehr nahestehenden Ungarn, haben wir nicht nur nichts erhalten, sondern sind von diesem Ungarn unter der christlichsozialen Regierung genau so miserabel behandelt worden als unter der sozialdemokratischen. Praktische Ergebnisse haben sie

sicher keine gehabt. Man hat noch weiter operiert und hat in der Zeit des Wahlkampfes erklärt, das Ausland, insbesondere die Siegerstaaten, die Entente, gibt uns keinen Kredit, weil wir eine sozialdemokratische Regierung haben, weil diese Regierung alles vergesellschafteten, alles sozialisieren will, wodurch fortwährend eine Unruhe in der gesamten Wirtschaft ausgelöst wird; wenn wir Christlichsoziale ans Ruder kommen, werden wir Kredite bekommen, nicht nur für Lebensmittel, sondern auch Kredite für Rohstoffe und Kredite zum Wiederaufbau unserer zusammengebrochenen Wirtschaft. Und was ist nach dieser Richtung übriggeblieben von all diesen Versprechungen? Nichts, rein gar nichts! Der Herr Staatssekretär Mayr rennt, läuft oder fährt genau so wie seinerzeit der Herr Staatskanzler Renner, der so heftig bekämpft worden ist, bei der Entente herum, und ist es dem christlichsozialen Mayr nicht einmal gelungen, das sicherzustellen, was seinerzeit dem sozialdemokratischen Renner gelungen ist. Man hat sich über die Auslandspolitik der sozialdemokratischen Partei lustig gemacht, man hat beispielsweise in den „Wiener Stimmen“, einem Ableger der christlichsozialen „Reichspost“, Bilder gebracht, wo der Staatskanzler Renner mit einem Bettelsack abgebildet worden ist, wie er herumzieht von einem Staate zum andern, von Frankreich nach England, und hat erklärt, daß dies unseres Staates unwürdig sei und nicht notwendig sein werde, wenn die Christlichsozialen an die Regierung kommen. Man hat die damalige Auslandspolitik einer vernichtenden Kritik unterzogen, man hat zum Beispiel die aus wirtschaftlichen Verhältnissen notwendig bedingte freundschaftliche Haltung des Staatskanzlers Renner den Tschechoslowaken gegenüber als „Powidlpolitik“ bezeichnet; ich meine aber, der Staatskanzler Mayr ist in dieses Powidlsfaß noch weit mehr hineingestiegen als der Staatskanzler Renner (Heiterkeit), und seine auswärtige Politik unterscheidet sich in der Richtung um kein Jota von der, die man unserer Partei so sehr verübelt hat und in der Zeit des Wahlkampfes als unbedingt zur Änderung notwendig hingestellt hat. Nun, meine Damen und Herren, ich habe schon gesagt, das Wahlergebnis in Steiermark — das habe ich kurz ausgeführt bei Erörterung unserer Stellung zu den beiden Parteien linker Hand hier —, das Wahlergebnis war eigentlich ein anderes, als wie es jetzt die ganze Konstellation in Steiermark darstellt. Die Christlichsozialen, die im früheren Landtage 35 Mandate hatten, haben jetzt 31 Mandate, sie sind die einzige Partei, die vier

Mandate verloren hat. Wir können konstatieren, daß der Wahlausgang für uns Sozialdemokraten so war, wie wir ihn erwartet haben; die Wähler, die damals uns in die erste Landtagsversammlung gewählt haben, sind uns treu geblieben, wir haben unsere 24 Mandate behalten und nicht ein einziges Mandat trotz des heftigen Wahlkampfes verloren. Nun hat uns selbstverständlicherweise dieser Wahlausgang gewisse Verpflichtungen auferlegt, die wir nicht negieren wollen und auch heute nicht, nach all dem, was sich inzwischen ereignet hat, negieren. Wir haben die Verpflichtung in uns gefühlt, nach Möglichkeit auch noch weiterhin, obwohl eine Koalition unmöglich war nach dem ganzen Vorgehen der christlichsozialen Partei, zur Hebung der Wirtschaft im Lande mitzuarbeiten und unser gut Teil beizutragen, und auf diese unsere Mitarbeit hätte ohneweiters in allen Fragen gerechnet werden können, wenn nicht ein ganz merkwürdiges Vorgehen seitens der christlichsozialen Herren in dem hohen Hause und bei allen Regierungsgeschäften Maß gegriffen hätte. Und da komme ich zu einem Kapitel, das hier im Hause schon oft erörtert wurde, warum die Koalition zusammengebrochen ist.

Die Stellung der christlichsozialen Partei teile ich ein in ihre Haltung zu wirtschaftlichen Fragen und zu politischen Fragen.

Wenn ich die wirtschaftlichen Fragen einer kurzen Erörterung unterziehen will, so muß ich feststellen, daß in der Koalition immer der Versuch unternommen wurde, vollständige Freizügigkeit selbst auf die Gefahr, daß die städtischen Konsumenten, die Industriebevölkerung nicht zu leben hat, herbeizuführen und daß diese Absicht nach der Neuwahl in einer Zeit, wo die christlichsoziale Partei allein die tonangebende geworden ist, immer mehr und mehr zum Durchbruche gekommen ist. Nur einige, die Bevölkerung unmittelbar betreffende, sie schwer belastende Fragen will ich herausgreifen, die Fragen, die auch in der letzten Zeit hier im hohen Hause einer Erörterung unterzogen worden sind in Form von Dringlichkeitsanfragen. Ich muß sie aber erwähnen, weil unsere Stellung zur christlichsozialen Partei ja von ihrer Stellung zu den wirtschaftlichen Fragen sehr beeinflusst wird. Da habe ich zuerst die Fleischfrage. In einem Lande, wo die Landwirtschaft für die städtischen Konsumenten, für die Industriearbeiter, Festangestellten nichts anderes zu leisten in der Lage ist, als wie eine Ration an Fleisch sicher zu stellen, sollte man meinen, daß die christlichsoziale Partei eine andere Art der Behandlung der für die konsumierende Bevölkerung so hochwichtigen Frage an-

gedeihen lassen wird. Ich habe gesagt, daß die Landwirtschaft bedauerlicherweise nicht in der Lage ist, beizutragen zur Linderung der Lebensmittelnot. Aber in der Frage der Fleischversorgung ist das nicht der Fall. Ich gebe ohne weiteres zu, daß der Krieg devastierend gewirkt und auch bei unserer Viehwirtschaft Verheerungen angerichtet hat. Das haben wir, die wir die wirtschaftlichen Fragen sachlich zu beurteilen gewillt sind, auch früher konstatiert. Wir wissen, daß in der letzten Zeit des Krieges ein Vandalismus eingerissen hat, daß das Jungvieh in unverantwortlicher Weise hingeschlachtet wurde. Das ziehen wir alles ins Kalkül. Demgegenüber steht die Tatsache, diese wurde von den Vertretern der Landwirtschaft selbst und von den Vertretern des Bundesministeriums für die Landwirtschaft, in welchem die Christlichsozialen sitzen, konstatiert, daß die Viehwirtschaft sich erholt hat, daß wir die Stückanzahl bereits erreicht haben, daß es nur an der Qualität fehlt, daß in aller kürzester Zeit der Friedensstand erreicht sein wird. Man sollte meinen, daß die ländliche Bevölkerung und die Repräsentanten derselben, die christlichsoziale Partei, alles daran setzen werden, um die Fleischversorgung sicherzustellen. Es ist nichts gemacht worden. Im Gegenteil. Man hat in einer nicht offenen, aber mehr lavierenden, zwiespältigen Weise versucht, abzubauen. Man hat in dieser, wie in allen wirtschaftlichen und politischen Fragen eine lavierende Haltung eingenommen und das, was man beabsichtigt hat, auch herbeigeführt, nämlich den Zusammenbruch der Fleischversorgung. Aber der Bevölkerung hat man vorgetäuscht, daß man etwas für sie machen wird. Das ist schon bei dem sogenannten Kontingenzsystem des Herrn Abgeordneten Jenz hervorgetreten. Es hat eine Tendenz verfolgt, der wir auch zugestimmt hätten, wenn sie auch durchgeführt worden wäre, nämlich die Tendenz, ohne Störung der Bevölkerung von dieser Zentralwirtschaft abzurücken, indem man die notdürftige Fleischversorgung der Bevölkerung sicherstellt und mit dem anderen die Landwirte machen läßt, was sie wollen. Das ist sicher ein Standpunkt, der denjenigen, die den Zentralen das Wort reden wollen, Sympathie abringen kann. Nun ist dieses System zusammengebrochen an der inneren Unaufrichtigkeit in der ganzen Sache. Man hat versucht, den Bauern zuzureden, man hat ganz schöne Reden gehalten, aber das Ergebnis derselben war gleich null. Der Einfluß von Seite der Christlichsozialen hätte ausgeübt werden sollen und ist aber nicht ausgeübt worden, und am Schlusse von zehn Monaten mußte die Landesregierung mit einem kolossalen Rückstande an Vieh, was kontingentiert war,

und das die Bauern nicht abgeliefert haben, rechnen. Man hat große Härten geschaffen, diejenigen, die bestraft hätten werden sollen, hat man nicht bestraft. Vielleicht wird es noch geschehen. Aber man hat damit herbeigeführt, daß die Fleischversorgung der Bevölkerung zusammengebrochen ist. Dasselbe ist in der Frage der Milchbewirtschaftung. Wir haben gestern diese Debatte hier gehabt. Es ist nicht angenehm, über diese wirtschaftliche Frage zu sprechen, aber wenn man sieht, wie ein Artikel der Lebensmittel nach dem andern verschwindet, wie alle diese Verordnungen doch so ausgehen, daß sie am Schlusse nur dazu führen, daß eine maßlose Verteuerung eintritt, daß nicht die Kranken, Greise, Kinder etwas haben, so muß man die Frage aufrollen. Die Stadtgemeinde Graz ist am schlechtesten neben den Industriezentren daran. Im Frieden haben wir jeden Tag 60.000 Liter Milch hereingebracht, heute sind es vielleicht nicht einmal 3000. Daß wir dann in berechtigter Sorge sein müssen, daß dieser kleine Teil uns vorenthalten wird, das liegt auf der Hand. Die Christlichsozialen haben sich eine eigene Taktik zurechtgelegt. Das Abbausystem tritt nicht offen zutage, aber indirekt. Man sagt der Bevölkerung nicht, daß die freie Bewirtschaftung der Milch eingetreten ist, aber man führt solche Zustände herbei, daß die Bewirtschaftung dieses Lebensmittels aufhören muß. Ich möchte dabei auch die Haltung der christlichsozialen Partei in der Frage der feinerzeitigen Stellungnahme zum Getreidebewirtschaftungsgesetze herausgreifen, sowie die zwiespältige Haltung in dieser Frage. Ich habe noch das Ergebnis der Beratungen in der Reichswirtschaftskommission im Auge, wo alle Vertreter der produzierenden und konsumierenden Bevölkerung zu der Überzeugung sich durchgerungen haben, daß die freie Bewirtschaftung des Getreides unmöglich ist, und wo man Vorschläge ausgearbeitet hat. Bei diesen Vorschlägen waren auch die Herren der christlichsozialen Partei dabei. Ihre Produzentenvertreter haben zugestimmt, daß diese Vorschläge an das Parlament gerichtet werden. Sie haben darauf basiert, daß ein Kontingentierungssystem durchgeführt werden soll, daß die Landwirte dann befreit werden sollen, wenn sie ein gewisses Kontingent gestellt haben. Wir Konsumenten haben nicht wehertun wollen. Wir haben das Kontingent so nieder festgesetzt, daß es leicht abzuliefern gewesen wäre. In Steiermark waren es 300 Waggons. Steiermark war nämlich das erste Land, das zum Kontingentierungssystem mit Zustimmung der Arbeitervertreter übergegangen ist. Zu einer Zeit, wo die zentrale Bewirtschaftung des Getreides noch durchgeführt wurde, haben

wir die Ermächtigung durchgesetzt, mit dem Kontingentierungssystem einzusetzen. Daß auf Grund dieses Systems, wenn der Wille dazu vorhanden ist und nicht gehehrt wird, wirklich etwas aufgebracht werden kann, darüber sprechen die Ziffern von damals eine deutliche Sprache. Wir haben damals bis November 800 Waggons Getreide auf Grund des Kontingentierungssystems in Steiermark aufgebracht. Ich bin selbst bei der Reichswirtschaftskommission dafür eingetreten, um die Landwirte nicht zu drücken, um es ihnen zu ermöglichen, in ihren Ställen den Wiederaufbau des Viehes zu betreiben und die Landwirtschaft in die Höhe zu bringen, dieses Kontingent mit 300 Waggons festzusetzen. Es wurde mir diese sachliche Stellungnahme von Seite der christlichsozialen Partei nicht geieugnet, denn der Herr K u n s c h a k hat unter Darstellung der Fleischdaten in seinen Wählerversammlungen auf meine damaligen Ausführungen in der Reichswirtschaftskommission sich berufen und hat gesagt und hat argumentiert, daß wir eine Restringierung der Kontingente verlangt haben, ohne zu sagen, warum wir das gemacht haben. Ich wollte nur sagen, daß auch in der Getreidebewirtschaftungsfrage die christlichsoziale Partei eine zwiespältige Haltung eingenommen hat. Im Rahmen der Reichswirtschaftskommission ist sie eingetreten, daß alle Vorschläge durchgeführt werden, im Parlament hat sie das Gesetz in der Form beschlossen, daß dieses Gesetz, wie die Milchverordnung, wie Fleischverordnung im Lande so gestaltet wurde, daß die konsumierende Bevölkerung nichts davon hat. Wenn ich nicht irre, haben wir von 300 Waggons in Steiermark, und das ist bezeichnend, mit welchem Ernst sich die christlichsoziale Landesregierung die Ernährung der Bevölkerung angelegen sein läßt, 13 oder 15 Waggons von den 300 Waggons tatsächlich aufgebracht. Wir hätten die 300 Waggons leicht aufbringen können, wenn man mit entsprechenden Maßnahmen vorgegangen wäre. Das ist die zweideutige Haltung der christlichsozialen Partei in wirtschaftlichen Fragen.

Nun komme ich zu den politischen Fragen. Da muß ich in allererster Linie zurückgreifen auf die letzten Debatten im Landtage, die mit beigetragen haben, daß eine Situation sich herausgebildet hat, die, wie ich glaube, eine weitere Verschärfung nicht vertragen dürfte, weil sich sonst Dinge ereignen könnten, die unangenehm wären. Zu dieser Verschärfung der Situation hat in allererster Linie, und zwar zur Einbringung einer dringlichen Anfrage das Vorgehen des Herrn Landeshauptmannes in der Niklasdorfer Munitionsdepotangelegenheit Anlaß gegeben. Ich will ohne weiteres kon-

statieren, daß sachlich wir wahrscheinlich mit dem Landeshauptmann der gleichen Meinung gewesen wären, daß dieses Munitionsdepot eine Beunruhigung der Bevölkerung darstellt, daß man es hätte unter entsprechenden Vorsichtsmaßregeln irgendwo anders hin verlegen hätte sollen. Sachlich war also kein Widerspruch, in der Durchführung aber ein kolossaler Kontrast. Während der Herr Landeshauptmann geglaubt hat, die Sache so machen zu müssen, daß er, ohne die Parteien zu verständigen, die Intervention der Entente, der so unangenehmen Ausländer, angerufen hat, während der Landeshauptmann diese Haltung durchgeführt hat und dies als richtig betrachtet hat, wären wir der Überzeugung gewesen, man hätte uns das sagen sollen, und genau so, wie der sozialdemokratische Bürgermeister in Niklasdorf, hätten auch wir uns auf den Standpunkt gestellt, das Munitionsdepot soll fortkommen, es soll keine weitere Beunruhigung der Bevölkerung bilden. Diese Haltung des Herrn Landeshauptmannes hat uns überrascht und hat selbstverständlich Anlaß zu scharfer Stellungnahme gegeben und geben müssen.

Eine weitere Handlung des Herrn Landeshauptmannes kann und muß ich heute wieder einer Kritik unterziehen, es ist das sein Vorgehen in der Frage der Schaffung der Bezirksverwaltungen. Hohes Haus! Ich habe seit der letzten Debatte noch nicht Gelegenheit gehabt, über diese dringliche Anfrage von unserer Seite etwas zu sagen, ich muß dies daher in der Generaldebatte tun. Ich muß konstatieren, daß, trotzdem auf Seite der anderen, der bürgerlichen Partei, theoretische und praktische Juristen sitzen, keiner daran gedacht hat, daß die Auffassung des Herrn Landeshauptmannes, wie er sie entwickelt hat, vollständig unrichtig und sinnlos genannt werden muß. Der Herr Landeshauptmann hat dazumal ein Gutachten an die Reichsregierung abgegeben, beziehungsweise ein solches Gutachten, das in der Präsidialabteilung in der Burg ausgearbeitet wurde, unterfertigt und somit zu seiner eigenen Meinung gemacht, in welchem Gutachten er gegen die Bezirksverwaltungen, gegen die Demokratisierung derselben in vehementester Weise Stellung genommen hat. Unsere Auffassung kennen Sie, wir haben die Demokratisierung des Staates verlangt und auch die Demokratisierung der Landes- und der Gemeinden verlangt und durchgesetzt und wollen auch die Demokratisierung der Bezirksverwaltungen haben und wahrscheinlich, weil man wußte, daß auch unter den Bauern sehr viele sind, die einer Demokratisierung der Bezirksverwaltungen das Wort reden, hat man sich auf eine Art geheimen Bericht beschränkt und hat ohne die Landes-

regierung selbst, an die die Zuschrift der Bundesregierung gerichtet war, zu fragen, ein Gutachten abgegeben, das natürlich dann in Wien als ein Gutachten der Landesregierung den Gegenstand von weiteren Beratungen gebildet hat. Nun hat der Herr Landeshauptmann diese seine Handlung hier juristisch begründet. Ich habe mir aus seinen Ausführungen einiges herausgenommen, um es heute hier festzuhalten und unsere Haltung in politischer Beziehung zur christlichsozialen Partei auch damit zu kennzeichnen. Der Herr Landeshauptmann hat damals in einer in der Präsidialkanzlei in der Burg verfaßten und von ihm in der Landtagsitzung verlesenen Interpellationsbeantwortung erklärt, daß eine Zuschrift des Bundeskanzleramtes deshalb in der Burg erledigt und deshalb nicht der Landesregierung zur kollegialen Beratung überwiesen worden sei, weil sie an das Präsidium der Landesregierung adressiert war und weil der Herr Landeshauptmann deshalb für sich das Recht in Anspruch genommen habe, diese an das Präsidium der Landesregierung gerichtete Zuschrift als in die mittelbare Landesverwaltung gehörig zu betrachten. Damit hat er die Auffassung vertreten, die wir unter keinen Umständen billigen können, damit hat er zum Ausdruck gebracht, daß in Zukunft alle an das Präsidium der Landesregierung gerichteten Eingaben und Zuschriften in der Burg erledigt werden sollen; das wäre unserer Verfassung vollständig widersprechend, das wäre ein Nonsens. Wenn auch der Landtag, wie ich glaube, mit Zustimmung der mir zunächst sitzenden Parteien deshalb, weil sie sich der Tragweite damals nicht bewußt waren, die Interpellationsbeantwortung des Herrn Landeshauptmannes zur Kenntnis genommen hat, so ändert das gar nichts an der Tatsache, daß diese juristische Auslegung des Herrn Landeshauptmannes sinnlos und geradezu verfassungswidrig ist. Ich muß darauf verweisen, daß es ein Präsidium nur geben kann in einer Körperschaft, wo eine kollegiale Beratung vorgenommen wird. Wir haben beispielsweise im Landtage ein solches Präsidium; unser Präsidium besteht aus vier Herren, die in kollegialer Beratung alle Präsidialgeschäfte beraten und bereinigen werden. Es hat früher der Ministerrat ein Präsidium gehabt und man hat da das ganze Kollegium, das Ministerratspräsidium, zusammengerufen und hat kollegial diese Angelegenheiten erörtert. Man hat auch bei der früheren Statthaltereier ein solches Präsidium gehabt, es hat bestanden aus dem Statthalter als Vorsitzenden und den Vizepräsidenten und es war vorgesehen eine kollegiale Beratung und damals ist eine ganze Reihe

von Geschäftsstücken der kollegialen Erörterung zugeführt worden. Der Statthalter hat den Vorsitz in der Sitzung geführt und das war ein Präsidium; aber die heutige Bundesregierung oder der Herr Landeshauptmann, der hier in Steiermark die Bundesregierung repräsentiert, hat kein Präsidium, er ist allein da und insolgedessen war es sinnlos, anzunehmen, daß die ergangene Zuschrift, die an die Landesregierung gerichtet war, von der Burg droben erledigt werden kann. Diese muß vielmehr dem Präsidium der Landesregierung, Landhaus, vorgelegt werden und dieses besteht aus den Landeshauptleuten, das ist dem Landeshauptmann und den Landeshauptmann-Stellvertretern. Deshalb glaube ich, daß diese Interpellationsbeantwortung und deren Zurkenntnisnahme ein schwerer Fehler war, zumindest aber auf keinen Fall die Verfassung aufzuheben in der Lage ist. Wenn wir uns auf den Standpunkt stellen, daß Beamte in der Burg das Präsidium darstellen, so würden wir auf eine Zeit zurückkommen, wo es wirklich solche Präsidien gegeben hat, nämlich zur Zeit Maria Theresias, wo Beamte ex praesidio solche Geschäfte geführt haben, wo das Polizeipräsidium alle solche Angelegenheiten erledigt hat. Unsere Landesverfassung kennt nur ein Präsidium, das ist der Landeshauptmann und seine Stellvertreter und deshalb ist es widersinnig, von einer Präsidialkanzlei in der Burg zu reden. Der Landeshauptmann hat mit Beamten die Angelegenheiten, die mittelbar ihm überwiesen werden und lediglich in Bundesratsfällen, zu erledigen, er hat aber alle Angelegenheiten, die an die Landesregierung gerichtet sind, verfassungsgemäß der Landesregierung als solcher vorzulegen; diese besteht aus dem Landeshauptmann und dessen Stellvertretern, wie es in unserer Verfassung, in unserem Landesgesetze enthalten ist. Das hat der Herr Landeshauptmann nicht getan und dadurch sich in heftigen Gegensatz zu uns gestellt, der auch heute noch keineswegs überbrückt ist.

Als politische Frage muß ich auch die Industrieförderung und die Methode, wie die Christlichsozialen die Industrieförderung betrachten, bezeichnen, und zwar deshalb, weil wir aus dem Ergebnis unserer gestrigen Beratung klar und deutlich gesehen haben, daß die Industrieförderung bei den Christlichsozialen einzig und allein nur vom politischen Standpunkte behandelt wird. Nun, meine Herren, das ist ein schwerer Fehler, wenn die christlichsoziale Partei glaubt, die Industrie unterdrücken zu können, deshalb, weil dorthin, beispielsweise nach Hartberg, 30 oder 40 sozialdemokratische Wähler kommen würden und weil es irgend einem christlich-

sozialen Bezirksvorsteher unangenehm wäre, wenn dort Sozialdemokraten auftreten. Das ist der einzige Grund, warum diese Fabrik in Hartberg verhindert wurde, ein anderer Grund wurde auch gestern nicht angeführt, und wäre auch ein anderer Grund angeführt worden, so wäre das lediglich eine Augenauswicherei. Diese Art von Industrieförderung, meine Herren, kann Ihnen nicht genug verübelt werden. Sie machen es, wie wenn Österreich nicht von der Industrie, sondern vom Agrarierturn abhängen würde und die Zukunft nicht von der Entwicklung der Industrie, sondern von der der Landwirtschaft abhängig wäre. Meine Herren! Wenn diese Frage zur Diskussion stehen würde, könnte ich mit speziellen Daten dienen und könnte Ihnen auseinandersetzen, was die Landwirtschaft bei uns in Österreich zu leisten vermag und was sie in Zukunft zu leisten vermögen wird, trotzdem die Produktion der Landwirtschaft gefördert wird, wohlverstanden in ureigenem Interesse. Wir verstehen diese Produktionsförderung nicht darin, daß einzelnen oder einer größeren Anzahl von Produzenten gewisse Vorteile zukommen, von denen die Allgemeinheit nichts hat; von einer solchen Förderung versprechen wir uns nichts. Meine Herren, wenn ich mir die allgemeine Wirtschaftslage in Österreich oder in Steiermark, weil das näherliegend ist, vergegenwärtige, und wenn ich den Widersinn aufzeichnen möchte, daß man einen Betrieb, weil sozialdemokratische Arbeiter dorthin kommen könnten, unterdrückt und sich dabei darauf beruft, daß die Landflucht unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung dadurch eventuell noch mehr gefördert werden könnte, möchte ich aufmerksam machen, was die steirische Landwirtschaft zu leisten eigentlich in der Lage ist. Nehmen Sie die wichtigsten Lebensmittel, nämlich Mehl und Brot; wissen Sie, daß wir davon im Jahre 10.500 Waggons benötigen, daß wir in der Woche 200 Waggon benötigen und daß Sie mit dem, was Sie an Mehl abliefern, nur in der Lage sind, uns durch zwei Wochen zu ernähren? Nach der Richtung also kommt die Förderung der Landwirtschaft gar nicht in Betracht. Mit den Kartoffeln steht es genau so. Wir haben es erlebt, daß in einem Jahre in Steiermark 100 Waggon aufgebracht worden sind, während wir 15.000 Waggon gebraucht hätten, um eine halbwegs mäßige Quote für die Bevölkerung des Landes zu sichern und die öffentlichen Landesanstalten beliefern zu können. Was spielen diese 100 Waggon Kartoffeln für eine Rolle für die Versorgung der Bevölkerung Steiermarks? Und so ähnlich steht die Sache auch bei den anderen wichtigsten

Artikeln, mit Ausnahme von Fleisch, auf das ich schon zu sprechen gekommen bin. Beim Fett wurde längst festgestellt, daß wir im eigenen Lande überhaupt nichts aufbringen können. Wir brauchen jeden Monat 60 Waggon, und was bringen Sie auf? Nahezu nichts! In amtlichen Berichten wurde festgestellt, daß die Eierproduktion in Steiermark so weit ist, daß sie diesbezüglich die Bedürfnisse der Landwirtschaft selbst deckt; alle die wichtigsten Lebensmittel aber, die wir brauchen könnten, sind Sie zu liefern nicht in der Lage. Ich sage das nicht, um Ihnen einen Vorwurf zu machen, ich führe nur das Widersinnige, das Krasse an, unter solchen Umständen eine Fabrik verhindern zu wollen, verhindern zu wollen, daß sich die Industrie entwickle, unter der Begründung, daß die Landflucht eintreten würde und könnte, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung in diese Fabrik übergehen würde. Ihre Stellungnahme zur Industrie ist sohin hoch politisch.

Nun komme ich auf einige Fragen zu sprechen, die noch für uns von sehr wesentlicher Entscheidung und Bedeutung sind. Das ist in erster Linie die Stellung der christlichsozialen Partei zur Frage der Wehrmacht. Meine Herren, wir haben immer behauptet und behaupten es auch heute noch, daß Sie deshalb keine Vorliebe und kein Verständnis für die Wehrmacht haben, weil Sie sie betrachten als sozialdemokratische Parteitruppe. Die Wehrmacht besteht zum großen Teile aus Sozialdemokraten. (Präsident Dr. Klusmann: „Zu neunzig Prozent!“) Das ist kein Schimpf, es kann jeder sein, was er will, und ich glaube, Sie würden Ihre Haltung sofort revidieren und würden nicht von einer Parteitruppe reden, wenn es sich nicht um Sozialdemokraten, sondern um Christlichsoziale handelte. Da würde Ihnen das gar nichts machen, daß sie eine Parteitruppe ist, und Sie würden sich für dieselbe mit allen Ihnen zu Gebote stehenden Mitteln einsetzen. Dann wäre sie unpolitisch, weil sie christlichsozial ist. Nun, was machen die Christlichsozialen bei der Wehrmacht? Die Christlichsozialen sabotieren die Wehrmacht. Durch die verschiedenen Bestimmungen, die in Wien bei der Schaffung des Gesetzes erlassen wurden, hat der Landeshauptmann die Möglichkeit, solche Wehrmänner, die sich in Steiermark anmelden, dann abzulehnen, wenn sie nicht in Steiermark heimatberechtigt sind. Und von diesem Rechte macht der Herr Landeshauptmann ausgiebig Gebrauch, wahrscheinlich aus politischen Motiven, wahrscheinlich deshalb, weil er die Wehrmacht als eine unpolitische Truppe betrachtet und nicht haben will, daß eine

Politik in sie hineinkommt. Nun, meine Herren, diese Stellung ist sehr durchsichtig, aber sie ist auch sehr unzweckmäßig, denn es ist durch nichts erwiesen, daß diese Wehrmacht, die Sie als sozialdemokratisch bezeichnen, nicht im Falle der Notwendigkeit als eine Truppe der Ordnung am Platze wäre. (Widerspruch.) Das Gegenteil ist erwiesen, es wurde in einer ganzen Reihe von sehr wichtigen Fragen an die Wehrmacht bereits herangetreten und sie hat sich noch immer bewährt. Sie sagen aber gar nicht, daß ein Teil der Wehrmacht höchst politisch ist, Sie reden immer nur dann von der politischen Wehrmacht, wenn Sie die Mannschaft meinen, nämlich die Wehrmänner, Sie reden aber nichts davon, wenn es sich um die Offiziere handelt. Die Offiziere sind nicht Sozialdemokraten, aber sie sind alle politisch, sie sind christlichsozial politisch. Das ist der große Unterschied und deshalb die geänderte Stellungnahme. Die Offiziere bauen Sie nicht ab, obwohl die Offiziere eine kolossale Belastung bedeuten. Im Gegenteil, obwohl auf jeden dritten Mann ein Offizier kommt, machen Sie alle Anstrengung, um den Stand in Steiermark aufrechtzuerhalten. (Abgeordneter Gartner: „Die Offiziere dürfen ja ohnedies nichts reden, die Soldatenräte haben heute das Wort!“) Das ist Ihre Stellungnahme zur Entpolitisierung der Wehrmacht. Wir sind der Auffassung, daß die Wehrmacht keine sozialdemokratische Parteitruppe ist und auch nicht zu sein braucht. Wir betrachten sie derzeit noch als einzig verlässliches Instrument zur Aufrechterhaltung der Republik in unserem Staate, und als dieses Instrument schätzen wir sie und werden ihr nötigenfalls auch unsere Unterstützung angedeihen lassen. (Unverständliche Zwischenrufe von den Bauernbündlern. — Landesrat Rejssel: „Merkwürdig, es wird gegen die Christlichsozialen geredet und die Bauernbündler regen sich auf.“ — Landesrat Winkler: „In der Wehrmachtsfrage sind wir eine Partei!“)

Damit möchte ich das Thema der politischen Haltung der christlichsozialen Partei zur Wehrmacht verlassen und möchte mich einer Unterabteilung widmen, das ist die Stellung der christlichsozialen Partei zur Gendarmerie. Die hat die längste Zeit gegolten als verlässliche Truppe der Christlichsozialen. Man hat sich bemüht, sie zu einer solchen Truppe zu gestalten, man hat recht ausgiebig davon Gebrauch gemacht, Offiziere und andere sichere Leute, Nichtsozialdemokraten, in die Gendarmerie einzustellen, man hat sich aber einigermaßen gefäuscht. Die Gendarmerie hat sich schließlich und endlich als eine Institution herausge-

stellt, der es in erster Linie um die Wahrung ihrer Landesinteressen zu tun ist. Diesen Standpunkt hat sie in einer den christlichsozialen Machthabern unangenehmen Weise in der Frage des Gendarmeriedirektors Peinlich gekennzeichnet. Die Christlichsozialen haben in dieser Frage des Peinlich einen ganz merkwürdigen Standpunkt eingenommen. Ganz abgesehen davon, daß der Herr Landeshauptmann ihm persönlich den größten Schutz hat angedeihen lassen, hat er diese Stütze der Gendarmerie — nach der Auffassung des Landeshauptmannes war er es —, obwohl nachgewiesen war, daß er mit Monarchisten in Verbindung steht, obwohl nachgewiesen war, daß sein Sohn in der Truppe des Obersten Lehár dient und daß die Verbindung von herüber und hinüber durch den Peinlich geführt hat, hat ihn der Herr Landeshauptmann immer wieder gestützt und ihn nicht fallen gelassen, und es ist sogar zu einer Krise in der christlichsozialen Partei gekommen, deshalb, weil die Wiener christlichsoziale Bundesregierung entgegen dem Willen der steirischen Christlichsozialen den Peinlich fallen gelassen hat, weil dies die Organisation der Gendarmerie verlangt hat. Ich weiß nicht, wie diese Krise ausgegangen ist, es wurde im „Volksblatt“ darauf verwiesen, daß es zu einer energischen Aktion gegen die Wiener Christlichsozialen kommen werde in dieser Frage. Es interessiert mich nicht, ich möchte nur konstatieren, daß auch in der Frage der Gendarmerie von seiten der Christlichsozialen und von ihren hervorragenden Führern, speziell in der Frage der Stellungnahme zu dem mit Bezug auf seine republikanische Gesinnung sehr mit Vorsicht zu behandelnden Gendarmeriekommandanten Peinlich eine mehr als zweifelhafte, geradezu sehr zwiespältige Haltung eingenommen worden ist.

Nun möchte ich noch zu der letzten Frage, wenn man schon politische Fragen bespricht, zu sprechen kommen, das ist die Heimwehrfrage. Die interessiert uns nämlich wieder alle gemeinsam. (Zustimmung.) Da haben Sie beide vielleicht aus verschiedenen Motiven das Interesse, nicht nur die Heimwehr zu erhalten, sondern auch aufzurichten und sie zu gebrauchen zu einem Instrument, wie Sie es sich denken. (Abgeordneter Schreckenthal: „Zu einem Instrument der Ruhe und Ordnung!“) Herr Kollege Schreckenthal, ich glaube, daß Sie ein Republikaner sind, und deshalb unterschiebe ich Ihnen auch nicht das Motiv, daß Sie aus monarchistischen Beweggründen heraus die Heimwehr fördern. Aber die Gründe sind eben verschieden. Der eine Grund ist der, daß man in der

Heimwehr ein Instrument erblickt, das geeignet ist, die bäuerliche Bevölkerung zu schützen vor der Ablieferungspflicht. Das ist Ihr Fall. Sie glauben, je mehr Waffen Sie draußen am Lande haben, je mehr Maschinengewehre und Flinten Sie besitzen, umso weniger wird man jemals wieder in der Lage sein, die Zwangswirtschaft einzuführen. (Abgeordneter Schreckenthal: „Die kriegen wir auf gar keinen Fall mehr!“) Umso weniger wird man in der Lage sein, Ihnen etwas wegzunehmen. Wenn Sie diese Absicht nicht haben, so werden Sie es aber dadurch noch erreichen. Diesen Beweis haben wir erhalten in Gosdorf. Wozu hat dort die Bewaffnung geführt? Sie hat dazu geführt, daß Ihre angebliche Schutztruppe der Ordnung gegen die Gendarmerie sich gekehrt und gegen die Gendarmerie losgegangen ist. Also ist nicht mit Sicherheit anzunehmen, daß sich die Heimwehr in allen Fällen als Instrument der Ruhe und Ordnung darstellen wird. Nun liegt eine sehr schwere Gefahr in dieser Aufpöpelung und Ausrüstung der Heimwehr, daß es so kommen muß, wie es seinerzeit zum Kriege gekommen ist. Sie sagen, Sie wollen sich nur schützen, weil der beste Schutz, um den Frieden zu erhalten, wie man vor dem Kriege gesagt hat, ist ... (Zwischenruf: „Si vis pacem, para bellum!“), daß man rüstet und sich bewaffnen soll. Und das hat schließlich und endlich dazu geführt, daß diese Rüstung und Bewaffnung soweit gegangen ist, daß niemand mehr diesen elementaren Ausbruch zurückhalten konnte und daß die feindlichen Lager, die bis auf die Zähne bewaffnet waren, um den Frieden zu erhalten, aufeinander losgegangen sind. Das, meine Verehrten, bitte ich ins Kalkül zu stellen bei der Aufrichtung der Heimwehr. Es kann soweit kommen, daß Sie, um den Frieden zu erhalten, solange aufrüsten, bis auch auf der anderen Seite aufzurüsten angefangen wird, so daß dann weder Sie, noch wir in der Lage sein werden, das Verhängnis zu bannen. Und da muß ich Ihnen zum Vorwurf machen, daß Sie aufrüsten, ohne Grund und Ursache. Was haben Sie zu befürchten? Sie sagen, Sie brauchen die Heimwehr als Schutztruppe gegen den Kommunismus. Herr Dr. Uhrer hat in einer Sitzung der Industriellen dieses Aushängeschild gebraucht, er hat erzählt, daß von Osten her die Gefahr des Kommunismus herankommen könnte und hat appelliert an die von den Christlichsozialen sonst immer bekämpften Kapitalisten, und hat beantragt, sie sollen die Heimwehren unterstützen. Und Sie haben sie auch unterstützt. Herr Dr. Uhrer hat also genau wie Sie alle die Ausrüstung der Heimwehren als einen Beweis

für die Notwendigkeit der Aufrüstung gegen die Kommunistsengefahr angeführt. Nun, unsere Stellungnahme, die Stellungnahme der steirischen Sozialdemokraten, zur Frage der Kommunisten ist hinlänglich bekannt. Wir hätten in der Tat in Steiermark eine Kommunistsengefahr gehabt, die Kommunisten wären oben in der Burg gefessen, wenn die steirische Sozialdemokratie eine andere Haltung eingenommen hätte. Und zum Beweise brauche ich gar nicht aufzurufen die Herren von der Gegenseite, wie wir den Kommunismus bekämpft haben. Es hat der Hilfe der andern gar nicht bedurft, wir haben als Demokraten uns auf den Standpunkt gestellt, daß wir diese Art der Methode ablehnen und haben die entsprechenden Konsequenzen gezogen und werden dies auch weiter tun. Da brauchen wir keine Heimwehren. Wir fühlen uns stark genug, eines solchen Kommunismus nach wie vor Herr zu werden. Denn, meine Verehrten, wenn Sie glauben, daß gegen die Arbeiterschaft, wenn die Arbeiterschaft wirklich kommunistisch organisiert wäre, Ihre Heimwehr ein Schutz wäre, dann wären Sie im Irrtum. Sie würden mit Ihren Heimwehren die Kommunistsengefahr absolut nicht zu bannen in der Lage sein. Sie vergessen, daß so viele Machtmittel in den Händen der Arbeiter sind. Alles das ist etwas, was Sie mit Ihren Heimwehren absolut nicht zu paralisieren in der Lage sind. Sie haben eigentlich gar keinen Grund, die Heimwehren aufzurichten, aber Sie tun es dennoch, und was ich der christlichsozialen Partei im besonderen zum Vorwurf machen muß, ist, daß sie die Heimwehren aufrüstet gegen die bestehenden Geseze. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ahrer hat erklärt, er habe nur als Privatperson bei den Industriellen gesprochen, eine Haltung, die wir absolut nicht billigen können (Widerspruch bei den Christlichsozialen. — Unruhe), denn wir kennen keinen Unterschied in der Privatperson des Herrn Dr. Ahrer und dem Landeshauptmann-Stellvertreter in dieser Frage. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Doktor Ahrer hat im vollen Bewußtsein, daß seinerzeit beschlossen wurde, die Heimwehren nicht mehr aufzurüsten, sondern abzubauen, kraft seiner Funktion als Regierungsorgan wesentlich dazu beigetragen, die Heimwehren gegen die bestehenden Geseze aufzurüsten. Das machen wir ihm zu einem schweren Vorwurf. Die Geseze werden dann herangezogen, wenn es sich darum handelt, gegen die Arbeiter vorzugehen, und umgekehrt mißbraucht man sie oder läßt sie beiseite, wie es eben paßt. Ich will mich in der Heimwehrfrage nicht weiter einlassen. Es wurde von den Herren Kollegen Dber-

zauer und Resel schon ausgeführt und ich konstatiere es noch einmal, daß der Bestand, die Weiteraufrüstung der Heimwehren eine schwere Gefährdung der Ruhe und Ordnung beinhaltet, und es an der Zeit sein wird, Mittel und Wege zu suchen, um den Abbau dieser bewaffneten Institutionen im Lande herbeizuführen, damit nicht das eintritt, was schließlich und endlich alle verhindern wollen, nämlich ein Bürgerkrieg mit allen seinen unheilvollsten Folgen. (Abgeordneter Wißan y: „Deutschland!“) Wenn Sie, Herr Kollege Wißan y, eine Gefährdung des Volkes in Steiermark durch ausländische Kommunisten fürchten, so möchte ich auf die schwere Zeit des Umsturzes, auf die Gefahren, wo in Massenversammlungen von ausländischen Kommunisten die Arbeiter aufgehetzt wurden, verweisen. Wer war es da, der gegen dieselben mit Erfolg aufgetreten ist, wer war es, der mit Hintansetzung der persönlichen Beliebtheit es herbeigeführt hat, daß Ruhe und Ordnung aufrechterhalten werden konnte, wo wir es nicht mit einheimischen, sondern vorwiegend mit ausländischen Kommunisten zu tun hatten? Wir sind mit denselben fertig geworden, Heimwehren waren aber nicht da, und wir werden auch in Zukunft mit denselben fertig werden, wenn sich die Notwendigkeit herausstellen würde.

Damit will ich meine heutigen Ausführungen schließen. Ich glaube die Herren von der Gegenseite, insbesondere die Christlichsozialen, in der Hauptsache in ihrem Vorgehen in wirtschaftlichen und politischen Fragen gekennzeichnet zu haben, aus welcher Kennzeichnung jedoch für jeden sachlichen Menschen hervorgehen muß, daß die jetzige Spannung eine vollständig begreifliche ist, aus welcher Kennzeichnung auch hervorgehen muß, daß die jetzige Siedehitze in der Arbeiterschaft ihre berechtigten Gründe hat. Ich will diese Kennzeichnung der Christlichsozialen, die ich mir deshalb zur Aufgabe machen mußte, weil sie die herrschende Partei im Lande ist, damit schließen, indem ich darauf verweise, daß eine sehr gewichtige Person Ihrer Partei nicht immer diese Auffassung von den bösen Sozialdemokraten, daß sie ein großes Übel sind, gehabt hat, sondern, daß ein hervorragender Führer Ihrer Partei seinerzeit eine wesentlich andere Haltung eingenommen hat. Ich habe zufälligerweise heute bei dem Nachschlagen einen Zeitungsausschnitt gefunden und bin nun in der Lage, ein Gutachten, eine Meinung eines Ihrer hervorragenden Führer über die Sozialdemokratie hier zu skizzieren, nämlich des bereits verstorbenen Prälaten Josef Scheicher. (Zwischenruf: „Er lebt ja noch!“) Dieser hat seiner-

zeit in seinen guten Tagen folgendes zur Sozialdemokratie gesagt (liest):

„Die Reichen, die Fürsten, Grafen und Barone nennen sich katholisch, die Armen, wenn sie nicht daran glauben wollen, daß die gegenwärtig bestehende Fälschung der Gotteslehre das wahre Christentum ist, nennt man glaubenslose Sozialdemokraten; man nennt sie auch eine Rofte verkommener Menschen und Revolutionäre, die die von Gott gegebene Gesellschaftsordnung umstürzen wollen.“

Ja, um Gotteswillen, wie und mit was soll denn der Klerus den Sozialdemokraten entgegen treten? Die Sozialdemokraten bekämpfen das Kapital und den Reichtum überhaupt. Hat denn aber Christus der Herr in der ganzen Zeit seines Erdenlebens nicht daselbe getan? Die Sozialdemokraten verlangen die Gleichheit aller Menschen, und man kann keinen Satz in den heiligen Evangelien finden, der nicht daselbe verlangt. Die Sozialdemokraten verlangen, daß das Zinskapital, welches nur Faulenzer erzeugt, abgeschafft werde und daß alle Menschen arbeiten sollen. Im Evangelium wird daselbe mit den Worten verlangt: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.

Aber, so sagt man wieder, die Sozialdemokratie verlangt Gütergemeinschaft und die Abschaffung des Privateigentums. Da braucht man aber wieder nur die Geschichte des Christentums von der Himmelfahrt Christi bis ins vierte Jahrhundert zur Hand nehmen und man findet diese Gütergemeinschaft bis ins letzte Glied in Wirksamkeit. Überhaupt decken sich die wirtschaftlichen Fundamente der Sozialdemokratie in allem und jedem mit den wirtschaftlichen Fundamenten des Christentums.“

Meine Damen und Herren! Das zur Charakterisierung und Kennzeichnung des wahren Christentums, das Sie nicht betreiben, und der Sozialdemokraten, wie wir es heute noch in demselben Geiste betreiben, wie sie Prälat Scheicher seinerzeit aufgeführt hat. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Landesrat Winkler: Hohes Haus! Eine Beurteilung des Voranschlages für dieses Jahr ergibt neuerdings die Tatsache, daß der Voranschlag ein Provisorium darstellt, insofern als die Bedeckungsfrage zwischen Staat und Land noch nicht geregelt erscheint. Wir sehen die finanzielle Auseinandersetzung zwischen Staat und Land als eine unbedingte Notwendigkeit an und bedauern, daß die Verfassungsreform, die im vorigen Sommer mit großen Hoffnungen in Angriff genommen wurde, nicht zur Gänze zur Durchführung kam. Die Verfassungsreform blieb

ein Rumpfwerk, weil die Artikel 10 bis 15 nicht zum Beschluß gelangten, da die beiden großen Parteien wegen Pariegegenstände nicht zu einer Einigung kommen konnten.

Daß die Verfassungsreform nicht durchgeführt wurde, ist außerordentlich bedauerlich, deshalb, weil auch die Länder — wir sehen dies beim Landesvoranschlag neuerlich — die Ordnung ihrer eigenen Angelegenheiten ohne Regelung der Finanzen, ohne Fertigstellung der Verfassungsreform, nicht bewerkstelligen können. Die Doppelgeleisigkeit der Verwaltung speziell auch in Steiermark, daß zwei Verwaltungen im Lande regieren — einerseits die Verwaltung im Landhause selbst und andererseits die in der Burg —, erzeugt nicht nur vermehrte Kosten, sondern erschwert auch den ganzen Apparat, beziehungsweise die Verwaltung und Regierung. Wir sind daher der Meinung, daß neuerlich darauf gedrungen werden muß, daß die Verfassungsreform einer Beendigung beziehungsweise einer endgültigen Fassung zugeführt werden sollte. Im engen Zusammenhange mit der Verfassungsreform steht die Verwaltungsreform, mit der sich große Geister schon seit Jahren befaßt haben. Wir sehen, daß die Überbeamtung sowohl im Lande, wie im Staate ungeheure Fortschritte gemacht hat und sehen, daß die Schwerfälligkeit des Apparates sowohl der Regierungs- als auch der Verwaltungsstellen neuerdings zugenommen hat. Es hat sich seit dem Umsturz am Wesen nichts geändert, weil alles beim alten geblieben ist und nur ein neues demokratisches Mäntelchen darüber gegeben wurde. Wir sehen, daß die Überbeamtung und die Verhältnisse nicht nur ungeheure Geldopfer diesem kleinen Staate und dem Lande auferlegen, sondern andererseits, daß es eine dringende Notwendigkeit ist, sich ernstlich auf dieses Gebiet zu begeben und die Verwaltungsreform in die Wege zu leiten. Es ist richtig, eine Verwaltungsreform, ein Abbau des Beamtenapparates ist vor allem deshalb nicht möglich, weil die demokratischen gesetzgebenden Körperschaften diesen Abbau zum größten Teile verhindern; wir sehen, daß Gesetze beschlossen werden, die derartige Schwierigkeiten aufweisen und derart verknäuelert sind, daß dadurch die Beamtenzahl vermehrt werden muß und daß daher eine Gesetzgebungsmaschine im Staate arbeitet, die einen neuen ungeheuren Beamtenapparat fast wöchentlich erfordert. Ich erinnere nur an die Vermögensabgabe, welche immer die Einstellung von neuen Beamten notwendig gemacht hat, und wir sehen alle anderen Gesetze im Zusammenhange mit Neukreierungen von Beamtenstellen und neuen Ämtern. Es mag auch sein, daß

noch immer, obwohl schon viele Zentralen in Wirklichkeit aufgelöst wurden, diese Zentralen in anderer Form in Tätigkeit sind. Ich muß namens meiner Partei neuerdings die Forderung erheben, daß endlich die Verwaltungsreform wenigstens in der dringlichsten Weise in Angriff genommen werde und der Überbeamtung beziehungsweise dem Abbau der Beamten näherzutreten sei. (Abgeordneter *Sonnhammer*: „Sollen die Leute hinausgeworfen werden?“) Ich nehme die bürgerliche Gesellschaft nicht in Schutz. Sie erinnern sich an die Tendenz, die wir im Frieden gehabt haben, daß jede bürgerliche Mutter nach unserer Gesellschaftsordnung es mit besonderem Stolz erfüllt hat, wenn es ihr gelungen ist, ihr Kind zur Beamtenkrippe zu bringen. Das war Mutursache, daß es zur Überbeamtung im Staate gekommen ist und wir sehen, daß wir infolgedessen nicht mehr imstande sind, den personellen Aufwand mit Rücksicht auf unsere Einnahmen zu bestreiten und die Bauernschaft versteht es nicht, daß nicht ernstlich in dieser Frage vorgegangen wird. Gewiß ist das Loß, welches so viele Beamte und Offiziere trifft, ein sehr schweres, aber daran sind vielfach auch die alten Verhältnisse schuld, und wir müssen sagen, so traurig und hart es auch ist, daß ein Teil der Beamtenschaft neuen Berufen zugeführt werden muß. Wir fordern bei dieser Gelegenheit neuerdings, daß dem überragenden Einflusse der Juristen in den Verwaltungsstellen sowohl des Staates wie auch des Landes begegnet werden muß, dadurch, daß man den Fachleuten mehr Einfluß einräumt, wir fordern weiters, daß insbesondere bei den Bezirkshauptmannschaften und bei den Bezirksverwaltungen neben den juridischen Referenten Vertreter anderer Berufsrichtungen, insbesondere auch Landwirte, zu treten haben, und zwar gleichberechtigt. Gerade die Bauernschaft würde es außerordentlich empfinden und betrüblich bezeichnen müssen, daß noch immer bei den Bezirkshauptmannschaften allzusehr der fachmännische Geist ausgeschaltet ist.

Es ist auch notwendig, wenn wir zu dem Budget als solches in einem freien Bundeslande Stellung nehmen, über die äußere Lage des Staates vom Standpunkte unserer Partei einiges zu verlieren. Es ist notwendig, in großen, brennenden politischen Fragen vom Standpunkte unserer Partei Stellung zu nehmen. Wir wissen, daß sowohl die innere als auch die äußere Lage vom Frieden von St. Germain diktiert ist, der nicht nur große Lasten uns aufgehäuft hat, sondern — und das scheint uns das Wesentliche — ein natürliches Wirtschaftsgebiet zerrissen hat. Wir beneiden gewiß nicht Deutschland, das noch härtere

Lasten auf sich nehmen mußte, müssen aber sagen, daß es in der Richtung glücklicher ist, weil das Wirtschaftsgebiet Deutschland doch erhalten geblieben ist, während wir in Oesterreich als Nachfolgestaat leider feststellen müssen, daß durch Zerreißen des Wirtschaftsgebietes der alten Monarchie, in dem ein Austausch der Produkte der Länder möglich war, diese unglückselige Lage des Staates entstanden ist. In dritter Linie steht das Anschlußverbot, welches, wenn es aufgehoben würde, es uns ermöglichen würde, angeschlossen an ein großes Wirtschaftsgebiet, an eine ordnungsvolle Zukunft zu denken. Wir erklären auch hier an dieser Stelle, daß wir als aufrichtige und ehrliche Anschlußfreunde mit allen Mitteln bestrebt sein werden, für den Zusammenschluß aller Deutschen Mitteleuropas zu arbeiten. Wir freuen uns und begrüßen die bisher durchgeführte Abstimmung in Kärnten sowohl, als auch in Ostpreußen und Oberschlesien, wo die heimattreue Bevölkerung, auch zum Teile anderer Nationalität, sich zum Mutterlande Germania bekannt hat.

Wir sind auch der Meinung, daß die Lage unserer Volksgenossen in den Grenzgebieten durch Verhandlungen zwischen Oesterreich und den anderen Staaten eine Besserung erfahren müßte. Die Lage der Bevölkerung der Grenzgebiete ist nicht nur eine sehr harte und schwere, sondern, wenn wir jenes Teiles, der durch den Friedensvertrag in Fremdherrschaft gekommen ist, gedenken, dann stimmt es uns wehe, daß nicht Millionen und Millionen deutsche Volksgenossen jenen Staat bilden konnten, der das Ideal so vieler Deutscher gewesen ist. Da gedenken wir auch der untersteirischen Volksgenossen und insbesondere jener im Abtaller Becken, wobei wir die Hoffnung nicht aufgeben, daß es zu uns zurückkehren wird; kehrt es nicht morgen und übermorgen zurück, so glauben wir doch, daß die naturnotwendige Entwicklung zur Rückkehr dieses Gebietes führen wird.

Bezüglich Westungarns ziemt es sich, einige Worte zu verlieren, weil wir in letzter Zeit gesehen haben, daß, obwohl der Nachspruch der Entente schon vorliegt, Ungarn sich nicht bequemt, Westungarn herauszugeben. Formal mag Ungarn Recht haben, weil dadurch, daß der Friedensvertrag noch nicht durch die drei Großmächte ratifiziert ist, Ungarn noch nicht zur Erfüllung der im Vertrag vorgeschriebenen Pflichten gezwungen ist. Wir meinen aber, daß heute kein Zweifel bestehen kann, daß Westungarn zu Oesterreich gehört und auch an Oesterreich abgetreten werden muß. Wir müssen aber bei dieser Gelegenheit mit Bedauern feststellen, daß selbst in unserem kleinen Reiche, wo wir

einig sind in der Nationalität, eine Agitation gegen den Anschluß Westungarns in unseren eigenen Reihen entfaltet wird. Die Inserate, die in einzelnen Zeitungen gekommen sind, die Hortky-Inserate, die mit ungarischem Geld bezahlt werden, sind eine Schmach für unser Volk.

Ich möchte da auf eine steirische Spezialität, auf jenes Blatt verweisen, dem der Herr Panz vorsteht und das sich nicht schämt, in einer Zeit, wo das deutsche Volk unter dem Frieden der Entente leidet, gegen das deutsche Volk in einer Weise zu hetzen, die uns die Schamröbe erpressen muß. (Abgeordneter Leichin: „Auch das Grazer Volksblatt!“) Auch das Grazer Volksblatt hat, wenn ich auf das Inserat zu sprechen komme, sich nicht dem deutschen Volke würdig gezeigt, wenn es ein derartiges Inserat aufgenommen hat. Ich möchte auch aus dem Grunde auf diese steirische Spezialität zu sprechen kommen, weil bekannt geworden ist, daß der ungarische Minister Bleier gemeinsam mit den ehemaligen Abgeordneten Panz und Teufel in das Ausland gefahren ist, um gegen den Anschluß der deutschen Brüder Westungarns an Deutschösterreich Stimmung zu machen. (Rufe: „Hört! hört!“) Das ist nackter Volksverrat, der gebrandmarkt werden muß. (Abgeordneter Leichin: „Das ist ja auch ein Deutschnationaler.“) Wir lehnen es ab, mit diesen Herren in einen Topf geworfen zu werden. Wir sind nicht Deutschnationaler, sondern Bauernbündler. Wenn der Herr Teufel einmal deutschnational und deutschradikal war — das gestehe ich ohne weiters zu — so muß auch gesagt werden, daß es in jeder Partei Renegaten gibt, und daß die Partei selbst die Verantwortung ablehnen muß. Ich möchte hier einen Ausschnitt aus einer Zeitung zitieren, der sich insbesondere mit der Reise der Herren Bleier, Panz und Genossen befaßt, weil diese „Deutsche Zeitung“, das „Neue Reich“, die „Staatswehr“ und der „Landbote“ die reinen Karlistenblätter geworden sind, die im Interesse Ungarns, und bezahlt mit ungarischem Geld die Agitation gegen den Anschluß Westungarns betreiben. Wie die Zeitungsnotiz lautet, wurde diese Agitationsreise unternommen, um nicht nur bei den Redaktionen, sondern auch bei maßgebenden Kreisen in Deutschland Stimmung gegen den Anschluß zu machen, um den Anschluß zu verhindern.

Meine Herren! Wenn ich vom Standpunkte meiner Partei zu dieser Frage Stellung nehme, so tue ich es, weil diese Frage besonders unterstrichen wird, und weil ich es für notwendig erachte, auch vom Standpunkte meiner Partei zu erklären, daß wir auf

dem Boden der heutigen Staatsform stehen und sie als einzig mögliche Form für das deutsche Volk in Österreich bezeichnen, weil eine Wiederkehr der Habsburger nur ein Unglück für das deutsche Volk wäre und jeden Zusammenschluß mit Deutschland verhindern würde. Wir haben gewiß die Erkenntnis, daß es uns nichts verschlägt und uns nichts angeht, was in anderen Staaten sich vollzieht, weil wir der Überzeugung sind, daß der eine Staat in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates sich nicht einzumengen hat. Die Reise Karls und das freche Auftreten der Legitimisten in Österreich zeigt aber neuerlich, daß man mit einer ernstlichen Bewegung in Mitteleuropa und den Nachfolgestaaten rechnen muß, und daß man nicht zusehen kann, bis in Ungarn eine Habsburgermonarchie sich aufbauen würde. Wir haben immer der Meinung Ausdruck verliehen, daß wir sowohl eine Lösung nach links als auch einem Putschversuche nach rechts auf das entschiedenste ablehnen müssen, weil beide zum Bürgerkriege führen müssen. Wir glauben, daß nichts notwendiger ist in dem Staate, als die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, und daß alle diese Bestrebungen, die von Moskau kommen und die auch in der Schweiz ihren Sitz und in Wien ihre Ablagerung haben, geeignet sind, den inneren Frieden, den wir brauchen, unmöglich zu machen und den Bürgerkrieg zu entfesseln. Daher lehnen wir als Vertreter der Bauernschaft in Steiermark es ab, das karlistische Abenteuer gutzuheißen, lehnen es ab, die monarchistischen Bestrebungen mitzumachen und erklären, daß wir aufrichtig und ehrlich republikanisch denken und allen denen die Hand reichen, die gewillt sind, an dem Ausbau der Republik mitzuarbeiten. Wenn wir auch sagen müssen, daß die Republik vielen die Freude genommen hat deshalb, weil die Entwicklung in den letzten zwei Jahren nicht so war, daß die Bewohner eine Freude daran haben könnten, und weil die Republik vielfach in Mißkredit gebracht wurde insbesondere durch die Experimente, die gerade in einer Zeit in Österreich zu verzeichnen waren, in dem die Sozialdemokraten im Staate tonangebend waren, und daß diese Experimente geeignet waren, den Ruf und die Ehre der Republik und ihren Bestand in Gefahr zu bringen, so müssen wir bei dieser Gelegenheit doch sagen, daß, wenn auch die christlichsoziale Regierung Mayr unseren Beifall nicht findet, weil sie viele Versprechungen nicht gehalten hat, nicht halten konnte, trotzdem eine innere Konsolidierung des Staates eingetreten ist (Abgeordneter Leichin: „Aber nicht dank der Christlichsozialen.“), und daß es tatsächlich möglich ist, meinen

auch viele sowohl der Bevölkerung des Inlandes als auch des Auslandes, daß, nachdem diese Experimente ad absurdum geführt sein und sich verlaufen haben werden, es möglich sein wird, ernstlich an den Wiederaufbau zu schreiben.

Eines der wichtigsten Probleme ist zweifellos das Ernährungsproblem. Durch die Zerreißen der Zusammenhänge der einzelnen Wirtschaftsgebiete in der alten Monarchie ist Österreich in eine unglückliche Lage in der Richtung gekommen, daß es nicht mehr imstande ist, die Ernährung der Bevölkerung aus eigenem sicherzustellen, so daß wir zum großen Teile auf die Einfuhren aus dem Auslande angewiesen sind. Wir haben nicht nur in Österreich Ernährungskrisen, sondern die Ernährungskrise besteht in fast allen Gebieten Europas, weil das große Agrarland Rußland mit Bessarabien und den Balkanstaaten in die Ernährung nicht einbezogen erscheint. Dadurch, daß wir an der Grenze von Polen eine chinesische Mauer aufgerichtet sehen und die großen Flächen Bessarabiens nicht der Ernährung Mitteleuropas zur Verfügung stehen, ist eine schwere Krisis in Mitteleuropa eingetreten. Die Nachfolgestaaten, die bemüht sind, zunächst sich selbst zu helfen, beziehungsweise in ihrem Staate nach der Richtung das Beste zu leisten, erfüllen ihre Pflicht gegenüber Österreich auch nicht in der Richtung, daß sie wenigstens die im Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen einhalten würden. Es ist mir ein Fall bekannt, daß lediglich aus politischen Reklamationen der Minister Hotovec in Prag im letzten Augenblicke, obwohl agrarische Abgeordnete die Einfuhr von vielen Wagen nach Österreich durchgesetzt hatten, diese Ausfuhr aus der Tschechoslowakei rückgängig machte. Und wir sehen auch die Tätigkeit der jugoslawischen und tschechoslowakischen Regierung außerordentlich darin in Erscheinung treten, daß durch eine immense und harte Verkehrseinschränkung der Austausch zwischen Österreich als Industrieland und den Nachfolgestaaten, die zum größten Teil Agrarländer sind, nicht möglich wurde. Feststeht jedoch das eine, daß die Landwirtschaft Österreichs auch in Zukunft bei normalen Verhältnissen nicht imstande ist, mit Rücksicht auf seine geographische Gestaltung, beziehungsweise seine Boden- und Terraingestaltung, in Zukunft selbst bei den allerbesten Verhältnissen, die Ernährung Österreichs vollständig gewährleisten zu können. Es ist unmöglich, in den Tälern und in den gebirgigen Teilen Steiermarks soviel Getreide zu bauen. Wir sehen nur karge Weide, die imstande ist, das Vieh über den Sommer zu füttern, die aber nicht in der Lage ist, das Getreide in jenen Mengen

zu erzeugen, um das tägliche Brot sicherzustellen. Wir haben im letzten Jahre — da möchte ich jetzt gegen die Ausführungen meines geehrten Herrn Kollegen Machold polemisieren — ein Kontingent vorgeschrieben gehabt von 1,100.000 Meterzentner. Von dieser Menge hat die Landwirtschaft, die Bauernschaft im vorigen Jahre 800.000 Meterzentner abgeführt, also nur um 300.000 Meterzentner weniger abgeliefert und es ist sehr interessant, daß der Volksernährungsminister Grünberger, der gewiß kein besonderer Freund der Bauernschaft ist, zu folgenden Ausführungen kommt (liest):

„Rechnet man ein, daß wichtige Produktionsgebiete nicht die vorgeschriebene Menge infolge von Elementarereignissen usw. leisten konnten, so ist es begreiflich, daß das tatsächlich erzielte Resultat in der Getreideaufbringung viele Fachleute sehr überrascht hat.“

Man hat den Gesamtertrag viel geringer geschätzt, das sagt der Volksernährungsminister Grünberger, der den ausgesprochenen Konsumentenvertretern sehr nahesteht. Dies wollte ich bei dieser Gelegenheit nur einflechten, weil der Herr Kollege Machold immer wieder in scharfer Weise gegen die angebliche Nichtablieferung oder das Nichtablieferungs wollen Stellung genommen hat. Wir sind allerdings der Meinung und ich komme noch ausführlich darauf zu sprechen, daß sich die Produktion auch der agrarischen Produkte sowohl in Österreich wie auch in Steiermark bedeutend heben lassen wird, daß eine Intensivierung der landwirtschaftlichen Betriebe möglich ist, wenn die notwendigen Voraussetzungen hiefür noch geschaffen werden.

Das Ernährungsproblem und die Beschaffung der Lebensmittel durch den Staat hat einen Zustand erzeugt, dadurch daß wir aus dem Auslande und besonders aus Amerika und aus England die ausländischen Produkte beziehen müssen, daß der Staat in bezug auf seine Finanzen in eine sehr ungünstige Situation geraten ist. Ich möchte wieder den Volksernährungsminister Dr. Grünberger zitieren, der folgendes ausführte: Der größte Teil an Fleisch, und es kommt zum größten Teile Gefrierfleisch in Betracht, und insbesondere für Wien, denn die anderen Länder können sich ja selbst erhalten, wird aus dem Auslande eingeführt. Er sagt nun darüber (liest):

„Der Rest wird aus den überseeischen Ländern gedeckt durch Vermittlung der Firmen Armour & Cie. (Chicago) und Wendel (London), die hier in Wien besondere Konsignationslager errichtet haben, aus denen wir wöchentlich 340.000 Kilogramm Gefrierfleisch zum Preise von 19 Pence, das sind 228 K

per Kilogramm, beziehen. Da nun der Abgabepreis im Durchschnitt, das heißt unter Berücksichtigung der billigen und teureren Wochen, 79 K 50 h beträgt, so ergibt sich für den Staat ein Verlust, der bei jedem Kilogramm Fleisch 147 K 50 h und beim gesamten Wochenbedarf rund 50 Millionen Kronen ausmacht.

Noch erheblich größer sind die Aufzahlungen des Staates bei der Fettversorgung, denn für den Bezug von ausländischem Fett kommen von den 6 Millionen Einwohnern Österreichs nicht weniger wie 5 Millionen als Abnehmer in Betracht. Unser Monatsbedarf an Fett erreicht die stattliche Ziffer von 3000 Tonnen; jedes Kilogramm kommt durchschnittlich auf 225 bis 230 K zu stehen, während der Abgabepreis bekanntlich 90 K ist. Der Staat schießt daher bei jedem Kilogramm rund 135 bis 140 K zu und, wenn sich diese Verlustziffer infolge der niedrigen Gesehungskosten in der allerletzten Zeit auch ein wenig verringert hat, so muß auch jetzt noch bei der staatlichen Fettsbewirtschaftung mit einem monatlichen Defizit von mindestens 400 bis 440 Millionen Kronen gerechnet werden.“ (Abgeordneter Eipelberger: „Das war ja im vorigen Jahre und nicht jetzt!“) Meine Herren Kollegen von der linken Seite, es liegt mir ein Exposé des Volksernährungsministers Grünberger vor vom 27. März 1921, und ich weiß nicht, ob es noch eine authentischere Stelle in dieser Richtung gibt. (Abgeordneter Eipelberger: „Die Grundlagen sind vom vorigen Jahre verwendet!“) Diese Zuschußwirtschaft im Staate in der Ernährungswirtschaft führte zu einem ungeheuren Staatsdefizit, das im Vorjahre allein für Nahrungsmittel 21 Milliarden ausgemacht hat. Wir haben vor zwei Jahren im Parlament erklärt, daß diese Ernährungssubventionswirtschaft unter allen Umständen zum finanziellen Zusammenbruch des Staates führen muß. Und das, was wir vor zwei Jahren gesagt haben, bestätigt der Minister jetzt selbst wieder. Er sagt, daß dieses System unhaltbar geworden ist, weil es nicht angeht, daß die gesamte Bevölkerung aus der billigen Lebensmittelaktion — Sie haben gehört, welche Summen der Staat daraufzahlen muß —, weil es nicht angeht, daß die gesamte Bevölkerung aus dieser Ernährungssubvention beteiligt werde. Wir sind der Meinung, daß unter allen Umständen eine Staffelung der Preise Platz greifen muß, die dahin geht, daß an den verbilligten Lebensmitteln nur jene teilnehmen, die sich einfach nicht anders helfen können, die nicht dadurch, daß sie sich ein größeres Einkommen erzwingen oder haben, sich schadlos zu halten vermögen, und deshalb teilen wir die Ansicht, daß eine Staffelung in dieser Richtung nicht nur ein gerecht-

fertigtes System darstellt, sondern zweifellos zur Sanierung der Finanzen mitbeitragen wird. Etwas ähnliches sehen wir auch in bezug auf die Entwertung der Krone, eines jener wichtigen Probleme, das Valutaproblem, welches insofern große Bedeutung hat, weil der Tieffstand der Krone die große Teuerung zur Folge hatte und weil der Tieffstand der Krone einerseits durch das Staatsdefizit, andererseits durch das Wirtschaftsdefizit verursacht wurde, die beide diesen großen Banknotenumlauf ohne Deckung herbeigeführt haben. Der Tieffstand der Krone ist jedoch auch Schuld eines größeren Teiles der Bevölkerung selbst, die aus Furcht vor der österreichischen Krone durch Ankauf ausländischer Valuten auch eine Überflutung des neutralen und feindlichen Auslandes mit österreichischen Kronen herbeigeführt hat. Durch diese Überflutung ergibt sich der schlechte Kursstand in Zürich, weil ohne Zweifel der innere Wert der Krone ein viel höherer ist.

Hohes Haus! Wenn wir nun vom Standpunkte meiner Partei zu so wichtigen Fragen, welche das Land berühren, Stellung nehmen und uns der Produktionspolitik zuwenden, müssen wir die Voraussetzungen einer rationellen Produktionspolitik ins Auge fassen und einer kritischen Betrachtung unterziehen. Wir als Bauernpartei sehen in der agrarischen Produktionspolitik, in einer vermehrten Erhöhung der Erzeugung unserer Landwirtschaft eines jener Mittel, um am Wiederaufbau des Staates mitarbeiten zu können. Wir sehen aber auch und sind der Meinung, daß es einige unbedingt notwendige Voraussetzungen gibt, die, um diese Produktionspolitik ernstlich in die Wege zu leiten, tatsächlich notwendig erscheinen. Eine der wichtigsten Voraussetzungen erblicken wir nach wie vor — wir vertreten den Standpunkt schon seit Jahren — in der restlosen Aufhebung der Zwangswirtschaft. Und zwar sind wir der Meinung, daß die Aufhebung auch der Reste der Zwangswirtschaft unbedingt notwendig ist. Wir können zwar mit innerer Befriedigung feststellen, daß gerade der Abbau der Zwangswirtschaft in der letzten Zeit bedeutende Fortschritte gemacht hat, weil insbesondere das Viehmonopol und die Viehwirtschaft einer freien Wirtschaft Platz gemacht hat. (Abgeordneter Leichin: „Wucherwirtschaft!“) Das überlasse ich Ihnen zu beurteilen, Herr Abgeordneter Leichin, weil es eine Spezialität von Ihnen ist, die Bauern immer als Wucherer zu bezeichnen. Diese restlose Aufhebung der Zwangswirtschaft erscheint unbedingt notwendig, weil wir noch auf einigen Gebieten die Zwangswirtschaft ausgeprägt sehen, weil auch in bezug auf die Milchproduktion der Zwang zur Ablieferung und Zwangs-

anforderung in Verbindung mit Höchstpreisen, die den Gesehungskosten nicht entsprechen, jede Produktion unterbindet und den Mangel an Produktion möglich macht oder rechtfertigt.

In Verbindung mit der restlosen Aufhebung der Zwangswirtschaft muß auch seitens des Staates eine vernünftige Preispolitik eintreten, weil dies — und wir sind als Bauernbündler und als Vertreter einer großen Gruppe der Bauernschaft in Steiermark nicht in der Lage das zu bestreiten — die erste und oberste Forderung des Bauernstandes ist. (Lebhafter Widerspruch.) Eine vernünftige Preispolitik ist die erste Voraussetzung dafür, daß der Landwirtschaft die Möglichkeit gegeben würde, tatsächlich einer Intensivierung ihrer Betriebe zuzustreben und ebenso ist es sicher, daß nur die Mitwirkung der Landesregierung und der Gesetzgebung eine gesunde Produktionspolitik in die Wege zu leiten vermag. Wir vermeinen weiters, daß insbesondere die Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen in dem Staate, und die sollen ja nach dem Verfassungsgesetze, nach dem Übergangsgesetze mit 1. Juni fallen, daß diese Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen gleichfalls eine jener Voraussetzungen ist, die die Geschlossenheit des ganzen Wirtschaftsgebietes erst wieder möglich machen, weil die Absperrung der Landesgrenzen geeignet ist, den Austausch der Produkte zwischen den einzelnen Ländern zu verhindern und auf die agrarische Produktion nicht fördernd wirkt. Wenn wir uns mit dem Hinblick auf Steiermark die Frage vorlegen, daß wir sehr wertvolle Produkte auf dem Gebiete der Viehzucht, in rein körndlbautreibende Länder, wie Ober- und Niederösterreich auf dem Wege des Austausches ausführen könnten und dem steirischen Körndlbauer bei seiner Viehzucht zu helfen, da glaube ich allein schon die Berechtigung ableiten zu können, daß die Verkehrsbeschränkungen in einem so kleinen Gebiete, wie es Deutschösterreich jetzt darstellt, nicht mehr haltbar sind und daß wir die dringende Forderung erheben müssen, daß die Verkehrsbeschränkungen tatsächlich mit 1. Juni zu fallen haben. Wir wissen, daß die Sozialdemokraten in dieser Frage nicht einig sind, und zwar deshalb, weil die Wiener wollen, daß die Landesgrenzen fallen gelassen werden, und weil die einzelnen Sozialdemokraten in den Provinzen wollen, daß die Landesgrenzen aufrecht erhalten werden. Das hat eine gewisse innere Berechtigung, ich meine aber doch, daß die Verkehrsbeschränkungen nicht mehr am Platze sind und den Austausch insbesondere unter den einzelnen Bundesländern ganz zweifellos behindern.

Als eine der bedeutungsvollsten Voraussetzungen für eine gesunde Produktionspolitik erscheint uns die Ausgestaltung und Verbesserung des Verkehrswesens überhaupt. Wir müssen feststellen, daß auf dem Gebiete des Verkehrswesens, sowohl was das Eisenbahnwesen, das Post-, Telegraphen-, Telephonwesen, als auch das Straßen- und Brückenbaugesamtheit anbelangt, außerordentlich viel zu leisten ist, und daß in dieser Beziehung die Landbevölkerung und die Bauernschaft sehr große Klagen vorzubringen hat. Wir sehen, daß nicht nur eine außerordentlich lässige und schlechte Postzustellung in den Dörfern und auf dem flachen Lande eingetreten ist, wir sehen auch, daß die Postablageämter, die mit sehr geringen Kosten hätten errichtet werden können, nicht errichtet werden, nur deshalb, weil die Postdirektion, die ja gewiß so tut, als ob sie derartigen Projekten nicht feindlich gegenübersteht, immer der Einwilligung des Bundesministeriums bedarf. Dieser schleppende Gang zeigt, daß bei uns der Amtsschimmel tatsächlich nicht ausgestorben ist und für derartige Einzelfälle oft Jahre beansprucht. Wir erheben an dieser Stelle ganz energisch Protest dagegen, daß die Verkehrsverhältnisse, die Post auf dem Lande, einen derartigen Zustand angenommen haben. Wir müssen hier erklären, daß wir nicht in der Lage sind, uns diese Vernachlässigung, diese Zurücksetzung durch den Staat weiters gefallen zu lassen. Wenn der Staat dieses Monopol hat, wenn er die Post, den Telegraph und das Telephon hat, dann sind wir der Meinung, daß mit diesem Monopole auch für den Staat Verpflichtungen verbunden sind und daß der Staat diese Verpflichtungen auch einlösen muß. Deshalb geht es nicht an, daß weite Strecken am flachen Lande vom Verkehr abgeschlossen werden, und der Staat dadurch seine Verpflichtungen nicht erfüllt. Insbesondere der Postzustellendienst, die Errichtung neuer Postablagen, Telephonstellen- und -leitungen und die Unmöglichkeit einer raschen Verbindung, der heute bestehende derart langsame Postverkehr sind Umstände, die unseren scharfen Protest herausfordern müssen. Und wir erheben an die Landesverwaltung und an die Postverwaltung das dringende Ersuchen, sich mit diesen Fragen zu befassen und bei den maßgebenden Stellen beziehungsweise beim Bundesministerium Vorstellungen zu erheben.

In bezug auf den Straßen- und Brückenbau ist zu sagen, daß insbesondere die Kriegszeit die Straßen und Brücken arg mitgenommen hat, indem ein Raubbau betrieben wurde, und es nicht möglich war in der Kriegszeit die Straßen in jenem Zustande zu erhalten,

der es allein möglich gemacht hätte, die Haltbarkeit und Leistungsfähigkeit auf der Höhe zu erhalten. Wenn auch in diesem Budget gewiß auch dem Straßenwesen, dem eine ganz besondere Bedeutung in Steiermark zukommt, weil unser Eisenbahnnetz ein so weitmaschiges ist, daß es durch Straßenzüge ersetzt werden muß, da weite Gebiete durch die Eisenbahn nicht erschlossen sind, daß in diesem Voranschlag für das Jahr 1921 ja gewiß dem Straßenbau bereits größere Mittel zugewendet worden sind, so müssen wir doch sagen, daß diese Mittel nicht hinreichend sind. Wenn auch die Ausgaben in der Landeskultur um das Vierfache erhöht sind, so sind darin auch die Ausgaben für Straßen und Eisenbahnen enthalten. Wir müssen mit Nachdruck die Forderung erheben, daß insbesondere jenen Straßenzügen, die an Stelle von Eisenbahnen Dienst tun, tatsächlich mehr Beachtung geschenkt werde. Es ist ja richtig, daß insbesondere auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens nicht jenes geschieht, was notwendig wäre, um die großen Lücken auszufüllen, die wir im Lande zu verzeichnen haben. Die Verhältnisse, der Tiefstand unserer Krone, die wirtschaftliche Lage des Landes, die Finanzen des Landes und Staates ermöglichen es nicht, an den Ausbau neuer Bahnen zu schreiben und das bestehende Eisenbahnbauprogramm zur Ausführung zu bringen. Wir dürfen uns keiner Täuschung hingeben, weil es derzeit mit der österreichischen Krone unmöglich ist, auch nur einen einzigen Bahnbau in Steiermark zur Ausführung zu bringen, beziehungsweise in Angriff zu nehmen. Deshalb haben wir die Pflicht und Schuldigkeit, daß wir den Ersatzmitteln für Eisenbahnlinien ein größeres Augenmerk zuwenden. Mit Befriedigung möchte ich namens meiner Partei feststellen, daß es mit der Gründung der Wasserbau- und Elektrizitäts-Aktiengesellschaft ernst wird und daß die in Behandlung stehenden Projekte, insbesondere das erste Projekt, die Stufe Werndorf—Wagnitz, das zweite Projekt an der Teiglisch und das dritte bei Murnitz, daß ernstlich mit dem Ausbau dieser Projekte begonnen werden soll. Auch vom Standpunkte der Landwirtschaft, der agrarischen Interessenvertretung, muß es freudig begrüßt werden, daß die Wasserkräfte zum Ausbau gelangen. Wir würden wünschen, daß dieser Ausbau raschest erfolgt, weil die Landwirtschaft ein großes Interesse daran hat, Bezugsquellen für elektrische Kraft zu gewinnen, nachdem die Landwirtschaft gerade in der letzten Zeit darangeht, an die Elektrifizierung des Betriebes zu schreiben, und weil wir mit einem ungeheuren Arbeitermangel gerade jetzt bei der Landwirtschaft zu rechnen haben, finden wir in der

motorischen Kraft einigermaßen einen Ersatz und begrüßen es außerordentlich, daß es nunmehr mit dem planmäßigen Ausbau der Wasserkräfte ernst wird. Wenn wir daran denken, daß die Kraft eines Waggon Kohle aus Oberschlesien 52.000 K kostet und daß der Ausbau eines Kilowatt 90.000 K benötigt, so sehen wir aus diesen beiden Zahlen, wie billig uns die Erstellung von Kraft durch eigene Wasserkraft zu stehen kommt und meine Partei wird auch für die Forderungen, die in der Richtung an die Landesfinanzen gestellt werden, jedenfalls immer ihre Zustimmung geben, weil wir der Meinung sind, daß sowohl die gewerblichen und industriellen Betriebe als auch die Landwirtschaft aus dem Ausbau der Wasserkräfte einen außerordentlichen Nutzen ziehen können und daß dadurch eine Belebung der Produktion möglich ist.

Wenn ich mich nunmehr ganz rein agrarischen Fragen zuwende, so tue ich das, um aufzuzeigen, daß auch in dieser Richtung unsererseits eine Reihe von Wünschen besteht und wir es außerordentlich bedauern müssen, daß der Landtag, obwohl er seit Monaten neu zusammengetreten und gewählt ist, in wirtschaftlicher Richtung noch keine produktive Arbeit geleistet hat. Es verstehen das unsere Bauern tatsächlich nicht, wo der Landtag doch eine wirtschaftliche Körperschaft ist und sich hauptsächlich mit Fragen der Verwaltung und mit volkswirtschaftlichen Fragen im Lande zu befassen hat, daß in dieser Richtung durch Ausfüllung der Tagesordnung mit politischen Debatten nichts geschieht ist. Und ich bin der Meinung, daß die Bevölkerung und insbesondere die Bauernschaft kein Verständnis dafür haben. Die Bauernschaft ist auf den Landtag allein angewiesen, die Landeskultur gehört in die Kompetenz des Landtages, und es muß von der Bauernschaft gefordert und zum Ausdruck gebracht werden, daß der Landtag sich dieser Pflicht bewußt wird und die Möglichkeit gibt und verschafft, daß diesen landeskulturellen Fragen tatsächlich auch die notwendige Zeit und der notwendige Spielraum bleibt, um sie einer Beratung und Beschlußfassung zuführen zu können. Wir wissen und haben selbstverständlich daran mitgewirkt, daß eine ganze Reihe von Anträgen und eine ganze Reihe von sehr wichtigen Gesetzentwürfen in Behandlung steht, die sehr leicht auch in diesem hohen Hause verhandelt werden könnten und daß die Ausschüsse auch in der Tat mit einer Reihe von sehr wichtigen, die Landeskultur betreffenden Gesetzentwürfen, beschäftigt sind. Eine Wiederaufbaupolitik, ein Wiederaufbau der Landwirtschaft ist nur möglich, wenn einige Fragen zur Lösung kom-

men, hauptsächlich gesetzgeberischer Natur, und daß wir den Wiederaufbau im Lande in jeder Richtung zu fördern in der Lage sind. Ich kann die heutige Debatte nicht vorübergehen lassen, ohne auf das ganze Gebiet der Agrarreform zu sprechen zu kommen, weil es notwendig erscheint, darauf hinzuweisen, daß die Agrarreform ein wichtiger Bestandteil jener Gesetzgebung ist, die zu dem Zwecke ins Leben gerufen, beziehungsweise in die Wege geleitet wurde, um eben nicht nur die Besitzverhältnisse, sondern auch in bezug auf die Nutzungsrechte keine Besserung zu schaffen, insbesondere eine Vermehrung des Bauernstandes und eine zur Verfügungstellung der notwendigen Flächen durchzuführen.

Die Agrarreform ist eine der wichtigsten Forderungen der Gesamtwirtschaft Österreichs und wir wissen auch und können feststellen, daß als erste Etappe auf diesem Gebiete das Wiederbesiedlungsgesetz im Nationalrate beschlossen wurde, daß nimmehr die Arbeit in bezug auf die Wiederbesiedlung und die Durchführung derselben in den Ländern, beziehungsweise in den Einrichtungen der Länder, in den Landes-Agrarbehörden liegt, und ich bin auch hier beauftragt, zu fordern, daß in bezug auf die Arbeit in den Landes- und Bezirksagrarbehörden ein rascheres Tempo eintreten muß, daß insbesondere durch Einstellung des notwendigen Fachpersonals tatsächlich diese Leistung möglich ist. In dem Maße als der Widerstand der Großgrundbesitzer wachsen wird, würden auch die Forderungen der Bauernschaft wachsen und es ist die Frage, wer in diesem Falle der Stärkere sein würde. Wir meinen daher und richten an den Herrn Landeshauptmann, als Chef der mittelbaren Landesbehörde, die ausdrückliche und nachdrücklichste Forderung, daß in bezug auf das Wiederbesiedlungsgesetz ein rascheres Tempo notwendig ist und endlich jene Fälle zur Durchführung kommen, die bereits den Gang des Verfahrens durchgemacht haben. Denn es erscheint auffällig, daß bei 790 Fällen das Verfahren eingeleitet ist, daß dagegen 869 Fälle im kurzen Wege abgewiesen wurden. Es ist dringend geboten, im Interesse der Wiederbesiedlung jener von Grundbesitzern zu Jagd- und Luzuszwecken gelegten Bauernwirtschaften, daß in der Richtung eine positive Arbeit raschestens geleistet werde; und wir sind der Überzeugung, daß durch eine Novellierung eine Verbesserung des Verfahrens zur Einleitung kommen kann. Ganz besonders begrüßen wir es, daß bereits morgen oder übermorgen auf die Tagesordnung des hohen Hauses das Servitutengesetz kommt, als ein Gesetz, das die Nutzungsrechte der obersteirischen Bauern regelt, die

unter diesen Verhältnissen bisher am meisten zu leiden hatten, und daß durch die Schaffung des Servitutengesetzes es möglich sein wird, wieder neue Quellen für die Produktionsförderung der Gebirgsbauernschaft zu erschließen. Aber auch auf anderen Gebieten, insbesondere auf dem Gebiete der Fischerei, hat die bäuerliche Bevölkerung großes Interesse und wir geben unserer Überzeugung dahin Ausdruck, daß eine Regelung der Fischereiverhältnisse insbesondere in der Richtung Platz greifen muß und wird daß die Grundbesitzer an den Bach- und Flußläufen, die bisher von der Fischerei deswegen ausgeschlossen waren, weil Fischereiberechtigte da waren, nimmehr ihren Anteil daran erhalten und daß durch den Zusammenschluß der Grundbesitzer zu Genossenschaften und durch eine Ablösung der bisher bestehenden Fischereirechte dadurch nicht nur dem Zuge der Zeit, sondern auch den Forderungen der Bauernschaft näher gekommen wird. Etwas ähnliches haben wir auch bei der Jagd und wir bitten das hohe Haus auch heute schon, daß bezüglich der Jagdreservate das hohe Haus Stellung nimmt, weil wir diesen beiden Fragen eine ganz außerordentliche Bedeutung zumessen.

Ich möchte mir erlauben, bei dieser Gelegenheit noch auf einen Umstand zu verweisen, der beinhaltet, daß es notwendig sein wird, auch den großen Alpen- und Weidenbesitz, der nicht voll ausgenützt wird, im Gesetzewege der breiten Masse der Bauernschaft zur Verfügung zu stellen, weil es nicht angeht, daß in einer Zeit, wo der Grund-, der Bodenhunger so groß ist, ein Grund von hunderten, von tausenden von Hektaren Weideflächeinhalt, einer an sich vorzüglichen Alpe, nur deshalb nicht ausgenützt wird, weil der betreffende Besitzer keine Viehzucht betreibt oder nicht gewillt ist, diese Weide der Bauernschaft abzutreten. Wir vertreten nicht den einseitigen Standpunkt, wir begeben uns auch nicht auf bolschewistische oder kommunistische Wege, weil wir das Eigentumsrecht nicht anlasten wollen, sind aber der Meinung, daß im Wege der Gesetzgebung durch regelrechte Gesetze und Ablösungen es möglich sein könnte, auch auf diesem Gebiete Ersprießliches zu leisten.

Als eine der wichtigsten Forderungen der fortschrittlichen Bauernschaft — und ich glaube wohl der Bauernschaft überhaupt — muß es bezeichnet werden, daß die Landwirtschaftskammer oder der Landeskulturrat in Kürze auch in diesem hohen Hause zur Beschlussfassung kommt, indem wir die Meinung vertreten, daß, nachdem nimmehr alle Berufsstände in Stadt und Land, sowohl die Arbeiter und Angestellten als auch die Gewerbe-, Handel- und Industrietreibenden, ihre

gesetzlichen Berufsvertretungen haben, in dieser gesetzlichen Berufsvertretung ihre eigenen Geschicke lenken und leiten und auch in der Gesetzaebung selbst zur Mitarbeit herangezogen werden, auch die Bauernschaft diese Landwirtschaftskammer bekommen muß. Der einzige Stand im Staate ist die Bauernschaft, ist die Landwirtschaft, die dieser gesetzlichen Vertretung bisher noch entbehrte deshalb, weil die gesetzgebenden Körperschaften sowohl in Wien als auch in Graz mit dieser Frage sich noch nicht beschäftigt haben. Die Landwirtschaftskammern sind eine dringende Notwendigkeit für die Bauernschaft und Landwirtschaft auch deshalb, weil eine landwirtschaftliche Kammer auch für den gesamten landwirtschaftlichen Förderungsdiens, alle Stellen, die heute dezentral bestehen und arbeiten, eine Zusammenfassung in eine zentrale Körperschaft bedeutet und eine solche landwirtschaftliche Kammer nicht nur Ersparnisse ermöglichen, sondern auch eine richtige Ausnützung und Auswertung der Fachkräfte bringen wird. Es ist kein Zweifel, daß die Landwirtschaftskammer kommen wird und kommen muß und ich glaube, daß das hohe Haus seinerzeit, wenn die Vorlage auf die Tagesordnung kommt, einem derartigen Bestreben kein Hindernis entgegensetzen wird in der Überzeugung, daß auch die Landwirtschaft auf eine gesetzlich geschaffene Berufs- und Ständevertretung, ein Ständeparlament, wohlberechtigten Anspruch hat.

Wir stellen mit Freude fest, daß das landwirtschaftliche Schulwesen seit dem Umsturze einen ganz erfreulichen Aufschwung genommen hat und die Anzahl der Schulen vermehrt und einzelne Schulen ausgebaut wurden. Wir begrüßen die Entwicklung, weil wir im landwirtschaftlichen Schulwesen einen jener Faktoren sehen, die in erster Linie berufen sind, mitzuwirken am Wiederaufbau der Landwirtschaft und eine Intensivierung und Förderung der Landwirtschaft vorzunehmen. Namens meiner Partei glaube ich sagen zu können und zu müssen, daß wir dem landwirtschaftlichen Schulwesen, und zwar nicht nur im engeren Sinne, sondern der landwirtschaftlichen Aufklärung überhaupt, insbesondere dem landwirtschaftlichen Fortbildungswesen, die größte Aufmerksamkeit widmen.

Als ganz besonders notwendig muß das neue Viehzuchtgesetz bezeichnet werden und wir können auch mit Vergnügen konstatieren, daß die Verhandlungen so weit sind, daß das neue Viehzuchtgesetz sehr bald dem hohen Hause als Vorlage zukommen wird. Das neue Viehzuchtgesetz wird neue Wege erschließen, die gegangen werden müssen, um tatsächlich nicht nur einen einheitlichen Zug in die Viehzucht zu bringen, sondern

auch die Viehproduktion im Interesse des Landes in jeder Richtung fördern zu können. Etwas Ähnliches sehen wir auch auf dem Gebiete des Pflanzen- und Futterbauwesens. Es liegt dem hohen Hause bereits eine Regierungsvorlage vor, womit die Errichtung eines Landes-Pflanzenbauinspektorates beschlossen werden soll und damit ist auch dem Acker- und Futterbau jener Weg geebnet, der eine Förderung und Vermehrung der Produktion möglich machen kann. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß gerade auf diesem Gebiete vielleicht am meisten erreicht werden kann, daß hier am meisten zu arbeiten ist und daß diese Arbeit auf diesem Gebiete, auf dem Gebiete des Pflanzen- und Futterbaues, einer Förderung würdig ist, weil in kurzer Zeit der meiste Erfolg sich einstellt und sich ermesselt läßt, daß gerade auf diesem Gebiete in allen Ländern, auch in Steiermark, die besten und glücklichsten Erfahrungen gemacht worden sind.

Als eine der wichtigsten Angelegenheiten der Landwirtschaft und der Bauernschaft betrachte ich ferner, daß auch das Problem der Arbeiterfrage hier berührt wird, und zwar vom Standpunkte unserer Partei, daß nämlich die landwirtschaftliche Arbeiterfrage hier zur Besprechung kommt, weil die Verhältnisse, wie wir sie heute am flachen Lande haben, von Woche zu Woche eine Verschärfung erfahren und unbedingt nicht nur zum Ruin der landwirtschaftlichen Produktion, sondern auch des gesamten Staates führen muß. (Zwischenruf: „Sehr richtig!“) Wir verneinen, daß die Einigkeit des Bauernstandes und des Bauernhauses dadurch, daß eben der Bauer als Besitzer und seine Arbeiter bisher in einer Familie zusammen gearbeitet haben, Freud und Leid geteilt haben, daß diese Einigkeit von sozialdemokratischer und kommunistischer Seite gefördert wird, wodurch der Zusammenbruch der bäuerlichen Produktion kommen muß. Wie die Bauernschaft über die sozialdemokratischen und kommunistischen Hefredner denkt, haben diese erst vor kurzem in Kirchberg a. d. Raab erfahren müssen, wo Hefredner aus Wien erschienen waren, um die Arbeiterschaft und die Kleinbauern aufzuheizen, um einen Keil in die Bauernschaft zu treiben. Die Bauernschaft hat dafür aber die richtige Antwort gegeben, indem sie die Hefredner verprügelte und zum Teufel gejagt hat. Ich glaube, wenn die Verhezung seitens der linksstehenden Parteien, der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei nicht aufhört, wird es auch soweit kommen, daß diese Hefer eben nicht mehr die Freiheit der Demokratie genießen werden, sondern auch von der Bauernschaft zum Teufel gejagt werden. (Abgeordneter Gföller: „Ist das kein Terror?“) Es

scheint, daß wir mit unserer Ansicht auf andere Weise nicht durchbringen und daß dem Terror von Ihrer Seite ein Terror von unserer Seite entgegengesetzt werden muß. Dann werden Sie sehen, wer den Kürzeren zieht. Ich werde Sie schon führen, Herr Gschöllner. Das ist keine Kunst, in Donawitz und Kapfenberg einen Bäuerlichen zu Tode zu prügeln. Wenn ich fortfahre, möchte ich bei dieser Gelegenheit noch sagen, daß die unerhörten Lohnansprüche seitens der Sozialdemokraten, die Verhezung der Dienstboten in der letzten Zeit naturgemäß zu Preissteigerungen aller Artikel führen müssen und dadurch die Teuerung nicht gebannt werden kann. (Zwischentuf bei den Sozialdemokraten: „Das ist ein jüdischer Dreh.“) Ich weiß nicht, wer den Juden nähersteht, Sie oder ich. Wenn wir aber insbesondere auf die Fürsorge für die Dienstboten zu sprechen kommen, so möchte ich ganz außerordentlich begrüßen, daß durch Schaffung eines neuzeitlichen Dienstbotengesetzes in der Richtung hin die Wege gewiesen werden, daß auch den schwebenden rechtlichen Fragen, die noch ungelöst sind, ein Ende bereitet wird. Wir verstehen aber nicht, daß in bezug auf die Altersversorgung, Invalidenversorgung und Erkrankungsfällen seitens des Staates nichts Ernstliches unternommen wird und müssen die Forderung erheben, daß hier ehestens etwas geschieht. (Große Unruhe.)

Präsident Dr. Dantine (das Glockenzeichen gebend): Das Wort hat Herr Abgeordneter Winkler.

Landesrat Winkler (fortfahrend): Wenn der Staat unfähig ist, etwas zu unternehmen, so muß das Land darangehen, etwas zu tun. Ist der Staat nicht in der Lage das zu tun, dann sind wir in der Lage, es zu tun. Ich gebe der Meinung Ausdruck, daß das Land frisch an die Arbeit gehen und ein landwirtschaftliches Krankenkassengesetz geschaffen werden soll. (Landesrat Resel: „Das haben wir schon vor zehn Jahren verlangt und Sie haben es abgelehnt.“) Vor zehn Jahren waren wir nicht hier, Herr Resel. Wir haben keine Vorgänger im hohen Hause gehabt. Ich verweise darauf, daß in Tirol und Oberösterreich bereits Gesekentwürfe für Schaffung von landwirtschaftlichen Krankenkassen eingebracht wurden.

Zum Schlusse möchte ich, meine sehr geehrten Damen und Herren, auf die polemischen Äußerungen parteipolitischer Natur des Herrn Landesrates Machold zu sprechen kommen und möchte mich kurz fassen, weil ich nicht viel zu sagen habe. Herr Machold hat aus Bosheit oder Freundlichkeit uns als Anhängsel der Christlichsozialen bezeichnet (Rufe bei den Sozialdemokraten: „Das ist doch die Wahrheit. Das ist

sine ira ex studio.“) Es scheint maßgebend, daß auch ich vom Standpunkte meiner Partei dazu Stellung nehme, weil es scheint, daß die Herren von der anderen Seite irriger Meinung sind und wir im vorigen Jahre ja auch nicht eine Haltung bezogen haben in der Richtung, daß wir dadurch, weil Sie eine Koalition eingegangen sind, Sie als Anhängsel der Christlichsozialen bezeichnet haben. Wir haben gesehen, wie brave Anhängsel Sie waren, wie brav Sie mitgestimmt haben, auch wenn es gegen Ihre Überzeugung war. Ich will nur nochmals erklären namens meiner Partei, obwohl es allgemein bekannt ist, es besteht zwischen uns und den Nachbarn auf der linken Seite eine Koalition weder geschrieben noch ungeschrieben. Wir sehen eben aus den Verhältnissen, daß die christlichsoziale Partei eine Partei ist, die zum Großteil von den Bauern gewählt worden ist, ich gestehe das zu; wir sehen, daß die Arbeiterkammerwahlen eine christlichsoziale Arbeiterpartei nicht gezeigt haben. Wir sehen daher durchaus nichts darin, daß wir in wirtschaftlicher Beziehung mit jener Partei gehen, die uns wirtschaftlich nahesteht. Ich erkläre ausdrücklich, daß es zwischen uns weder eine geschriebene noch eine ungeschriebene Koalition gibt, wohl aber hat im vorigen Jahre bei Ihnen eine punktierte Koalition bestanden. Wir haben diese nicht. Wir haben freie Hand. Es ist gar nicht notwendig, darauf hinzuweisen, wir sind ja nur unseren Wählern Rechenschaft schuldig und unsere Wähler verstehen es sehr gut, wenn wir in allen Fragen, in denen wir gegen Sie gekämpft haben, mit der Christlichsozialen Partei gemeinsam vorgehen.

Hohes Haus! Wir haben jetzt in der letzten Zeit Debatten politischer Natur abgeführt, das war die Debatte über das Niklasdorfer Munitionslager, über die Heimwehr, die Karliftenfrage und die Milchfrage. Ich erkläre nochmals, ich habe es schon einmal betont, daß wir in bezug auf die Heimwehren mit den Christlichsozialen und Großdeutschen einer Meinung sind. (Zu den Sozialdemokraten gewendet.) Sie haben eine andere Weltanschauung und wir auch. Wir halten fest am Eigentumsbegriffe und an der bürgerlichen Ordnung und Sie nicht. Und daraus ergibt sich die große Kluft, und ist es nicht zu wundern, wenn es oft zu Zusammenstößen kommt. Nach kommunistischer und sozialdemokratischer Manier wollen Sie uns auffressen, Sie wollen es später, die anderen früher. Ich erkläre Ihnen aber, daß wir überhaupt nicht aufgefressen werden wollen. (Lebhafter Beifall auf der Galerie.)

Präsident Dr. Dantine (das Glockenzeichen gebend): Ich muß aufmerksam machen, daß sich die Galerie

jeder Beifalls- oder Mißfallsäußerung zu enthalten hat, sonst muß ich sie räumen lassen.

Landesrat **Winkler** (fortfahrend): Ich erkläre nochmals, daß wir weder ein Anhängsel noch ein Splitter der Christlichsozialen Partei sind, sondern aus eigener Entschliebung uns die Freiheit nehmen, zu den einzelnen Fragen, die auf die Tagesordnung des hohen Hauses kommen, Stellung zu nehmen. Daß wir bisher mit den Christlichsozialen gemeinsam gearbeitet haben, ist nur daraus zu erklären, daß (gegen die Sozialdemokraten gewendet) Sie einen derartigen Kampf gegen jene bürgerlichen Institutionen führen, die für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung geschaffen sind, insbesondere gegen die Heimwehren, eine Institution, hinter der wir genau so stehen wie die Christlichsozialen und Großdeutschen. Da werden Sie eine geschlossene Front gegen sich haben, gegen die Sie nicht aufkommen können.

Ich schreibe meine Ausführungen und erkläre namens meiner Partei, daß wir für das Budget stimmen werden. (Lebhafter Beifall bei den Bauernbündlern.)

Präsident **Dr. Dantine**: Das Wort hat Herr Abgeordneter **Peintinger**.

Abgeordneter **Peintinger**: Hohes Haus! Wenn man beim Voranschlage und bei den Beratungen im Finanzausschusse teilgenommen hat, so kann man sich nicht erklären, daß von gegnerischer Seite gegen das Kapitel 4 Stellung genommen wird. Wenn man die ganze Ausgabepost mit 607.000.000 K gegenüber einer Ausgabepost für Landwirtschaft mit 10.000.000 K sieht, so ist das gewiß nicht zu hoch gegriffen. Wenn wir uns in diesem Jahre mit diesem Betrage zufrieden stellen, weil wir wissen, daß die Landesfinanzen sehr schlecht sind, setzen wir aber voraus, daß dieser Betrag für Landwirtschaft im nächsten Jahre bedeutend erhöht wird. Ich werde als Bauer in verschiedener Weise kurz begründen, wie notwendig die Ausgaben sind. Mein Vordredner hat teilweise dies schon begründet, ich möchte das noch in weitaus größerer Weise tun. Bezüglich der Straßen ist es wirklich dringend notwendig, daß dieselben sobald wie möglich in einen fahrbaren Zustand versetzt werden. Die Bezirksstraßen sind in den meisten Landesteilen außerordentlich schlecht, so daß sie dem Zwecke nicht mehr genügen können. Die Ursache ist eben die, daß während des Krieges und auch seither die Straßen äußerst gering beschottert wurden. Die zweite Ursache zeigt, daß während des Krieges und auch seither in verschiedenen Landesteilen Mineralien, Kohle usw. ausgebeutet werden. Dadurch werden die Straßen durch Automobile sehr stark benützt. Die Lasten, die aufgeladen sind, be-

fragen meist 5000 bis 6000 Kilo, das Gewicht des Autos ist nicht viel weniger und wenn man bedenkt, daß eine Last von 10.000 Kilo und darüber auf diesen Straßen verfrachtet wird, so ist es logisch, daß während der Trockenzeit der Schotter förmlich zermalmt wird, und wenn sich die Witterung ändert und die Regenzeit eintritt, der Rest vom Schotter in den Grund versenkt wird. Ich möchte hinweisen auf unsere Straßen im politischen Bezirke Weiz. In unmittelbarer Nähe der Stadt Weiz sind die Straßen durch den Verkehr derart schlecht, daß man bis zu den Knöcheln im Kot wafelt. Daß die landwirtschaftliche Bevölkerung im großen und ganzen überhaupt einen großen Schaden hat und auch die Konsumenten Schaden haben, ist leicht erklärlich, weil man mit anderem Fuhrwerk diese Straßen nicht befahren kann, weil der Fuhrlohn ein zu großer ist. Es ist daher dringend notwendig, daß diese Straßen entsprechend hergerichtet werden. Den Bezirken ist es unmöglich, wenn man betrachtet, daß in Birkfeld, wo die Besitzer weniger steuerkräftig sind, wo über 1000 Prozent Bezirksumlagen eingehoben werden müssen. Es ist infolgedessen dringend notwendig, daß das Land den Bezirken wirksam unter die Arme greift. Es ist notwendig, daß diese Straßen, die durch Hochwasser sehr stark beschädigt sind und ganz unfahrbar gemacht worden sind, ehe-möglichst hergerichtet und instandgesetzt werden. Es ist aber auch dringend notwendig, daß zu diesen Arbeiten hauptsächlich Leute von auswärts verwendet werden, damit man den Rest von landwirtschaftlichen Arbeitern nicht von unsern Betrieben abzieht. Ferner ist es dem hohen Hause bekannt, daß es bei uns in der Oststeiermark außerordentlich fruchtbare Gebiete gibt, welche heute noch nicht von einer Bahn durchzogen sind. Zum Beispiel Gleisdorf, Nischelsdorf, Pöllau, Rainbach, Sinabelkirchen, Fürstenseld, das sind gewiß außerordentliche, ich möchte sagen von der jetzigen Steiermark die fruchtbarsten Gebiete. Daß diese keine Bahn haben, ist sowohl für die Produzenten als auch für die Konsumenten ein großer Nachteil. Es wird dort viel Obst aus den Betrieben der landwirtschaftlichen Bevölkerung erzeugt und diese landwirtschaftlichen Produkte müssen dann 4 bis 6 Stunden weit mit der Achse geführt werden, was natürlich das Produkt um mindestens 2 bis 3 K verteuert. Wir haben heute keine Eisenbahnbauten, weil ein solcher Bau nicht rentabel wäre, es ist aber doch die Notwendigkeit vorhanden, Bahnbauten so weit als möglich zu unterstützen und zu fördern. Bezüglich der Wasserbauten möchte ich mich dem Herrn Vordredner anschließen, daß es eine dringliche Not-

wendigkeit ist, daß die Uferschutzbauten ehemöglichst durchgeführt werden. Die frühere Regierung hat für diese Bauten kein besonderes Interesse gezeigt, zum Beispiel bei uns wurden wegen der Raab die Uferschutzbauten bereits im Jahre 1912 bewilligt, aber die Durchführung ist nicht veranlaßt worden. Seit dem Jahre 1912 ist nichts geschehen und darum sind bei uns die besten Grundstücke vom Hochwasser weggeschwemmt worden. Auch Brückenbauten sind unbedingt notwendig, weil sie den Verkehr der Landwirte zu ihren Grundstücken verbinden müssen. Bei uns mußten Brücken um 10 bis 20 Meter verlängert werden, weil eben das Flußbett weiter geworden ist. Wenn also diese Bauten ehemöglichst durchgeführt werden, so wird dies nur eine Ersparnis für das Land sein. Diese Bauten sind aber unbedingt notwendig für die angrenzenden Besitzer, weil diese sonst um ihre besten Grundstücke kommen würden. Bezüglich des Weinbaues ist uns ja allen bekannt, daß das beste und einträglichste Gebiet desselben von unserem Lande abgetrennt worden ist, es sind aber in Steiermark immer noch bedeutende Gebiete vorhanden, welche für den Weinbau geeignet sind. Wegen des Verlustes des Weingebietes in Untersteier muß Wein in großen Mengen eingeführt werden, Millionen von Kronen gehen ins Ausland und unsere Krone wird dadurch im Auslande immer mehr entwertet. Freilich werden manche sagen, der Wein ist nur ein Genußmittel, aber er ist vielen schon so angewohnt, daß er heute auch um teures Geld gekauft wird und überhaupt für Kranke und Schwache ist es notwendig, daß sie Wein haben und für die ganz alten Leute ist ein Glas Wein gewiß am Platze. (Heiterkeit.) Während des Krieges und nachher ist man endlich zur Einsicht gekommen, daß der Bauernstand auch ein wichtiger Beruf ist. Früher hat man auf denselben mehr oder weniger nichts gegeben, aber jetzt ist der Bauernstand zu einem wichtigen Beruf gestempelt worden. Der Bauernstand hat die Aufgabe möglichst viel Produkte aus dem Grund und Boden hervorzubringen. Erstens um die Bevölkerung, die nicht Bauern sind, mit den entsprechenden Lebensmitteln zu versorgen, und zweitens, um aus seinen Produkten eine entsprechende Einnahme zu erzielen, damit er seine Auslagen, Steuern bezahlen und sich überhaupt auf seiner Scholle erhalten kann. Dies geht aber nicht nach der alten Gepflogenheit, wie es der Vater und Großvater gemacht hat, denn auch wir Bauern sehen ein, daß wir gründlich umlernen und uns den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend anpassen müssen, um möglichst viel Produkte erzeugen zu können. Dazu

fehlt aber der bäuerlichen Bevölkerung zum größten Teil die entsprechende Kenntnis und darum muß ich zugeben, daß in früherer Zeit auch wir Bauern auf die landwirtschaftliche Fortbildung nicht viel gegeben haben. Es muß deshalb jetzt durch den Förderungsdienst der Weinbau, Obst- und Futterbau, das Meliorationswesen, die Rindviehzucht möglichst gefördert und durch landwirtschaftliche Schulen ausgebaut werden. Ich möchte erwähnen, daß wir durch das Landesamt für landwirtschaftliche Fortbildung etwas haben, was noch kein einziges Land hat und ist zu begrüßen, wenn auf diesem Wege weiter geschritten wird, was ja auch unbedingt notwendig ist. Nicht unerwähnt möchte ich lassen, daß die Landwirtschaftsgesellschaft eine Körperschaft ist, bei welcher wir uns alle zusammenfinden sollen. Sie ist, wie schon vom Herrn Vorredner erwähnt wurde, eine Institution, welche gewiß zur Förderung und Aufklärung der bäuerlichen Bevölkerung wesentlich beiträgt und ich möchte daher ersuchen, daß für diese Beträge, welche im Voranschlag für die Landwirtschaftsgesellschaft eingeseht worden sind, das hohe Haus stimmen möge. Der wichtigste Betrieb einer bäuerlichen Wirtschaft ist, wie jedem einleuchten wird, die Viehzucht, denn ohne Vieh ist selbstverständlich wenig Dünger und, wenn man Grund und Boden noch so intensiv bearbeitet, ohne Dünger ist keine besondere Ernte zu erwarten. Die Viehzucht zu heben ist eine außerordentlich dringende Notwendigkeit, und sie muß in der Weise gehoben werden, daß man qualitativ das bestmögliche Vieh züchten kann; dazu gehören aber in erster Linie gute Zuchtstiere. Die Stierhaltung ist für die Landwirtschaft ein außerordentlich wichtiges Kapitel, die Stiere müssen in der Regel zur Blutauffrischung vom Auslande gekauft werden und diese kosten ein enormes Geld, die Zuchtstiere, die man im Inlande kauft sind auch um ein Drittel teurer als die anderen Tiere und insolgedessen findet sich schwer jemand, der für die Stierhaltung eingenommen ist, weil, wenn er den Stier verkauft, er in der Regel keinen höheren Preis bekommt als für Schlachtvieh, insolgedessen hat er einen bedeutenden Verlust und er würde wirtschaftlich einen besseren Vorteil haben, wenn er anstatt eines Stieres ein anderes Jungvieh einstellen würde. Weiters sind auch die Belegfaren sehr nieder gehalten und es ist aus denselben keine besondere Einnahme zu erzielen und aus diesen Gründen ist die Bauernschaft für die Stierhaltung nicht leicht zu haben. Damit nun der Landwirt keinen finanziellen Schaden hat und nicht minderwertiges Zuchtmaterial einkauft, ist es notwendig, daß die Stierhaltungsgenossenschaften vom

Lande subventioniert werden, und ich muß schon erklären, daß diese Beträge, welche derzeit für das ganze Land Steiermark eingesetzt sind, entschieden zu nieder gehalten sind. Es ist dies entschieden kein hinausgeworfenes Geld, weil durch einen guten Viehstand die Gewähr gegeben ist, daß auch die Tiere viel besseres Fleisch geben und weit größere Mengen Milch, welche dann der Allgemeinheit zur Verfügung stehen. Das gleiche, was ich von der Rindviehzucht gesagt habe, gilt auch für die Schweinezucht. Es ist uns allen einleuchtend, daß, um mehr Vieh halten zu können, es unbedingt notwendig ist, daß wir gutes und entsprechendes Futter in unserer Wirtschaft erzeugen können, und daher ist es notwendig, daß dem Meliorationswesen besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Wenn man in Steiermark herumzieht, so findet man fast in jedem Orte große Gebiete, die noch ver- sumpft sind, diese müssen entwässert werden, um eine größere Ausnützung des Grund und Bodens zu ermöglichen, und es ist dann auch die Viehhaltung eine leichtere. Wenn der Grund und Boden richtig bearbeitet und ausgenützt wird, wenn uns die Möglichkeit geboten wird, wieder in unseren Wirtschaften viel Vieh zu haben, daß wir auch den nötigen Dünger haben, wenn wir die Möglichkeit haben werden Kunstdünger zu kaufen, dann wird die Produktion in Steiermark um 30 bis 50 Prozent erhöht werden können. Aber das alles hilft nichts, vor allem andern müssen auch die nötigen Arbeitskräfte zu bekommen sein. Ich schließe mich dem Herrn Vorredner an, wenn er sagt, es müsse bei uns jede Zwangswirtschaft aufhören, denn wenn wir wieder, wie es ja alle anderen Stände sind, frei in unserer Wirtschaft sein werden, dann werden wir unsere wirtschaftlichen Verhältnisse wieder so einteilen können, wie wir es am besten finden. Wenn unsere Dienstaboten nicht in der Weise verhehrt werden, daß sie vom landwirtschaftlichen Betriebe abgezogen und zum Fabrikbetriebe hinüber- gelenkt werden, wie es bei uns in Weiz der Fall ist, wo täglich drei Waggon Leute zum Kohlenbergbau befördert werden, und die Fabriken uns die besten Arbeitskräfte wegnehmen, ja wie es auch bei manchem Besitzer vorkommt, daß der eigene Sohn von den Eltern weggeht, wohin soll denn das führen? (Zwischen- rufe.) Es ist ja richtig, daß solche Fälle vorkommen, aber warum, weil der Vater nicht in der Lage ist dem Sohne so viel Geld zu geben, was er braucht und was er in der Fabrik bekommt. Es ist unmög- lich, daß er seinem Sohn oder Knecht täglich 400 oder 500 K zahlen kann. Dem Arbeiter kostet die Ver-

pflegung pro Tag mit den ermäßigten Lebensmitteln, die er vom Staate bekommt 100 K, 500 K verdient er, es bleiben ihm daher täglich noch 400 K, und das ist kein Bauer imstande, und wenn er den besten Grund hat, zu leisten. (Abgeordneter Leichin: „Wer verhehrt denn eure Söhne?“) Wenn wir von jeder Zwangswirtschaft frei sein werden, dann werden wir auch die entsprechenden Arbeitskräfte haben, wir werden Lust und Freude haben das Möglichste zu schaffen und werden uns nicht scheuen 14 bis 16 Stun- den täglich zu arbeiten und trachten, möglichst viel für die Allgemeinheit aufzubringen, dann werden auch die Konsumenten wieder einen Nutzen haben.

Die Mehrzahl der Bauern sind gewiß nicht die berüchtigten Wucherer und Schleichhändler und wie sonst noch die Städte und die Industriorte so gerne uns benennen. Naturgemäß müssen wir Bauern für unsere Produkte ebensoviel einnehmen, daß wir unsere Ausgaben leisten und uns auf unserer Scholle erhalten können. Unsere Bauernwirtschaft, die wir besitzen, ist ein angeerbtes Gut von unseren Eltern und dieses kleine Stück Land ist wieder ein Stück unserer grünen Steiermark, unserer Heimat und an diesem Stück hängen wir mit jeder Faser unseres Lebens und von diesem Stücke werden wir uns nicht abbringen lassen, kommt man nun von links oder rechts, wir werden es mit Löwenmut verteidigen. Es wird uns immer vorgeworfen, daß unsere Produkte so teuer sind. (Abgeordneter Leichin: „Das sind die hohen Vesteuerungskosten.“) Und wenn man zurück- denkt auf die Friedenspreise, so ist es richtig, die Preise sind horrend hoch geworden. In Wirklichkeit ist die Sache nicht so. Was bezahlte man vor dem Kriege für ein Ei und was kostet es heute? Ich nehme das Ei, weil der Herr Kollege Leichin uns immer die hohen Eierpreise vorgeworfen hat. Im Frieden hat ein Ei bekanntlich um die Zeit mindestens 6 h gekostet, also haben wir für zehn Eier 60 h eingenommen. Für 60 h hat man eine gute schöne Leinwand, ein Meter nämlich, oder ein schönes Kopftüchel gekriegt. Bei uns Bauern kostet heute das Ei 6 K (Abgeordnete Tausk: „Bringen Sie mir ein Ei um 6 Kronen.“) das ist für 10 Eier 60 K. Was bekommen wir für sechzig Kronen? Nicht einmal ein halbes Meter schlechte Leinwand. So ist es auch mit allen andern Artikeln. Bezüglich der Viehpreise habe ich schon ge- sprochen. Ich sage es ehrlich und offen und will nichts jagen, was in Wirklichkeit vielleicht anders wäre. Früher hat das Kilogramm Vieh Lebendgewicht min- destens eine Krone gekostet, es ist auch niedriger ver- kauft worden wie um eine Krone; eine Krone war

der Preis für besseres Vieh, welches auf den Markt gekommen ist. Wenn das Kilo eine Krone kostet, so kosten zehn Kilo zehn Kronen; um zehn Kronen hat man im Frieden gekauft 50 Kilo Kalk, 1500 Stück Strangfalzziegel, 50 Hemden oder 70 Gattien. 100 Kronen war schon ein Kapital. Heute bekommen wir ausnahmsweise für besseres Zuchtvieh, für besseres Material, schlachtreife Rinder zirka 100 K per Kilo, für 100 Kilo also 10.000 K. Was kaufe ich um 10.000 K? Da bekomme ich nicht 50 Kilo Kalk, sondern nur 25 Kilo, also um die Hälfte weniger. Anstatt 1500 bekomme ich nur 1250 Strangfalzziegel, anstatt 50 Hemden kriege ich nur 25 und statt 70 Gattien nur 32. Ich habe mich genau bei den Kaufleuten um die Preise erkundigt. Ihr könnt da nicht sagen, daß unsere Produkte gegen die andern Sachen zu teuer sind. Es sind genug Bauern da, die werden es zugeben, es sind für die Allgemeinheit der bäuerlichen Kreise förmlich ein Fluch diese hohen Preise. Wir sehnen uns darnach, daß sie abgebaut werden. Freilich haben wir zu essen; nehmen wir aber an einen kleinen Keuschler mit 5, 6, 7 Joch Grund, was hat er zu verkaufen? Im günstigsten Fall hat er nichts zu verkaufen, außer wenn er zwei Kühe füttert, kann er im glücklichsten Falle ein oder zwei Kälber hergeben. Was muß er aber an Ausgaben leisten? Er muß seine Steuer zahlen, für Frau und Kinder die Kleider machen lassen und dergleichen. Der Arbeiter ist auch nicht in einer rosigen oder glücklichen Lage, aber er kann verdienen, so daß er halbwegs die Sachen aufzubringen weiß. Das Loß der Bauern ist kein so glänzendes, wie manche behaupten, die in bäuerliche Verhältnisse nicht eingeweiht sind. Die Einnahmen unserer Bauern erscheinen nur beträchtlich denen, die in der Regel größtenteils Nichtbauern sind. Man muß immer lachen, wenn man in eine Gesellschaft von einer anderen Parteirichtung kommt und hört: „Die Bauern haben die Pöflter, die Säcke, die Strümpfe voll Geld.“ Das wird sehr viel behauptet. (Zwischenruf von sozialdemokratischer Seite: „Das ist wohl wahr, die Bauern kommen mit Rucksäcken voll Geld!“) Ich möchte frei und offen erklären, kein Bauer — ich bin 28 Jahre Bauer — kein einziger Bauer wird über ein großes überflüssiges Kapital verfügen, der nicht während der Kriegszeit und vielleicht nachher ein Händler gewesen ist, der nicht vielleicht in dem Sinne, wie wir es wünschen und vertreten, gehandelt, sondern den Schleichhandel unterstützt hat. Wir verurteilen dieses System und ein wirklicher Bauer, ein richtiger Bauer, der redlich gearbeitet und seine Wirtschaft recht geführt hat, der hat kein überflüssiges Geld. Die Sparpfennige,

die er sich angeschafft hat während der Kriegszeit, die waren eine natürliche Notwendigkeit. Wenn er nicht auf der Kegelstatt oder im Wirtshaus sein Geld vergeudet hat, hat er sein Geld vermehren müssen, weil er durch das Zwangssystem gezwungen war, seine Pferde und Rinder aus dem Stall hinauszugeben. Und wenn er das Geld nicht wegschmeißt, so hat er ja ein Geld zusammenbringen müssen. Wenn heute ein mittlerer Bauer 150.000 oder sogar 200.000 K in der Sparkasse hat, so wird mancher denken, „der kleine Bauer hat soviel Geld in der Sparkasse, daß ist ein reicher Mensch“. Das ist nicht so. Damals hat er vielleicht ein paar Rosse abführen müssen, für diese paar Rosse hat er das Geld bekommen. In Gleisdorf ist das beste Paar Rosse vom Müllermeister lizitiert worden samt dem Geschirr mit 1200 K. Das waren die schönsten Pferde, die in Gleisdorf zur Ablieferung kamen. Wenn einer sich heute ein paar Pferde nachschaffen will, da reicht sein ganzes erspartes Geld nicht aus. Und wieviel fehlt auch im Rinderstall? Der Kollege *Leichin* hat neulich bei der Finanzausschussung gesagt bei der Milchangelegenheit, daß wir Bauern eigentlich schuld daran waren, indem wir die Bevölkerung nicht aufgeklärt haben, und er hat auch gesagt, daß die Bauern zuviel gespart haben. Das war nicht richtig, ich gebe das zu. Aber warum haben es die Bauern getan? Ich bitte, tun Sie sich genau informieren, ob das, was ich sage, auf Unwahrheit beruht. Meine Herren Kollegen werden es bestätigen, daß, wenn früher ein Bauer ist Besitzer geworden, vor dreißig oder vierzig Jahren, und er hat seinen Grund in Teilung von mehreren Geschwistern übernehmen müssen und hat dadurch 3000 Gulden Schulden übernehmen müssen, so hat er vielleicht sein ganzes Leben sich schinden und plagen müssen, daß er die Zinsen hat zahlen können; und wenn es ihm recht gut gegangen ist, hat er die 3000 Gulden Schulden zurückzahlen können. Da war er schon ein glücklicher Mann. Jetzt, weil der Krieg gekommen ist und er größere Einnahmen gehabt hat, so hat er sich gefreut, und hat gesagt: „Schau, jetzt habe ich einmal ein Geld.“ Ich bin der Obmann von der Raiffeisenkasse und kann sagen: Zuerst haben die Leute in vernünftiger Weise ihre Darlehen zurückgezahlt, dann haben sie Einlagen gemacht. Ich habe ihnen gesagt: „Lutz doch reparieren.“ „Ich weiß nicht, was kommt“, haben sie gesagt, „ich weiß nicht, was kommt, ich will ein Geld in der Sparkasse haben“. Und schließlich hat jeder geglaubt, es wird wieder billiger. Ich bitte, die geehrten Arbeiter von Weiz, mit denen ich sehr gut bekannt bin, die sagen auch das gleiche. Sie sagen:

„Hätte ich damals nur den Anzug oder die Einrichtung doch gekauft.“ Ein Großkaufmann aus der Gegend sagte mir: „Peinlinger, wie dumm bist Du gewesen.“ Damals, wie der Stoff noch billig war, habe ich mir kein Geld für einen Anzug auf die Seite gelegt, und jetzt muß ich mir um 2000 K für den Meter einen Anzug machen lassen. So sind unsere Preise wohl mehr oder weniger begründet. Es heißt immer: Bauer, schau, daß du möglichst viel Lebensmittel hervorbringst, damit wir Konsumenten etwas entsprechendes zu leben haben. Was aber die Gesteungskosten für den Bauer betreffen, darauf wird keine Rücksicht genommen. Man hört in den Körperschaften immer, die Landwirtschaft muß gehoben und gefördert werden. Aber, wenn es heißt, ein paar Netze zu bewilligen für diesen Zweck, dann wird Stellung genommen und gestrichen. Der Machold hat früher erklärt, daß die Sozialdemokraten durch die Wahl wohl die Pflicht übernommen haben, wirtschaftlich mitzuarbeiten. Wirtschaftlich, ich glaube dazu gehört auch die Landwirtschaft, weil auch Ihr einen Vorteil davon habt. Ich konstatiere und erkläre, daß, wenn früher die Regierung rechtzeitig für die Landwirtschaft mehr getan hätte, die Not durch den Krieg nicht so groß geworden wäre. Dann wäre es nicht notwendig gewesen — und das ist ein Beweis dafür, wie schlecht es wirklich dem Bauer früher gegangen ist —, daß in den letzten 25 Jahren vor dem Krieg, 25.000 Bauernwirtschaften haben verkauft werden müssen. Und davon ist die größere Mehrzahl exekutiv versteigert worden. Diese Besitzer haben einen Schuldenstand von 140 Millionen Friedenskronen gehabt. Dies würde heute einen Betrag von 14 Milliarden Kronen ergeben. Ich fürchte, daß, wenn nicht bald eine Preisregelung stattfindet, der Bauer in kurzer Zeit wieder mehr verschuldet sein wird und wieder mehr Bauern zugrundegehen werden, als früher vor dem Kriege. Die Gelder, die bei den Raiffeisenkassen in Abereinlage gestanden sind, sind alle bereits behoben. Leute, die über 100.000 K Einlage gehabt und geglaubt haben, sie sind reiche Leute, die haben keinen Heller mehr, das Geld ist vergangen, wie der Reif vor der Sonne. Sie haben das ganze Geld für Einkäufe, Gebäudeherrichtung usw. ausgegeben.

Bezüglich der Milch ist gestern schon ziemlich lange debattiert worden. Ich bin in der Finanzausschussung gewesen, habe daher hier nicht anwesend sein können, bevor die Sitzung aus war und möchte nun einige Worte dazu sprechen. Erstens möchte ich erklären, daß es eine ganz irrige Ansicht ist, wenn die Herren glauben, daß überhaupt viel Milch vorhanden

ist und daß mit der Milch eine Milchwirtschaft getrieben wird. Die Milch ist im ganzen Lande überhaupt sehr knapp, auch bei den bäuerlichen Besitzern, und zwar aus leicht erklärlichen Gründen: Weil, erstens, während der Kriegszeit unsere Kühe in unsinniger Weise herausgenommen wurden; auch die Zuchtkälber sind zur Ablieferung herangezogen worden. Infolgedessen ist ein großer Mangel an Milchkühen im Lande und da erinnere ich mich, daß vorigen Sonntag, vor acht Tagen, ein Vizebürgermeister aus Obersteiermark bei mir war und er hat auch gesprochen über die Fleischversorgung. Und der hat gesagt, im Oberlande sei es während des Krieges nicht so gewesen wie in Untersteier. Es wurde das ganze Vieh, welches gebraucht worden ist, von den Bauern aufgekauft und wir haben ja auch gesehen, daß, wenn jemand nicht geliefert hat, man ins Haus gekommen ist und ihm tragende Kühe weggenommen hat und das nächstemal haben sie schon wieder geliefert. (Abgeordneter Leichin: „Wer war denn das, Namen nennen!“) Ich könnte ihn nennen, aber ich will es nicht. Man darf auch nicht unberücksichtigt lassen, daß es jetzt an Kraftfutter fehlt. Es ist überhaupt nicht viel Milch vorhanden und die vorhandene Milch kann man nur sehr schwer und umständlich auf den Platz bringen, wo sie am dringendsten notwendig ist. Ich kann dies aus meiner Gemeinde beweisen. Der Übernahmskommissär der Bezirkshauptmannschaft Weiz und ich sind in meiner Gemeinde von Haus zu Haus gegangen und die Leute sind ja auch nicht ablehnend, sie sind opferwillig, freilich können sie nicht so viel abgeben, denn sie müssen ja auch für die Dienstleute Milch haben, aber sie waren doch bereit, einige Liter Milch für die Allgemeinheit abzugeben. In unserer Gemeinde sind 44 selbständige Besitzer und diese und einige kleinere Besitzer haben zusammen 25 Liter Milch zugesagt, was durch Sammeln aufgebracht werden sollte. Ich habe nun einen Burschen aufgenommen, der dieses Einsammeln besorgen und per Liter eine Krone bezahlt bekommen sollte. Acht Tage ist dies gegangen, nachher ist er aber zu mir gekommen und hat gesagt: „Ich gehe nicht mehr Milch sammeln, ich verdiene mir zu wenig, ich muß in der Frühe um vier Uhr aufstehen, von einem Besitzer zum anderen gehen, auf den Bahnhof habe ich dreiviertel Stunden, bis ich hinkomme, ist es 9 Uhr. Ich habe 30 Kilogramm im Rucksack zu tragen und nachmittags bin ich nicht arbeitsfähig und verdiene mir dabei nur 25 Kronen, ich gehe lieber in das Kohlenwerk, dort brauche ich mich nur acht Stunden zu plagen und verdiene dort 500 K täglich.“ Seit der Zeit haben wir keinen Milchsammler mehr, denn von

den Besitzern selbst kann man es nicht verlangen, daß sie wegen einen oder zwei Liter Milch den weiten Weg machen. Ein weiteres Erschwernis ist vorhanden, daß sovieler Einschränkungen bestehen — ich spreche da von Graz —, Einschränkungen, daß die Leute die Milch nicht hereinbringen können. Sie werden sich daran erinnern, daß noch vor einiger Zeit Milch, die von Leuten hereingebracht wurde, denselben abgenommen und dann einfach ausgeschüttet wurde. Wenn diese Erschwernisse nicht wären, könnte viel mehr Milch hereinkommen. Ich möchte nur einen Fall anführen: Ein Besitzer in meiner Gemeinde fährt jede Woche ein bis zweimal mit verschiedenen Sachen, Lebensmitteln, Most u. dgl. nach Graz, der hat auch hier gute Bekannte und hat zu Weihnachten vier Liter Milch mitgenommen, um sie seinen Bekannten als Weihnachtsgeschenk zu geben. Was ist dem passiert? Bei der Linie wurde er kontrolliert und, weil er keinen Einfuhrschein gehabt hat, wurde er zu 500 K Geldstrafe verurteilt. Da dürfen sich die Grazer dann nicht wundern, wenn sich niemand mehr getraut, Milch nach Graz zu bringen. Bezüglich der Fleischversorgung möchte ich nur noch erwähnen, daß es nicht richtig ist, daß wir den gleichen Viehstand haben. Bei der Viehzählung im Bezirke Weiz und vielleicht auch in anderen Landesteilen ist es tatsächlich so, daß wir ziffernmäßig so ziemlich den gleichen Viehstand haben, aber wie weit fehlt es uns an Gewicht. Wenn mit dem Fleischkonsum möglichst gespart werden muß und wenn wir über den Sommer uns eventuell mit ausländischem Fleisch befassen, und ich muß ehrlich und offen sagen und jeder Bauer wird es bestätigen, daß wir drei bis vier Monate im Sommer auch kein Fleisch haben, wird es besser werden. Früher haben die Sozialdemokraten gesagt, und es war der Herr Landesrat **Hartmann**: „Wir verzichten auf das Fleisch, aber wir müssen eben etwas anderes, Kraut oder Bohnen bekommen.“ Es ist aber heute nicht mehr aktuell, denn von diesen Sachen kann man heute jedes Quantum bekommen. Wenn wir jetzt bis in den Herbst mit unserem Viehstande verschont bleiben und ihn über die Sommerung herüberbringen, dann wird auch das Angebot von Vieh ein größeres sein, und infolgedessen auch der Fleischpreis entsprechend zurückgehen. Wir Bauern sind nicht für hohe Preise und sind vollkommen einverstanden, wenn die Preise um ein ganz Bedeutendes zurückgehen, aber logischer- und gerechterweise müssen auch alle anderen Produkte, welche wir Bauern kaufen müssen, sinken und den Friedenspreisen angeglichen werden. Bezüglich der Getreidewirtschaft hat Herr Landesrat **Machold** auch er-

wähnt, daß wir in Steiermark überhaupt die schlechtesten wären und sehr wenig Getreide abgeführt wurde. Diese Nichtablieferung beruht aber nicht auf Stüchtigkeit der bäuerlichen Bevölkerung, sondern hat viel tiefgehendere Ursachen. Sie werden sich erinnern, daß im vorigen Jahre, als Korn und Weizen in Blüte gestanden sind, gesagt wurde, daß wir eine außerordentlich günstige Ernte haben werden. Dann ist aber die Regenzeit gekommen, es hat 14 Tage geregnet und jeder wird wissen, daß, wenn das Korn in Blüte ist, und verregnet wird, der Ertrag ein geringer ist. Es wird auch bekannt sein, welche große Gebiete in Steiermark verhegelt worden sind, durch Hochwasserschäden, durch Vermurung zugrunde gegangen sind. Dazu kommt noch die Ursache, die ich bereits erwähnt habe, daß durch den niederen Viehstand in unserer Wirtschaft nicht genügender Dünger vorhanden ist, und infolgedessen hatten wir eine schlechte Ernte. Das wird jeder bestätigen und ich bin überzeugt, daß wir auch heuer um mindestens 20 Prozent weniger ernten werden als vor dem Kriege; wenn wir aber Kunstdünger bekommen, so wird die Sache bedeutend besser sein. Eine weitere Ursache ist auch, daß jeder Handwerker — und das sind die meisten aus Ihrer Partei — wenn sie etwas für uns machen, jeder Schneider und Schuster usw. entsprechendes Korn bekommen muß. Ein jeder, der von der Landwirtschaft etwas versteht, wird wissen, daß man in der Landwirtschaft nicht mit dem Tag arbeitet, wenn es licht wird, fängt man an und hört auf, wenn es finster wird. In den Wintermonaten müssen wir Kukuruz schälen, pressen und verschiedene andere Arbeiten in der Nacht machen, weil wir bei Tag dazu keine Zeit haben, und dazu brauchen wir Petroleum — die elektrische Leitung wird ja jetzt zum Glück ausgebaut, wir haben sie zwar noch nicht bekommen —. In meiner Gemeinde wurden nun den meisten Besitzern im Monate ein Quantum von einhalb Liter Petroleum zugewiesen. Er hat den Rinderstall, den Schweinestall und auch die Wohnung zu beleuchten; wie soll er da einen ganzen Monat mit einem Liter auskommen? Er ist also gezwungen, von Grazer Schleihhändlern Petroleum zu kaufen und was muß er dafür bezahlen? 100 K und mehr. Und da wird noch gesagt, um Geld wird nichts verkauft, und man muß immer Korn oder Weizen geben, um Petroleum zu haben, um die Wirtschaft fortführen zu können. Die meisten Bauern haben, um Petroleum zu bekommen, es mit Korn eintauschen müssen. Das gleiche ist beim Zucker und Benzin. Aber die so gehandelt haben, das waren größtenteils Arbeiter aus der Waggonfabrik oder aus Andritz und dadurch hat

es ja doch wieder die arbeitende Bevölkerung bekommen. Herr Landesrat Machold hat überhaupt gewissermaßen der Landwirtschaft alle Daseinsberechtigung abgesprochen, weil sie nichts abliefern. Ich möchte mir die Frage erlauben, wenn die Landwirte keine Daseinsberechtigung haben, warum wird von uns dann immer verlangt, mehr abzuliefern als wir schließlich selbst haben, das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Ich sage offen, die Bauernschaft ist der sicherste Abnehmer der Industrieartikel und der beste Zahler, und ich sage, wenn die Bauernschaft zusammenbricht, bricht auch die Industrie zusammen.

Ich möchte zum Schlusse noch erklären, daß wir Bauern die ernsteste Absicht haben durch größte Arbeitsamkeit das möglichste zu leisten und mitzuwirken, um geordnete Verhältnisse zu schaffen, um an dem Wiederaufbau unseres lieben Heimatlandes tatkräftig mitzuwirken, und wenn alle anderen Stände in dieser Beziehung unserem Beispiele folgen würden, daß auch sie zwölf bis 14 Stunden im Tage arbeiten, weil die Not dazu drängt, länger zu arbeiten, würde der Aufbau gewiß leichter und sicherer sein, denn ich bin vollkommen überzeugt, nur in der Arbeit und im Sparsinn liegt die Zukunft. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

Präsident Dr. Dantine: Herr Landesrat Doktor Hübler hat das Wort.

Landesrat Dr. Hübler: Hohes Haus! Die Stellungnahme einer Partei zum Voranschlag pflegt sonst gemeinlich ein Ausdruck des Vertrauens oder des Mißtrauens zur jeweiligen Regierung zu sein. Das Proporzsystem enthebt uns dieser Gewissensnöte, das Proporzsystem überläßt uns bei der Budgetdebatte eigentlich nur den Pflichtteil der zugewiesenen Mitverantwortung für den Voranschlag. Einleitend muß ich mich gegen meinen verehrten Kollegen Machold wenden, der leider augenblicklich nicht anwesend ist. Er hat in seiner Ausführung das Verhältnis der sozialdemokratischen Partei zu den übrigen Parteien gestreift und hat uns dabei mit einer eleganten Handbewegung in einen Topf mit der christlichsozialen Partei geworfen. Ob dies politische Klugheit war, weiß ich nicht, sachlich ist es unrichtig, aber auf jeden Fall ist es ungemein bequem. Es ist auch nicht möglich, daß ich in die Begeisterung für den Proporz einstimme, die mein Kollege hier angestimmt hat. Der Ausdruck des Proporz, wie er hier im Landtage, in der Landesregierung, gerade von den beiden starken Parteien durchgeführt wird, hat unser größtes Bedenken von vornherein deshalb erregt, weil er zu einer Unterdrückung der kleineren Parteien und zur Nieder-

ringung aller sachlichen Momente geführt hat. Wir können nun mit Befriedigung feststellen, daß wir nach beiden Seiten vollkommen unabhängig sind und daß uns keine der beiden anderen Parteien in dieser Frage „so Liebes“ getan hat, daß wir nach irgendeiner Seite uns verpflichtet fühlen müßten; ich erwähne die Wahl in den Bundesrat, die Wahl in das Kuratorium des Gewerbeförderungsinstitutes, wo die Christlichsozialen sich auf den Proporz gestützt und sachliche Erwägungen nicht berücksichtigt haben; ich erwähne die Wahl in den Beirat des Landes-Jugendamtes, wo die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten sich einmütig darin gefunden haben, daß die Jugend parteipolitisch aufgestellt werden müsse. Es ist uns leicht, nachzuweisen, daß wir uns nach keiner Seite irgendwie von vornherein durch das Wohlwollen einer Partei verbunden fühlen müßten. Wir erklären ganz unumwunden, daß uns in Verfolgung unserer programmatischen Grundsätze und unserer sachlichen Erwägungen weder brühwarme bürgerliche Gefühle von der christlichsozialen Seite, noch ein Aufstecken der nationalen Kofflagge auf dem sozialdemokratischen Parteischiffe irgendwie ablenken wird. Wir werden nach wie vor eine Politik der Sachlichkeit und Unabhängigkeit nach beiden Seiten einhalten. Ich glaube, es wird auch von keiner Seite uns gegenüber der Vorwurf erhoben werden, daß wir uns nicht bemüht haben, in allen Fragen sachlich zu erscheinen. (Zwischenruf des Abgeordneten Leichin.) Ich bitte, Herr Leichin, die Rolle des professionellen Zwischenrufers wird Ihnen mit der Zeit auch langweilig werden. Hohes Haus! Es ist heute vielleicht nicht Zeit, bei der Beratung der Budgetdebatte in Einzelheiten der Zahlen einzugehen, denn da dürfte kaum etwas Erpriestliches heraus schauen. Es scheint viel wichtiger, im Vergleiche zu der vorjährigen Budgetdebatte zu fragen, welche großzügigen Aufgaben sind gelöst, welchen Weg haben wir zurückgelegt? Da muß ich nun sagen, daß ich mich mit dem Herrn Landesrate Machold in Widerspruch befinde, weil ich nicht auf seinem Standpunkte stehe, daß wir es „so herrlich weit gebracht haben“. Wenn ich hier die stenographischen Berichte der 34. und 35. Sitzung des steirischen Landtages durchblättere und sehe, welche Reden damals in der Budgetdebatte gehalten wurden, so kann ich feststellen, daß dieselben auch heute noch hoch aktuell sind. Nur müßten die einzelnen Redner bei dem „Schrei nach der Verwaltungsreform“ die Plätze wechseln. Es könnten die Herren von der rechten Seite nach links hinübergehen und dann bliebe alles beim alten. (Präsident Regner: „Sie bleiben in

der Mitte!) Gewiß, wir haben weder Sehnsucht nach rechts, noch nach links.

Hohes Haus! Das große Ziel unserer Politik liegt zweifellos in der Außenpolitik. Es ist klar, daß alles, was wir hier in diesem Hause und im Hause der Nationalversammlung politisch und wirtschaftlich beraten, ein Stückwerk ist, und daß uns nur ein großes außenpolitisches Ziel, der Anschluß an das Deutsche Reich, eine Lösung bringt. Alles andere ist eigentlich ein Fortstreifen, eine Aushilfe von der Hand in den Mund, von heute auf morgen. Dieser Anschluß an Deutschland erfordert allerdings eine Reihe von wichtigen Vorarbeiten, und ich habe das Gefühl, daß da in der Angleichung der Gesetzgebung an die des Deutschen Reiches manches sowohl der Nationalversammlung als auch der Landesversammlung zu tun übrigbliebe. Es hat meine Partei auf den Tisch des hohen Hauses einen Antrag bezüglich einer Volksabstimmung über den Anschluß gelegt, von dem ich hoffe, daß er mit Zustimmung der Parteien noch in dieser Session zur Abstimmung gelangt. Er wird nicht die Vollendung des Zieles bedeuten. Aber er wird doch den Anschlußgedanken in der öffentlichen Meinung wieder einen Schritt vorwärts bringen. Was wir vor der Erreichung dieses politischen Zieles, des Anschlusses an das Deutsche Reich, erreichen könnten, das ist etwas, was ich die „wirtschaftliche Überwinterung“ nennen möchte. Ich habe den Grundsatz vertreten, daß uns wirtschaftlich nicht dauernd zu helfen ist ohne den Anschluß. Wir sind ein Teil eines großen Körpers, abgeschnürt von seinen wirtschaftlichen Blutgefäßen, und es ist ausgeschlossen, daß die genialsten Finanzmaßnahmen unseren Wirtschaftskörper einer dauernden Gesundung entgegenführen. Was wir tun können, ist, alle Kräfte unserer Volkswirtschaft so zusammenzuhalten, daß wir in einem möglichst kräftigen Zustande den Übergang in das Wirtschaftsgebiet des Deutschen Reiches bewerkstelligen. Man spricht immer vom wirtschaftlichen Wiederaufbau, und doch muß ich hier einmal die Tatsache anschnitten, daß die Grundbedingungen für den Wiederaufbau, soweit sie auf der ideellen Seite liegen, ungemein schwierige, ja unmögliche sind. Was ist die moralische Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau? Zwei Eigenschaften: Sparsamkeit und die Überzeugung, daß die Erzeugnisse der Arbeitskraft der eigenen Volkswirtschaft zugutekommen. Mit der Sparsamkeit steht die Sache so: Die Entwertung unserer Valuta, die von Tag zu Tag, von Woche zu Woche fortschreitet, zwingt die Bevölkerung zum Konsum. Ein jeder sagt sich, „ich darf nicht sparen, ich darf

das Geld nicht liegen lassen, sonst entwertet es sich von Tag zu Tag“. Dieses Moment setzt sich dem Wiederaufbau durch Sparsamkeit der Bevölkerung geradezu entgegen. Das zweite Moment ist unsere Ausbeutung durch den Friedensvertrag von St. Germain. Ein jeder Arbeiter, ein jeder, der sich noch so in die Seelen legt, oder das Rad der Arbeit schnell umherzudrehen sich bemüht, hat das Gefühl, daß das, was wir arbeiten, nur von den gierigen Händen der Entente in Forderungen von Entschädigungen aufgerafft wird. Diese zwei Momente erklären es vor allen bei den jetzigen Verhältnissen, daß in unserer Bevölkerung der Hang zum Indentagleben aufgekommen ist, daß der sittliche Ernst, das Zähnezusammenbeißen und Arbeiten und Sparen um jeden Preis noch nicht zum Durchbruch gelangt ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da, wo der wirtschaftliche Wiederaufbau an sich so ungemein schwierig ist, da muß sich eben alles gemeinsam anstrengen, den Wiederaufbau von der geistigen Seite zu fördern, die moralischen, ethischen Kräfte des Volkes zu heben, damit wir über diese ungemein schwierige wirtschaftliche Krise hinwegkommen. Wir haben auf dem ideellen Gebiete auch andere Aufgaben gehabt, die wir zu lösen hätten. Es hat heute der Herr Landesrat Machold von dem großen Werke der Verfassungsreform gesprochen. Ich gebe ohne weiteres zu, es ist ein Stück Arbeit, uns eine freistaatliche Verfassung gegeben zu haben, aber ich lege nicht das Schwergewicht auf die mechanische Gesetzgebung in freistaatlicher Form, sondern ich lege das Schwergewicht auf die ideelle Einbürgerung der freistaatlichen Verfassung bei unserer Bevölkerung. Das wäre die Aufgabe, würdig eines Zeitalters! Wenn ich heute frage, ist diese Aufgabe gelungen, so muß ich sagen, sie ist nicht gelungen. Denn die ideelle Einbürgerung einer Verfassung besteht darin, daß ihre Vorzüge sich mit elementarer Gewalt allen Volksgenossen aufdrängen, so daß es gegen den Freistaat, der die ideale freistaatliche Verfassung restlos erfüllt, keine Reaktion geben könnte. Ich muß sagen, und es ist mir um diese Frage bitterer Ernst, daß die sozialdemokratische Partei in der Zeit des Umsturzes diese große Aufgabe, die mir zum größten Teile auch auf ihre Schulter gefallen ist, gar nicht erfaßt hat. Das sittliche Überwinden einer jeden Gegnerschaft beruht darin, daß man die Mitverantwortung für die Gesamtheit ergreift, und die Gegner dadurch der eigenen Überzeugung untertan macht. Es war ein ungeheurer Fehler, daß die sozialdemokratische Partei in dem Freistaate ein Instrument zu finden glaubte, um ihre eigenen Partei-

rechte für längere Zeit zu festigen, daß sie in der Republik ein Monopol für ihre Partei sah. Das halte ich für einen der größten Fehler, den die sozialdemokratische Partei begangen hat. Wir stehen auch auf dem Boden des Freistaates, aber auf dem Boden eines Freistaates, der Freiheit gibt für alle Staatsbürger! Bei dieser Gelegenheit, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich eindringlich darauf hinweisen, daß es in einem Freistaate keinen Terror geben darf! Parteipolitische Organisationszwang und politische Geistesfreiheit sind nicht zu vereinbaren! Wir erinnern daran, daß gerade gegenüber den Anhängern unserer Partei da und dort Terrorakte ausgeübt werden, indem man sie nicht etwa zu gewerkschaftlichen Organisationen nötigen, sondern an der Ausübung der politischen Überzeugung hindern will. Es ist vielleicht die schärfste Kritik, die man an der sozialdemokratischen Partei üben kann, wenn da das Wort eines Dichters auf sie anwendbar wird, das er gegen den Geistesterror gerichtet hat: „Geben Sie Gedankenfreiheit, auch in politischer Beziehung!“ Dann werden Sie der freistaatlichen Idee den besten Dienst leisten! Wir haben kein anderes Interesse, als daß das deutsche Volk in Österreich sich unter einer Idee für den Anschluß konsolidiere! Meine Damen und Herren! Das wären die großen Aufgaben unserer Politik und ich kann, wie gesagt, nicht der freudigen Überzeugung Ausdruck geben, daß wir da bereits auf einem Weg sind, der uns schon ins Freie hinausführt. Hohes Haus! Was die Aufgaben des Landes betrifft, so laufen sie innerhalb eines hinlänglich bekannten Geleises. Es sind uns da Aufgaben zugewiesen, die kaum den stolzen Titel „Regierung“ führen dürfen und die ich mehr mit „Verwaltung“ bezeichnen würde. Wenn ich die stenographischen Berichte der letzten Budgetsitzung betrachte, so ist da schon auf die Zweigeleisigkeit unserer Landesverwaltung hingewiesen worden. Ich möchte heute wieder darauf hinweisen, — da ja verfassungsmäßig schon eine gewisse Regelung im großen festgesetzt ist — daß diese Zweigeleisigkeit zwischen Landesregierung, Burg, und Landhaus zu überprüfen und nachzusehen wäre, welche dieser Ressort, die oben und unten laufen, zusammenzuziehen, oder zu verlegen wären. Von den wirtschaftlichen Fragen, die dem Lande zugewiesen sind, ist die Ernährungsfrage unbedingt die Wichtigste. Wir haben diese Ernährungsfrage wiederholt hat verhandeln gehört, in polemisch zugespitzter Beleuchtung vom Standpunkte der Produzenten- und Konsumentenpolitik aus betrachtet. Ich stehe hier als Vertreter einer Partei, der heute sicher die wirtschaftlich gedrücktesten

Kreise angehören, und ich habe mir wiederholt bei diesen Debatten eindringlich meine Verpflichtung vor Augen geführt, und immer die Überzeugung gewonnen, daß ich die Interessen meiner Kreise nicht dadurch vertrete, daß ich eine der widerstreitenden Komponenten ganz besonders unterstreiche, sondern, daß ich die Resultierende suche und die widerstreitenden Kräfte auf einen Weg zu vereinigen trachte, auf dem wir vorwärts kommen. Das Feststehende in der Frage der Ernährungs politik, die einzige unverrückbare Grundlinie ist, daß man wirklich die ärmsten Schichten der Bevölkerung bei der Beteilung mit billigen Lebensmitteln herausgreift; das sind heute Pensionisten, Kleinrentner, Angestellte, und alle jene, die in die Einkommengrenzen dieser Gruppen fallen, mögen sie welchem Stande auch immer angehören. Darüber hinaus muß man einmal einen Strich machen. Wir sind in einer Zeit der wirtschaftlichen Umschichtung, Kreise, die früher oben waren, sind heute unten und umgekehrt, geholfen muß dem jeweils wirtschaftlich Schwächsten werden. Meine Damen und Herren! Im ganzen Budget, bei der Bedeckungsfrage — ich will aus den Blumen des Steuerbuketts des Herrn Finanzreferenten nicht einzelne herauspflücken — spielen neue Steuerpläne eine große Rolle. Aber ich glaube, durch Steuern allein wird man über die Schwierigkeit auf die Dauer nicht hinwegkommen, die Gesundung liegt in der lebendigen Kraft unserer Wirtschaft, in industrieller und in agrarischer Beziehung. Dazu möchte ich folgendes erwähnen: Die wirtschaftlichen Unternehmungen des Landes, an welche in der letzten Budgetdebatte große Hoffnungen geknüpft wurden, scheinen diese zum großen Teile nicht erfüllt zu haben. Auch jetzt steht das Land mit einer Reihe von wirtschaftlichen Unternehmungen in Verbindung. Da müßte sich das Land bei diesen wirtschaftlichen Unternehmungen einen Einfluß sichern, daß es die Verteilung der aus diesen Unternehmungen erfließenden Güter bestimmen kann, vor allem müßten diese wirtschaftlichen Unternehmungen aber aus der Sphäre parteipolitischer Zuteilung herausgehoben werden. Hohes Haus! Es sind Ereignisse im letzten Jahre an uns vorübergegangen, die auf unsere abgestumpften Nerven nicht jenen Eindruck gemacht haben, den sie sollten: Es ist ein scheinbar endgültiger Strich gezogen worden zwischen uns und dem steirischen Unterlande. Der Kampf um das Unterland, die Tätigkeit des Länderzentralbureaus, unserer Vertretung bei der Grenzkommision, sind fast unbemerkt von der Öffentlichkeit vorübergegangen. Ich möchte an dieser Stelle nicht verabsäumen, jenen, die dort gearbeitet haben, den

Dank auszusprechen und die Aufmerksamkeit des hohen Hauses darauf hinzulenken, daß unsere Brüder im Unterlande nach wie vor unter der schwersten Bedrückung zu leiden haben. Eine „amtliche“ Volkszählung in Jugoslawien hat den deutschen Charakter der untersteirischen Städte durch brutale Fälschungen zu verwischen versucht. Diese und ähnliche Gewaltmaßnahmen können aber nie und nimmer unser Anrecht auf die Untersteiermark und unsere unauflöbliche Verbindung mit den untersteirischen Volksgenossen aufheben. Hohes Haus! Wir haben eigentlich auf unserem parlamentarischen Gebiete kleine Aufgaben zu lösen, die aber doch ein Teil der größten aller Aufgaben, des Wiederaufbaues, sind. Worauf ich und meine Partei immer das Schwergewicht gelegt haben, war, zu betonen, daß bei Lösung dieser großen Aufgabe nur die Zusammenfassung aller Kräfte einen Erfolg verheißen kann. Ich habe bei der heutigen Wechselrede schmerzlich vermißt, daß dieser große Ausblick eigentlich gefehlt hat. Denn wir gehen der größten wirtschaftlichen Krise entgegen, die uns vielleicht je begegnen wird. Der Versuch der Angleichung unserer Valuta an den Weltmarktgeldwert wird zwei Katastrophen zweifellos nach sich ziehen, eine in der Industrie und die zweite in der Landwirtschaft. In der Industrie, wenn diese nicht mehr unter der Gunst einer niedrigen Valuta wird ausführen können. Ich habe anlässlich des Aufenthaltes von Schweden und Holländern mit Vertretern dieser Staaten gesprochen; namentlich der Schwede hat mir ausführlich die Wirtschaftslage Schwedens dargelegt, wie die außerordentlich hohe Valuta Schwedens jetzt alle großen Betriebe zum Stillstande bringt, deshalb, weil sie wegen der hohen Valuta nicht ausführen können. Nur die außerordentlich kräftige Volkswirtschaft, der verhältnismäßige Wohlstand des Landes verhindert dort eine soziale Katastrophe. Auch für uns wird einmal ein ähnlicher Zeitpunkt kommen, aber uns wird er bei vollkommen ausgepumpter Volkswirtschaft treffen. Da wird es der Zusammenfassung, des Zusammenhaltens aller Kreise, aller Kräfte bedürfen, um über diese Klippe hinwegzukommen. Ähnlich verhält sich die Sachlage bezüglich einer Katastrophe in der Landwirtschaft. Da droht bei einer Angleichung an den Weltmarktpreis der Landwirtschaft eine Gefahr, von der wir nicht wissen, wie wir sie überdauern werden. Auch unsere politische Lage ist keine derartig sichere, daß wir uns parteipolitische Kämpfe bei sachlich zu behandelnden Gegenständen erlauben könnten. Wir haben uns einen Freistaat gezimmert, aber dieser wird von zwei Seiten

bedroht, vom Bolschewismus und vom Karlismus. Meine Herren, Sie kennen die Rückertsche Parabel von dem „Mann im Syrerland“, der sein Kamel spazieren führt. Das Kamel wird scheu, und er fällt in den Brunnen. Oben droht das Kamel und unten ein Drache, während dem er, an einem Strauch hängend, sich ein paar Beeren pflückt und sie isst. Und so ähnlich ist unsere Lage. Wir hängen zwischen dem Umsturz aus Moskau und den Bestrebungen des Karlismus, und wir haben nichts anderes zu tun, als in polemisch zugespitzten Debatten die Beeren eines parteipolitischen Augenblickserfolges zu pflücken. Das ist nicht der Weg, der uns zum Ziele führen kann. Was wir unter nationaler Politik verstehen, ist die Vereinigung aller Kräfte, um die ganze Nation nach der einen Richtung zu reißen, wo die Rettung liegt: Das ist die Zusammenfassung des gesamten deutschen Sprachgebietes in Mitteleuropa zu einem einzigen Staate. Das ist das Ziel, und den Blick auf dieses gerichtet, werden wir alle unsere Maßnahmen treffen. (Lebhafter Beifall bei den Großdeutschen und bei den Bauernbündlern.)

Abgeordneter **Seehofer**: Es ist schon vom Herrn Vorredner bemerkt worden, daß der Voranschlag kein Blumenstrauß ist, der allgemeines Entzücken in der Bevölkerung auslösen wird, sondern ein Notgebilde, das außerordentlichen Verhältnissen entsprungen, auch außerordentlichen Verhältnissen Rechnung trägt. Jeder Haushalt stößt heute auf Schwierigkeiten, das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben herzustellen. Das, was für jeden Haushalt gilt, das gilt auch für den steirischen Haushalt und Herr Landesrat Machold hat mit Recht betont, daß jeder noch so wohl überlegte Voranschlag an dem scheitern kann, was 14 Tage später kommt und die schönsten Berechnungen glatt über den Haufen wirft. Wir übernehmen gern unseren Teil Verantwortung für den Voranschlag, die darin besteht, daß wir, als die stärkste Partei dieses Hauses, nach Kräften auch an dem Voranschlag mitgearbeitet haben, aber ich mache darauf aufmerksam, daß die Verantwortung für diesen Voranschlag nicht bloß die christlichsoziale Partei dieses Hauses zu tragen hat, sondern daß sämtliche Parteien dieses hohen Hauses die Verantwortung zu übernehmen haben. Es wäre gewiß bequem, uns als die allein verantwortliche Regierungspartei hinzustellen; da aber alle Parteien Vertreter in der Regierung haben und in den Ausschüssen vertreten sind und hier ihre Meinung zum Voranschlag geben konnten, sind sie auch gleichmäßig zur Mitwirkung verpflichtet und fragen infolgedessen auch genau so wie wir die Verantwortung an

diesem Voranschlage. Wenn die Opposition natürlich an dem Voranschlage ebenso wie an den andern Dingen Kritik übt, so ist das ja eine Selbstverständlichkeit und wir würden uns wundern, wenn es anders wäre. Das war immer so und wird wahrscheinlich auch in Zukunft immer so bleiben. Ich erinnere nur an die Gepflogenheit in dem alten Parlamente, wo man es mühelos über sich brachte, eine Reihe von Erfordernissen zu bewilligen, aber gleichzeitig gegen die Bedeckung dieser Erfordernisse zu stimmen. Es ist das alte Bestreben aller derer, die in Opposition sind, die Aufmerksamkeit von sich abzulenken und gegen ihre bessere Überzeugung auf die führende Partei das Lied anzustimmen: „Auf dem Dache sitzt ein Greis, der sich nicht zu helfen weiß.“ Ich sehe, daß ich diesbezüglich naturgemäß Ihren Beifall gefunden habe. Es dürfte aber ein Reiz in Ihre Frühlingnacht fallen, wenn ich Ihnen aus der Geschichte nachweise, daß auch die steirische Fraktion der Sozialdemokratie das Pulver nicht erfunden hat. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß wir in diesem Hause nicht die Mehrheit haben. Wir sind 31 Abgeordnete, also von 70 Abgeordneten nur 31 Christlichsoziale, und stehen uns 24 Herren von der sozialdemokratischen Partei gegenüber. Sie haben also nur um 7 Mandate weniger wie wir und in der Mitte des Hauses sitzen 15 Herren, wo es Ihnen, insbesondere, wenn Sie zielbewußt arbeiten, wie Herr Landesrat Dr. Hübler erwähnte, durch glänzende Anträge gewinnen müßte, auch die Mitte des Hauses für sich zu gewinnen und auf diese Weise auch die Mehrheit dieses Hauses zu haben. Es geht nicht an, daß die Herren von der Opposition einfach uns arbeiten lassen und sich ausschließlich bemüht fühlen, das Recht der Kritik für sich in Anspruch zu nehmen. Sondern eine Partei, die stark ist, wie die Ihre, es ist gleichgültig, ob sie in der Landesregierung sitzt, das ist nur ein sichtbares Zeichen der Mitverantwortung — hätte, auch wenn sie aus der Landesregierung austreten würde, als zweitstärkste Partei mit 24 Mandaten noch immer die Verantwortung gegenüber der Bevölkerung, die wesentlich nicht kleiner ist, als unsere mit 31 Mandaten. Und Sie wären genau so verpflichtet, nicht nur Kritik zu üben, sondern brauchbare Vorschläge zu erstatten und gangbare Wege zu zeigen, zweckmäßigere Ersparungen zu machen und Steuern zu finden, um dadurch Ihre Überlegenheit über uns, die gegenwärtig am Ruder sind, zu beweisen. So aber betreiben Sie eine Verlegenheitspolitik, um aus der eigenen Verlegenheit heraus uns selbst Verlegenheiten zu bereiten.

Ich möchte daher noch einmal feststellen, daß diejenigen, welche in der Landesregierung sitzen und auch Sie, selbst wenn Sie nicht darin saßen, genau so gleichmäßig die Verantwortung für alle Vorlagen in diesem Hause und für alles im Lande Steiermark zu tragen haben, wie wir selbst. Und diese Verpflichtung hat auch der Herr Landesrat Machold zugestanden. Wichtig ist allerdings die Kritik, das geben wir zu. Die Kritik kann ebenfalls sehr fruchtbar sein. Aber notwendiger als die Kritik ist die Mitarbeit, um einen gemeinsamen Ausweg in das Freie zu finden, den wir alle brauchen. Das liegt im Interesse der Bevölkerung und auch dieses Hauses.

Und im Zusammenhange damit möchte ich noch eines feststellen. Das gilt besonders den Herren von der großdeutschen Volkspartei, Sie haben uns neulich hier die Rolle des Pharisäers vorgespielt und wir waren die Zöllner und Sie haben den Standpunkt vertreten, „ich danke dir, Herr, daß ich nicht bin wie diese,“ und es ist uns durch Dr. Dankine und durch Dr. Hübler gewissermaßen eine Rüge erteilt worden, daß wir es nicht verstehen, die Würde des Hauses zu wahren. Da möchte ich wohl sagen, daß diese Rüge aus einer Art geistigem Hochmute, einer eingebildeten Überlegenheit herausgewachsen ist. Ich möchte dafür nur ein kleines Beispiel anführen. Es hat Herr Landesrat Dr. Hübler hier im Hause in einer Rede von verschiedenen monarchistischen Blättern im Lande gesprochen, und dabei das „Neue Reich“ und die „Politik“ als Blätter für geistig Minderbemittelte bezeichnet. Man kann sich zu diesen Blättern stellen, wie man will, es würde aber, wenn man gerade mich als verkappten Karlisten oder Monarchisten hinstellen würde, nur ein sehr vergnügtes Lachen im ganzen Lande auslösen. Nichtsdestoweniger kann ich dazu nur das eine sagen: Wenn Herr Landesrat Dr. Hübler so ähnliche Artikel aufzuweisen hätte, wie sie durchschnittlich im „Neuen Reiche“, in diesem Blatte für geistig Minderbemittelte, enthalten sind, dann würde er hier gewiß einigermaßen einen Achtungserfolg erzielen. Und wenn man auf unsere häufigen Zwischenrufe hingewiesen hat, so möchte ich sagen: Das ist einmal schon so. Wir sind hier nicht nur ein wirtschaftlich arbeitender Körper, sondern auch ein politischer Kampfplatz, wo die verschiedenen Gegensätze naturgemäß aufeinanderkrachen müssen, was je nach dem Temperament, mit mehr oder weniger Heftigkeit geschieht. Daß alle diese Zwischenrufe, die im hohen Hause gefallen sind, der Würde des Hauses weniger abträglich sind, wie die bekannte Rede des Herrn Kollegen Kobald, worin er dieses hohe

Haus als kein hohes Haus bezeichnet hat, weil in diesem Hause keine Spur von Hoheit zu bemerken ist, das steht bei mir fest. Und wenn man auf der andern Seite damit die Artikel über die Sitzungskosten, die in der „Tagespost“ erschienen sind, und, wie ich fest annehme, von Ihnen ganz gewiß nicht unbeabsichtigt in die Öffentlichkeit lanziert wurden, vergleicht, so möchte ich sagen, daß damit dem Ansehen des Hauses bestimmt weniger gedient war, wie mit den verschiedenen Zwischenrufen, die vielleicht hier im Hause in mehr oder minder kräftiger Form gefallen sind.

Ich möchte nun noch auf die einzelnen Vorwürfe, die vom Herrn Landesrat Machold gemacht worden sind, kurz zurückkommen. Es ist natürlich von der Auseinandersetzung zwischen Bund und Ländern gesprochen worden und die Herren wissen, daß es die christlichsozialen Ländervertreter waren, die ununterbrochen an dieser Auseinandersetzung zwischen Bund und Land gearbeitet haben und diesen Standpunkt mit demselben Nachdrucke auch gegenüber der jetzigen Wiener Regierung vertreten, die als christlichsoziale bezeichnet wird, obwohl Sie ganz gewiß wissen, daß diese Regierung nur ein Notprodukt war. Und wenn Sie uns den Vorwurf machen, daß wir diese Forderung nach der Auseinandersetzung zwischen Bund und Land nicht mit der gewünschten Schnelligkeit befriedigten, so mache ich aufmerksam, daß ja gerade Ihre Mitarbeit zur Zweidrittelmehrheit für die Verfassung notwendig war und daß Sie diejenigen waren, die die Bremschube in die Verfassung gelegt haben und dadurch eine rasche Auseinandersetzung zwischen Bund und Land unmöglich machten. Es ist auch von einer heimlichen Koalition gesprochen worden, die zwischen uns und den Herren von der großdeutschen Partei und dem Bauernbund bestehe. Es geht das gemeinsame Interesse eben manchmal Hand in Hand. Und wenn Sie uns den Proporz zum Vorwurfe gemacht und behauptet haben, daß zum Beispiel in der Landesregierung wir Christlichsoziale weit über unsere Stärke vertreten seien, so möchte ich darauf aufmerksam machen, daß Sie allerdings einen anderen Schlüssel für den Proporz gehabt hätten. Sie haben 9 und 11 für angemessen gehalten. Dieser Schlüssel wäre Ihnen gelegener gewesen, denn dann wären Sie günstiger, als wie es die jetzigen Zahlen ausweisen, und ebenfalls über Ihre wirkliche Stärke in der Landesregierung vertreten gewesen. Bei diesem Schlüssel wären von 11 Mandaten in der Landesregierung 5 Christlichsoziale und auf der andern Seite vier Sozialdemokraten geblieben. Die Verhältnisse bei der Mittelpartei wären die gleichen geblieben, nur wäre

dann das Umgekehrte der Fall gewesen: Wir hätten mit 31 Mandaten 5 Vertreter in der Landesregierung gehabt und Sie mit 24 Mandaten hätten 4 gehabt. Sie sehen, daß wir sehr vorsichtig gewesen sind und getrachtet haben, für eine andere Zusammenstellung Sorge zu tragen. Das war eine nackte Selbstverständlichkeit und dafür wird uns unsere Wählerschaft von ihrem Standpunkte aus gewiß dankbar sein.

Es ist auch gesprochen worden von einem schlechten Ausgange der Wahlen für meine Partei. Es ist müßig, davon zu sprechen, denn eine Partei, die sich in ihrer Stärke voll behauptete, an Stimmenzahl zunahm, und sogar in Oststeiermark alle fünf Mandate, also eines dazu gewonnen hat, kann mit dem Ausgange dieser Wahlen gewiß zufrieden sein. Und wenn Sie sagen, wir haben vier Mandate im Landtage verloren, so verkennen Sie die Verhältnisse vollkommen, weil Sie mit falschen Grundlagen rechnen. Es war unser alter Landtag wesentlich anders zusammengesetzt als der derzeitige. Es hat im alten Landtage 70 Mandate gegeben, während es gegenwärtig eigentlich nur 66 sind, denn vier sind Reststimmenmandate, die neu hinzugekommen sind. Das Hauptgewicht ist früher im mittelfsteirischen Wahlkreise gelegen, der für unsere Verhältnisse wesentlich günstiger war. Durch die neue Wahlordnung ist eine Verschiebung eingetreten. Durch den Verlust der Südsteiermark verringerte sich die Zahl der mittelfsteirischen Mandate, und es sind dafür zum Beispiel für Graz zwei neue Mandate dazugekommen. Und daß wir im Wahlkreise Graz schlechter abschneiden mußten, wie bei den letzten Landtagswahlen, das war für jeden, der sich mit Wahlen befaßt, eine glatte Selbstverständlichkeit. Wenn Sie die Wahlzahl vom Jahre 1919 in die Nationalversammlung zugrundelegen, so werden Sie finden, daß die Großdeutschen bei den Landtagswahlen im Mai 1919 dieselbe Anzahl von Mandaten im steirischen Landtag erreicht haben, welche Sie im Wahlkreise Graz auch tatsächlich erreicht haben, und daß damals nur unter dem Eindruck einer panikartigen Stimmung die Großdeutschen sich in verschiedene Gruppen zersplittert und an der Wahl nicht beteiligt haben, das war eben eine vorübergehende Erscheinung. Und daß diese vorübergehende Erscheinung sich jetzt ausgeglichen hat, das ist selbstverständlich. Nehmen Sie die richtigen Grundlagen, so werden Sie finden, daß unsere Partei ihren Besitzstand genau so behalten und verteidigt hat, wie Sie den Ihren, nur mit dem Unterschiede, während wir an Stimmen gewonnen haben, haben Sie an Stimmen im Lande Steiermark wesentlich eingebüßt. Es ist uns die Kampf-

weise der „Reichspost“ zum Vorwurfe gemacht worden, und zwar deren heftige Art und Weise. Ich glaube, daß hier eben der abgeschossene Pfeil teilweise auf den Schützen zurückspringt. Ich gebe zu, daß vielfach auch über die Schnur geschossen worden ist. Eine derartige Form ist nicht immer sympathisch, aber oft nicht zu umgehen. Wenn Sie aber als Sittenrichter auftreten, so möchte ich Sie erinnern an die Form des Kampfes, wie Sie ihn seit Jahrzehnten, noch zur Zeit Doktor L u e g e r s, gegen die Christlichsozialen geführt haben. Sie haben damals Wind gesät und es ist Ihnen mit gleicher Münze wieder heimgezahlt worden, Sie haben Sturm geerntet. (Unverständlicher Zwischenruf des Abgeordneten L e i c h n.) Ich bitte, ich verfolge die Politik schon seit Jahren, und da habe ich Gelegenheit genug gehabt, mir aus den Zeitungen und der Erfahrung reichlich ein Urteil bilden zu können. Wenn gesagt worden ist, daß wir bei den Wahlen große Versprechungen gemacht und hinterher nichts gehalten haben, so muß ich feststellen, daß die steirischen Christlichsozialen mit Versprechungen sehr vorsichtig waren, und wenn Sie unsere Aufrufe und unsere Versammlungstätigkeit betrachten, so haben gerade wir steirisch Christlichsoziale möglichst wenig der Wählerschaft versprochen, jedenfalls nicht mehr, als auch von den Herren der Gegenseite versprochen wurde. Und wenn heute eine Änderung in den politischen Verhältnissen eintreten würde und Sie würden nur mit Ihren bisherigen Versprechungen den Wahlkampf weiterführen, so bin ich fest überzeugt, daß Sie bei den gegenwärtigen trostlosen Verhältnissen es genau so schwer hätten, Ihre Versprechungen einzulösen, wie dies gegenwärtig für die christlichsoziale Partei der Fall ist. Daß dem so ist, das wissen die Herren aus eigenster Überzeugung selbst. Wenn gesagt wird, daß der Geldwert nie so miserabel war, wie heute, so gebe ich dem Herrn Landesrat M a c h o l d recht, allerdings bemerke ich nur dazu, daß alles seine Vorstufen hat, und hätten Sie in der Zeit nach dem Zusammenbruche mit mehr Mäßigung, ohne sich in gewisse Experimente einzulassen, Ihre verschiedenen Wünsche zu vertreten versucht, die Sie dann aus der Not der Zeit heraus und unter dem Zwange der Tatsachen zurückstellen mußten, hätten Sie sich klaren Kopf bewahrt und sich nicht durch den Siegesrausch zu Ihren Sozialisierungs- und Revolutionsplänen hinreißen lassen, dann stünde es besser und wir hätten auch mehr Kredit im Auslande. Den haben Sie aber damals, in Ihrem ersten Anfange, untergraben, und das kann auch die gegenwärtige christlichsoziale Regierung nicht mit einem Schlage weftmachen.

Es ist dann vom Herrn Landesrat M a c h o l d auch bezüglich der faßsam bekannten Interpellationen eine Altkacke geritten worden und, nachdem schon verschiedene Rennen in dieser Beziehung von Ihrer Seite geliefert worden sind, glaube ich nicht weiter auf diese Angelegenheit eingehen zu sollen. Es ist ja doch die ziemlich einmütige Ansicht in diesem hohen Hause, daß Sie als zweite Sieger erklärt worden sind. Was die Industrieförderung betrifft, die auch vom Herrn Landesrat M a c h o l d wieder erwähnt wurde, so möchte ich folgendes erklären. Sie haben die ganze Hartberger Geschichte von einem einseitigen politischen Standpunkt betrachtet, einen Spezialfall schön herausfrisiert, dann entstellt dargestellt und schließlich als allgemeines Schulbeispiel der Industrie Feindlichkeit der Christlichsozialen hingestellt. Ob aber dies bei den Wählern verfangen wird, das überlassen wir der Beurteilung der Wählerschaft, die viel klüger ist, als man von ihr vermeint. Wenn dann gesprochen worden ist, daß wir die Wehrmacht als Ihre Parteitruppe betrachten, so gebe ich den Herren recht und das ist der Dorn in unserem Auge, sowie die Heimwehr der Dorn in Ihrem Auge ist. Ich möchte noch das eine sagen, daß wir vielleicht ganz zufrieden wären, eine christlichsoziale Wehrmacht zu haben, nur gebe ich Ihnen zu bedenken, daß diese Wehrmacht in unseren Händen viel weniger gefährlich wäre. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Wir sind als Christlichsoziale keine Anhänger der Revolution und stellen als Endziel aller Taktik nicht die Gewalt als oberstes Kampfmittel auf wie Sie, wie es bei Ihnen M a r x in seinem Programm ausdrückt: „Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht,“ und zum Schlusse bleibt dieser Gesellschaft, zu der Sie kommen wollen, kein anderer Ausweg, als die Gewalt, das ist schließlich bei Ihnen dasselbe Ziel wie bei den anderen Ihrer Richtung, die bloß mit schärferen Mitteln vorgehen wollen, um rascher zum Ziele zu kommen. Darüber sind wir uns eigentlich vollständig klar. Wenn weiters auf Gosdorf hingewiesen worden ist, so möchte ich nur das eine bemerken: Sie haben in der letzten Heimwehrdebatte darauf hingewiesen, wie wohl Ihre eigenen Schutztruppen organisiert sind und Sie keine Ursache haben, sich im geringsten zu fürchten. Das ist auch nicht notwendig, nur wollen auch wir nicht in die unangenehme Lage kommen, uns vor Ihnen fürchten zu müssen. Wenn Sie auf Gosdorf hingewiesen haben, wo bewaffnete Bauern auf die Gendarmen geschossen haben sollen, dann möchte ich auf die Vorfälle in Leoben verweisen, wo trotz Ihrer großartigen Dis-

ziplin und Organisation die Arbeiter über die Schnur geschossen haben. Ich möchte dann auf die Vorfälle in St. Dionysen bei Bruck verweisen, wo Sie mit Hilfe Ihrer glänzenden Organisation hinausgegangen sind und Arbeiter rechtlos verprügelt wurden; ich möchte weiter auf die Vorfälle von gestern verweisen, wo Sie, während Sie seinerzeit für das freie Asylrecht Bela K u h n s ein großes Verständnis gehabt haben, es gestern nicht verhindern konnten, daß bezüglich der Abreise des Erzkaisers K a r l ernsthafte Schwierigkeiten seitens der Brucker Arbeiterschaft bereitet worden sind. Wir hatten doch ein Interesse, den Erzkaiser ehe-möglichst in das Ausland zu bringen und hätten gedacht, daß Sie mit uns diesbezüglich ein gemeinsames Interesse haben und infolgedessen haben wir es nicht verstanden, daß Sie dieser Ausreise so ernsthafte Schwierigkeiten bereitet haben. Wenn uns fortwährend vorgeworfen wird, daß wir aufrüsten gegen bestehende Gesetze, so möchte ich sagen: so lange Sie Demokraten auf Widerruf sind, so lange Sie nicht vorbehaltlos und ganz energisch und eindeutig erklären, daß Sie auf dem Boden unserer Verfassung stehen und jede Diktatur unter allen Umständen ablehnen, so lange dürfen Sie uns diesbezüglich nicht einen Vorwurf machen. (Landesrat R e s e l: „Warum trauen Sie uns nicht?“) Herr Landesrat R e s e l, wenn wir mißtrauisch sind, so ist es eben so lange, als Sie gegen die bestehenden Gesetze sind, die Überzeugung anderer vergewaltigen, und so lange Sie ebenfalls gegen die bestehenden Gesetze selbst aufrüsten, um möglichst starke Kampforganisationen zu haben. So lange Sie gegen die bestehenden Gesetze mit eisernem Druck andere nieder-zuhalten suchen, so lange haben Sie kein Recht, uns diesen Vorwurf zu machen. Wenn wir mit uns nicht Raue und Maus spielen lassen, nicht die Maus sein wollen, die von Ihnen aufgefressen wird, sondern wenn wir vorsichtig in der Sache sind, dürfen Sie uns das nicht verübeln. (Landesrat R e s e l: „Guten Appetit!“) Mich könnten Sie nicht fressen, weil ich Ihnen zu lange im Magen liegen bleiben würde. Der Herr Landesrat M a c h o l d hat auch ein Zitat vom Herrn Prälaten S c h e u c h e r gebracht; mit diesem Zitat erklären wir uns einverstanden und wollen es auch heute noch unterschreiben. Das, was vorgelesen wurde, das ist uns ja gar nichts Neues. Sie hätten diesbezüglich nur ein Compendium von Vogelfang zu nehmen brauchen, das hätte Ihnen bewiesen, daß V o g e l f a n g ein Anhänger der Sozialreformen war schon zu einer Zeit, wo Sie selbst erst begonnen haben, Ihre Bewegung auszubauen, und das, was wir damals

waren, sind wir heute noch, infolgedessen bleibt das vollinhaltlich bestehen. Es hat mich nur interessiert, daß heute mit einer gewissen Wärme hervorgehoben wurde, daß die Grafen, Fürsten, Barone und so weiter als besondere Katholiken bezeichnet wurden. Ich kann mit einem Gegenzuckerl dienen, daß ich die Herren Juden, die nicht immer zu den armen Leuten gezählt werden können, als echte Proletarier und Sozialdemokraten bezeichne. (Beifall bei den Christlichsozialen.) Wir hätten uns also auf diesem Gebiete bestimmt nichts vorzuwerfen. Schließlich möchte ich noch eines sagen. Weil ja alle Parteien Stellung genommen haben zu einem Bekenntnis für die Republik, so erklären auch wir, daß wir vorbehaltlos auf dem Boden dieser Republik stehen, daß wir aber das gleiche Recht für alle in dieser Republik verlangen, daß wir aber mit den verschiedenen Freiheiten, die sich die Herren herausnehmen, nicht einverstanden sind und auch über die Verfassung, in den meisten Punkten eine wesentlich andere Auffassung haben, wie die Herren von der Gegenseite. Das dürfen Sie uns nicht übelnehmen. Sie haben, wie von der Förderung des Weinbaues gesprochen wurde, einige sehr böshafte Bemerkungen gemacht und haben sich diebisch darüber gefreut, daß wir gewissermaßen für den Alkoholismus eintreten. Nun, ich möchte Sie daran erinnern, Sie haben mit Flaschenweinen in Ihren Konsumvereinen ganz vorzügliche Geschäfte gemacht, wie ja die Jahresausweise nachweisen, und Sie haben doch wohl nicht zur Bekämpfung des Alkoholismus die Spirituosenfabrik F ü n k in Eggenberg um 240.000 K angekauft. Sie sehen also, auf diesem Gebiete haben Sie ernsthaft uns nicht viel vorzuwerfen. Zurückkommend auf die Ausführungen wegen des Anschlusses an Deutschland kann ich sagen, meine Partei erklärt hier offen, daß sie vollinhaltlich auf dem Boden des Anschlusses an Deutschland steht, daß wir aber in der Zwischenzeit dafür zielbewußte Arbeit leisten müssen. Wir sind eben so der Überzeugung, daß bis dahin alles andere nur ein Fortklettern bedeutet, aber wir können in der Zwischenzeit doch nicht verhungern, bis wir den Anschluß an Deutschland durchführen. Infolgedessen müssen wir den bestehenden Verhältnissen Rechnung tragen und müssen uns unter der Diktatur übermütiger Sieger nach der Decke strecken, so gut es geht. Das Unmögliche können wir auch durch papierene Resolutionen nicht durchsetzen. Wenn heute der Antrag gestellt wird, eine Volksabstimmung über den Anschluß durchzuführen, so ist der Antrag verhältnismäßig billig, ferner an der Geschichte ist nur die Abstimmung selbst und was

herauskommt, das wissen wir ja ohnehin, daß mehr als vier Fünftel der Bevölkerung für den Anschluß an Deutschland eintritt. Ich glaube nun, zu den verschiedenen Ausführungen des Herrn Vorredners Stellung genommen zu haben und kann nur nochmals die Erklärung namens meiner Partei abgeben, daß wir für das Budget, an dem wir die Mitverantwortung tragen, stimmen werden. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.)

Abgeordneter Sonnhammer: Es wäre vielleicht eine dankbare Aufgabe, an der Hand des Budgets festzustellen, in welcher Weise der Haushalt des Landes an den landwirtschaftlichen Kreisen sich beteiligt und in welcher Weise die Industrie beteiligt ist, aber es lohnt sich nicht, in die Details der Ziffern einzugehen, da wir ja wissen, daß der Voranschlag, der vom Herrn Finanzreferenten vorgelegt worden ist, nicht eingehalten werden wird, weil wir wissen, daß sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben derartigen Veränderungen ausgesetzt sein werden, daß es zwecklos ist, in eine detailliertere Darstellung der Sache einzugehen. Es ist aber auch ohne genaues Eingehen in die Ziffern ohneweiters festzustellen, daß zum Haushalt zweifellos durch die Industrie mehr beigetragen wird als durch die landwirtschaftlichen Kreise. Sie sehen dies schon daraus, daß bei der Bedeckung des Abganges neuerdings eine bedeutende Belastung der industriellen Kreise eintreten wird. Ich möchte nur erwähnen, daß beispielsweise die Umlagen, die als erste Bedeckungspost erwähnt sind, wie bisher bleiben. Hierzu kommt aber noch eine Anzahl von Steuern, welche Millionen und Millionen aus den Angestellten und Arbeitern herausdrücken werden. Ich erwähne nur die Fürsorgeabgabe von 2 Prozent einer jeden Lohnzahlung, ich erwähne die Landesfrachtenabgabe, welche in der letzten Linie von der konsumierenden Bevölkerung gezahlt werden wird. Wenn wir nun feststellen, daß trotzdem das Budget eine Reihe von Posten enthält, welche den landwirtschaftlichen Kreisen zugute kommen, kann ich von meinem Standpunkte ruhig sagen, daß für die Zuwendung größerer Beträge aus öffentlichen Mitteln an die landwirtschaftlichen Kreise ein Verständnis bei der überwiegenden Masse der Bevölkerung nicht besteht. Wir verschließen uns in gar keiner Weise der Notwendigkeit, daß die Landwirtschaft gefördert werden soll. Wir sind ebenso wie die Herren auf der rechten Seite der Anschauung, daß ein gesunder Bauernstand zur Gesundung des ganzen Staatswesens gereichen kann, aber wir sind dagegen, jenen Kreisen Mittel zu bewilligen, wenn es nicht ge-

sichert ist, daß diese Mittel wieder der Allgemeinheit zugute kommen, und es muß gesagt werden, daß es vollkommen einhellige Ansicht weiser Kreise der Bevölkerung, der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung ist, daß die landwirtschaftlichen Kreise in der gegenwärtigen schweren Zeit ihre Pflicht in keiner Weise erfüllen. Es ist sehr leicht, hier im hohen Hause zu widersprechen, Sie wissen, die große Masse der arbeitenden Bevölkerung ist genau unterrichtet, daß die Bauernschaft nicht den zehnten Teil von dem abliefern, was ihr vorgeschrieben ist. Hohes Haus! Es ist eine Sache, über welche ein Zweifel gar nicht bestehen kann, daß die Lage der Bauernschaft heute eine unendlich günstigere ist wie vor dem Kriege. Es ist hingewiesen worden von seiten der bäuerlichen Vertreter, daß die Bauernschaft wieder vor der Tatsache steht, wahrscheinlich in nächster Zeit in größerem Umfang Schulden machen zu müssen. Ich verweise aber darauf, wie die Bauernschaft vor dem Kriege ihr Dasein gestellt sah. Vor dem Kriege ist es eine feststehende Tatsache gewesen, daß der Bauernstand verschuldet war, und jene Persönlichkeit, welche in der Lage gewesen wäre, ein geeignetes Mittel der Abhilfe zu zeigen und durchzuführen, hätte sich ungeheure Verdienste der Allgemeinheit erworben und wäre ein Mann geworden, dessen Namen man in Zukunft im allerbesten Angedenken gehabt hätte. Es ist aber kein Mittel gefunden worden, die Lage der Bauernschaft zu sanieren. Das ist erst durch den Krieg erreicht worden. Während der Krieg der Allgemeinheit so unendlichen Schaden zugefügt hat, hat er bewirkt, daß die Bauernschaft entschuldet worden ist. (Zwischenruf: „Den Achtstundentag hat auch erst der Krieg gebracht!“) Der Achtstundentag kann damit nicht verglichen werden. Ich werde mir erlauben, später darauf zurückzukommen. Tatsache ist, daß der Bauernstand verschuldet war, jetzt ohne Schulden dasteht und bedeutende Rücklagen gemacht hat, aber nicht geneigt ist, den Verpflichtungen nachzukommen, die die konsumierende Bevölkerung von ihm seit langem erwartet. Wenn nun seinerzeit, als die politische Situation in unserem Staate eine gefährliche war, wenn damals vor zwei Jahren die sozialdemokratische Partei nicht das ihrige dazu getan, ja die Hauptsache dazu beigetragen hätte, daß Ordnung und Ruhe aufrecht geblieben sind, so sehen wir heute, wo wir uns in einer unendlich schweren wirtschaftlichen Lage befinden und wo viele Redner darauf hingewiesen haben, daß wir vor einer Katastrophe stehen, daß jene Partei, in deren Lager die Bauern stehen, nicht mit jenem Einfluß ausgerüstet ist, der es

mit sich bringen würde, daß von der landwirtschaftlichen Bevölkerung das geleistet wird, was geleistet werden soll. Es ist eine Sache, in welcher gewiß ein Verschulden der christlichsozialen Partei festgestellt werden muß, daß sie auch niemals zugibt, wie es in Wirklichkeit ist, daß sie die Herrschaft über die landwirtschaftlichen Kreise, über ihre Wählermassen, im weitgehendsten Maße verloren hat. (Abgeordneter Riemelmoser: „Sie werden es wissen!“) Ihre Verpflichtung wäre es gewesen, darauf hinzuweisen, daß die Bauernschaft, so wie es unsere Pflicht gewesen ist, die wir auch erfüllt haben, auf die Arbeiterschaft einzuwirken, als die Gefahr aktuell und Ruhe und Ordnung aufs schwerste bedroht waren, ihre Pflicht erfüllt hätte. Die Herren von der christlichsozialen Partei haben sich im Vorjahre nicht mit dieser Frage beschäftigt. Die Reformpläne des Abgeordneten Jenz sind nichts anderes als die Einsicht, daß es notwendig gewesen wäre, auf die Bauernschaft einzuwirken und von Seite Ihrer Partei entsprechende Maßnahmen zu treffen, um der drohenden Desorganisation der bäuerlichen Bevölkerung vorzugreifen. Dieses Projekt ist verunglückt, Sie geben nicht zu, Ihren Einfluß verloren zu haben, Sie lassen die Jügel schleifen und die Welt Dinge, die kommen müssen. Das ist der Vorwurf, den wir gegen Sie erheben. Es ist als ein wichtiges Mittel zur Sanierung von einem der Herren Vorredner erwähnt worden, daß der Abbau des Beamtenapparates notwendig erscheint. Die Notwendigkeit dieses Abbaues wird von niemandem verkannt. Aber es ist unendlich leicht, dieses Schlagwort vom Abbau des Beamtenapparates, das ein billiges Schlagwort ist, ins Haus hineinzuschleudern. Man braucht sich nicht weiter damit zu beschäftigen, man ist sicher, auf einen größeren Teil der Anwesenden einen günstigen Eindruck gemacht zu haben; aber wie stellen Sie sich das vor, wenn Sie das Votum jener Beamten einholen, welche die einzelnen Abteilungen zu leiten haben. In den Ausschüssen da wird eine ganz andere Sprache von jenen Menschen geführt, welche für die klaglose Durchführung der Arbeiten verantwortlich sind. (Abgeordneter Schreckenthals: „Österreich hat mehr Beamten als ganz England!“) Das glaube ich schon. Unsere Behörden haben aber auch heute einen Wirkungskreis auf sich nehmen müssen, der mit dem Wirkungskreis im Frieden nicht verglichen werden kann; und eine Zahl von Agenden muß von dem Beamtenapparat bewältigt werden, und es müssen noch weiter bewältigt werden die Arbeiten, die von den Nachfolgestaaten noch zurückgeblieben

sind. Ich bitte sich zu erkundigen bei jenen Herren, welche in den einzelnen Ressorts verantwortlich sind. Dort wird gesagt, daß sich unter Umständen die Notwendigkeit ergeben muß, neuerdings mit Neuauflagen vorzugehen. (Abgeordneter Jenz: „Weil aber auch jede Speckschwarte zehnmal aufgeschrieben wird!“) Ich bitte, es handelt sich um eine klaglose Durchführung der Verwaltung des Landes, die ist notwendig. Der Abbau soll nicht so erfolgen, wie Sie sich ihn vorstellen, daß man einen großen Teil der Leute auf das Pflaster setzt, die in die Dienste des Landes getreten sind und geglaubt haben, eine bleibende Existenz gewonnen zu haben. Es geht nicht an, daß man, weil man von der besitzenden Klasse nicht genügend Steuern herausgebracht hat, andere Schwächere brotlos macht. Die Überführung von Umgestellten in andere Berufe ist eine Sache, die sehr schwierig ist und läßt sich nicht ohneweiters machen. Es ist eine Sache, von der jeder, der etwas versteht, sagt, daß sie sehr schwierig ist. Jedenfalls läßt sie sich nicht über das Knie brechen. Es wird zweckmäßig sein, durch Zusammenlegen der Ämter, durch Vereinfachung der doppelgeleitigen Anlagen unserer Regierung in dieser Hinsicht zum Guten zu wirken. Es ist aber seitens der verschiedenen Redner betont worden der Terror der Arbeiterschaft. Da kann ich Ihnen schon sagen, das ist ein gewiß geringerer Terror wie Ihrer, und wenn Ihre Bauern an einem Orte in solchen Massen konzentriert werden, wenn sich Ihre Leute genügend stark fühlen, sie sich nicht veranlaßt fühlen, die Gesetze zu befolgen. Ich will nicht alles wiederholen, was von verschiedenen Rednern bereits gesagt worden ist und nicht widersprochen werden konnte. Die Bewaffnung der Bauernschaft, die von Ihnen gewünscht wird, ist eine der ärgsten Übelstände im ganzen Staate. Die Bewaffnung der Bauernschaft, auf die Sie so unendlichen Wert legen, stärkt in erster und letzter Linie das Bestreben der landwirtschaftlichen Kreise, der Staatsgewalt bei der Ablieferung Widerstand zu leisten. Man kann Ihnen das nicht oft genug sagen. Ihre Sache wäre es, entsprechend entgegenzuwirken und nicht neuerdings mitzuwirken an der Ausrüstung der Heimwehr. Die Bewaffnung der Bauernschaft ist vielleicht Ihnen selbst unangenehm, Ihr eigenes Programm läßt sich nicht durchführen, weil Sie bei der Bauernschaft selbst die Grundsätze nicht durchführen können, die vom Herrn Pfarrer Jenz aufgestellt worden sind. Es ist darauf hingewiesen worden, die Gewalt, die uns lediglich vorgeworfen wird, die ist Ihnen schließlich kein so völlig unbe-

kanntes Mittel, Sie stehen auf dem Standpunkte, daß Sie Angehörige der konservativen Lebensauffassung sind, Sie stehen auf dem Standpunkte, daß die heutige Gesellschaftsordnung für immer und ewig erhalten bleibt und Sie hegen den Wunsch, in dieser Hinsicht alles zu unterstützen. Diese Gesellschaftsordnung ist es, deren Wesen sich auf der Gewalt aufbaut. In Ihrer Gesellschaftsordnung ist nun in erster und letzter Linie maßgebend, wie viel Gewalt eine Nation zur Verfügung hat, und diese Gesellschaft ist es, die die entscheidende Rolle spielt und die Entscheidung durch den Krieg führen will, und das letzten Endes durch Aufrechterhaltung terroristischer Mittel. Es ist weiters gesagt worden, daß wir auf die Katastrophe hinführen. Der Herr Landesrat Dr. Hübler hat ausgeführt, daß wir heute alle Veranlassung hätten, von parteipolitischen Gegensätzen abzulassen und uns alle auf einer Plattform zu finden, deshalb, weil die Notdurft des Lebens so arg geworden ist, daß man füglich alle parteipolitischen Gegensätze in der Not des Augenblickes vergessen könnte, und ich möchte auch dieser Ansicht Ausdruck geben. (Heiterkeit.) Ich bitte, lachen Sie ruhig darüber, die Not ist doch groß, wenn sie auch von Ihnen nicht empfunden wird. Die Not, die der Herr Landesrat Dr. Hübler angedeutet hat, wird kommen, sie ist allem Anscheine nach nicht mehr aufzuhalten. Wenn dann die Not da sein wird, dann wird mit Zustimmung nicht nur der mittleren Parteigruppe, sondern auch der rechten da drüben, die sozialdemokratische Partei es sein, die in der Not mit die Zügel ergreifen und zeigen wird, wo noch ein Ausweg gefunden werden kann. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Dr. Dantine: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet und nachdem sich auch jetzt niemand mehr zum Worte meldet, erkläre ich nunmehr die allgemeine Erörterung über diesen Punkt der Tagesordnung für geschlossen und erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Saloschnigg: Ich beantrage nach Abschluß der Generaldebatte das Eingehen in die Spezialdebatte.

(Der Antrag wird angenommen.)

Präsident Dr. Dantine: Die Einzelberatung wird in der nächsten Sitzung fortgesetzt werden.

Es liegen drei Anträge vor, bezüglich deren die dringliche Beratung nach § 27 verlangt wird, und zwar Verzeichnis S. 213 (verlieft die Überschriften).

Nach § 27, Absatz 5, ist es nicht zulässig, am Schlusse einer Sitzung über die Zuerkennung der Dringlichkeit abstimmen zu lassen, das ist nur möglich am Beginne der Sitzung. Es wird daher darüber morgen abgestimmt werden und ich werde der Dringlichkeit dadurch Rechnung tragen, daß ich inzwischen die Drucklegung dieser Anträge veranlassen werde.

Zugewiesen wird die Beilage Nr. 103 (verlieft die Überschrift): dem Gemeinde- und Verfassungsausschusse.

An Ausschusssitzungen sind zur Kenntnis gebracht worden: der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hält Donnerstag, den 7. April, um halb 10 Uhr vormittags, der Finanzausschuß heute Mittwoch, den 6. April, um 4 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Die nächste Sitzung findet morgen um 4 Uhr nachmittags statt.

Tagesordnung:

Fortsetzung der heutigen.

Ist sonst noch etwas zu bemerken?

Abgeordneter Wihany: Der Antrag, betreffend Anforderung nicht ausgenützter Weideflächen, wurde ordnungsgemäß vor Beginn der Sitzung eingebracht.

Präsident Dr. Dantine: Der Antrag ist hier vorgelegen, als ich das Präsidium übernommen habe. Tatsache ist nur, daß zu Beginn der Sitzung über die Dringlichkeit nicht abgestimmt worden ist und infolgedessen dies jetzt nicht mehr nachgeholt werden kann. Im übrigen wäre es mit Rücksicht auf die Sitzung der Landwirtschaftsgesellschaft technisch nicht mehr möglich gewesen, diese Anträge heute noch anzuhängen. Übrigens wird es, wenn es das Haus beschließt, morgen oder übermorgen nach Abschluß der Budgetdebatte möglich sein, die Anträge noch vorzunehmen.

Ist noch etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 3 Uhr 25 Minuten nachmittags.)